



„Das Blut meiner Tochter klebt an den Händen von Frau Merkel“

Die jüdische Mutter Diana Feldmann klagt an

SEITE 14-15

Den Bock zum Gärtner

Die Bundeszentrale für Politische Bildung und die Grauen Wölfe

SEITE 17



Das jüdische „Klein-Manhattan“ in der Ukraine

Das Menora Center in Dnipro ist das größte jüdische Kulturzentrum der Welt

SEITE 25



KOLUMNE DES HERAUSGEBERS
DR. R. KORENZECHER



Liebe Leserinnen und liebe Leser,

nach dem Jahreswechsel zum Jahr 2019, den Sie alle hoffentlich friedlich und fröhlich begangen haben, können die Redaktion und ich Ihnen mit frischem Elan die Januar-Ausgabe Ihrer JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorlegen.

Es erfüllt uns mit Stolz, Dankbarkeit und Freude, dass die JÜDISCHE RUNDSCHAU inzwischen für viele unserer Leser unverzichtbar zum festen Bestandteil ihres monatlichen Informationsbedarfs geworden ist.

Wenn auch uns erlaubt sein darf, zum Jahreswechsel einen Wunsch auszusprechen, dann den, dass uns Ihr Interesse auch im Jahre 2019 unvermindert erhalten bleiben möge.

Angesichts der Vielfalt an Themen und teilweise existentiellen Probleme, denen sich ganz besonders jüdisches Leben und der Staat Israel in dieser konfliktreichen Zeit weltweit zunehmend ausgesetzt sehen, können und wollen wir nicht auf den ständigen Austausch mit unseren Lesern verzichten.

Jüdisches Leben in Deutschland – das war – nach dem schrecklichen deutschen Massenmord und der nahezu vollständigen Vernichtung der deutschen und europäischen Juden – angefangenen bei nahezu Null – eine Erfolgsgeschichte des Wiederaufbaus einer fast verschwundenen jüdischen Population, die nicht zuletzt auch das Ansehen und das politische Gewicht Nachkriegs-Deutschlands in der Welt erheblich aufgewertet hat.

Jüdisches Leben in Deutschland, das bedeutete eine – auch die Bundesrepublik Deutschland auf vielen Gebieten wiederbelebende – kulturelle und kreative Vielfalt, die angesichts der nach dem Nazi-Genozid kaum noch existenten deutschen Judenheit, besonders auch der gelungenen Integration von Demokratie- und Rechtsstaats-bejahenden, unserer freiheitlich-westlichen Werteordnung vorbehaltlos zugetanen jüdischen Zuwanderern aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion zu verdanken ist.

Fortsetzung Seite 2 ►►

Österreich 3,70 €; Italien 3,70 €; Schweiz 4,60 CHF;
Luxemburg 3,80 €; Belgien 3,90 €; Niederlande 4,60 €;
Slowakei 4,50 €; Slowenien 35 KN



Wieder auf gepackten Koffern



Von Simon Erlanger

Es ist gar nicht so lange her, da hieß es noch vonseiten deutsch-jüdischer Verbände, Institutionen und Gemeinden, dass man endlich in Deutschland angekommen sei. Zum ersten Mal seit 1945 sitze man im Land der Täter nicht mehr „auf gepackten Koffern“. Seit Mitte der 90er Jahre wurde gar von einer von Deutschland ausgehenden, allgemeinen kulturellen Renaissance des gesamten europäischen Judentums gesprochen.

Nach Israel und den USA sollte auf dem alten Kontinent die dritte Säule des Judentums im 21. Jahrhundert entstehen. In Deutschland sollte die durch die Nazis vernichtete jüdische Gemeinschaft wieder neu erstrahlen und so die vielbeschworene deutsch-jüdische Symbiose der späten Kaiserzeit und der Weimarer Republik wieder auferstehen.

Auslöser der Euphorie war die Einwanderung von fast 200.000 Jüdinnen und Juden aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion ab 1989. Die Mitgliederzahl der im Dachverband „Zentralrat der Juden in Deutschland“ organisierten Gemeinden stieg in den Jahren nach der Jahrtausendwende auf rund 120.000.

Die vermeintliche Renaissance

Es sind Hoffnungen aus einer anderen Zeit. Mittlerweile ist die Zahl der Mitglieder der jüdischen Gemeinden in Deutschland wieder unter 100.000 gefallen. Die Zahl sinkt weiter. Der rasant steigende Antisemitismus, die zunehmende politische Instabilität, der Aufstieg einer neuen deutschnationalen Rechten sowie die gewaltsame Bedrohung vonseiten linker, rechter und islamistischer Extremisten sorgen für trübe Stimmung. Diese kommt auch in den Neuerscheinungen der letzten Monate

klar zum Ausdruck.

So äußern sich im deutschen Herbst 2018 gleich mehrere junge jüdische Autoren sehr skeptisch zur Befindlichkeit und zur Zukunft der Juden in Deutschland. Allen Autoren ist gemeinsam: Sie gehören der Generation der wieder in Deutschland geborenen und in den 80er und 90er Jahren dort aufgewachsenen und sozialisierten Jüdinnen und Juden an. Eigentlich hätten gerade sie die Träger der ehemals viel beschworenen jüdischen Renaissance in Deutschland sein sollen. Alle Hoffnungen ruhten auf ihnen.

Doch es kam anders: So etwa für Juna Grossmann, die mittlerweile tatsächlich wieder zunehmend auf „gepackten Koffern“ lebt, wie sie in ihrem eindrücklichen Erfahrungsbericht „Schonzeit vorbei“ erzählt. Darin beschreibt sie ihr Leben mit dem heute täglich üblichen Antisemitismus. Öffentlich jüdisch zu sein sei nicht mehr möglich, so das traurige Fazit der 1976 in Ost-Berlin geborenen Autorin, die mit irgendetwas jüdisch. com einen Blog betreibt und in einer NS-Gedenkstätte arbeitet.

Seit Jahren beobachtet Grossmann, wie offene Judenfeindschaft zunimmt, lauter und bedrohlicher wird. Auch als Bloggerin sei sie brutal angefeindet worden, wie sie in einem Interview in der „Zeit“ betont: „Jemand schrieb: ‚Wir werden dich finden. Dann wirst du’s merken und wirst dir Hitler zurückwünschen.‘ Das habe ich zur Anzeige gebracht, aber die Polizei konnte den Autor nicht ermitteln. Richtig frei von Angst werde ich seither nicht mehr.“ Weil sie sich mit diesen Zuständen nicht abfinden will, wendet sie sich nun mit einem Buch an die Öffentlichkeit.

Vier Angriffe pro Tag

Schon von Berufs wegen steht der Stand-Up-Comedian Oliver Polak dau-

ernd in der Öffentlichkeit. Anlass seiner Schrift „Gegen Juden Hass“ seien die durchschnittlich vier Angriffe, die es in Deutschland 2017 pro Tag auf Jüdinnen und Juden gegeben habe. „Ich merke, dass ich mich hier schon seit längerer Zeit grundsätzlich nicht mehr wohlfühle“, sagte Polak dem Magazin „Stern“. „Jahrelang wurde einem suggeriert, dass man sich keine Sorgen machen muss. Aber vieles ist ins Wanken geraten. Die AfD sitzt mittlerweile im Bundestag, und sie bekommt immer mehr Zustimmung. In Deutschland werden wieder öffentlich Neonazi-Konzerte abgehalten.“

Leute marschieren wieder durch Straßen und zeigen offen den Hitlergruß. Scheiben von jüdischen Restaurants werden eingeworfen, und jüdische Restaurantbesitzer werden in Berlin wieder bedroht. Jüdische Schüler werden über Schulhöfe gejagt. Flüchtlingsheime werden angezündet. Das bringt einen zum Nachdenken“, so Polak. Kinder würde er in Deutschland nicht mehr großziehen wollen, so sein Fazit im wechselhaften Herbst 2018.

„Gehören Juden heute zu Deutschland?“, fragt sich auch Arye Sharuz Shalicar in seiner Analyse unter dem Titel „Der neu-deutsche Antisemit“. Der aus Iran stammende und in Berlin aufgewachsene ehemalige Mediensprecher der israelischen Armee schildert seine Kindheit und Jugend unter muslimischen Migranten in Berlin-Spandau und Wedding. Dort begann für ihn ein Leben in der Hölle. In seinem Buch beschreibt Sharuz Shalicar, wie sich islamistisch getriebener Juden Hass in den Stadtvierteln ausgebreitet hat. Trotz Gangs und Banden und unter dauernden Anfeindungen konnte sich Shalicar behaupten und ging als junger Erwachsener nach Israel.

Fortsetzung auf Seite 2 ►►

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

Wieder auf gepackten Koffern

Wegen des zunehmenden Antisemitismus fürchten junge Juden um ihre Zukunft in Deutschland.

Als Armeesprecher begegnete er dort beruflich deutschen Journalisten und deutschen Politikern aller Couleur, Vertretern einer anderen Bevölkerungsschicht. Das Fazit seines Erfahrungsberichts: Antisemitismus ist in Deutschland überall, dauernd präsent und tief verwurzelt. Dabei komme der Judenhass aus allen Ecken der Gesellschaft: als „muslimischer Judenhass“, als dauernde Israelkritik in den „deutschen Leitmedien“, als „intellektueller linksradikaler Israelhass“, als „rechtsradikaler Antisemitismus“ und – geradezu klassisch – auch als „christlicher Antisemitismus“. Deutschland sei

auf dem besten Wege, „für Juden in vielen Gegenden schlicht und einfach unbewohnbar zu werden“, so sein Fazit.

„Deutsches Gedächtnistheater“

Und schließlich sinnierte in diesem unruhigen Jahr 2018 der junge Lyriker Max Czollek in seinem furiosen Essay „Desintegriert euch!“ über die Rolle der Juden im – wie er sagt – „deutschen Gedächtnistheater“. Juden würden dauernd instrumentalisiert. Die Wahrnehmung von Juden im heutigen Deutschland sei stereotyp und habe wenig zu tun mit den real existierenden Juden und ihren viel-

fältigen Lebenswelten: „Bei Juden und Jüdinnen denkt man hierzulande eben an langbärtige Schtetl-Bewohner und perücketragende jiddische Mamen, an neurotische Salonbetreiberinnen, intellektuelle Haskala-Mendelssohns oder den netten Enkel Überlebender.“

Damit werde eine ganze Menge jüdischer Erfahrungen komplett ausgeschlossen. „Die jüdische Gemeinschaft ist vielfältiger, als es die öffentliche Brauchbarkeit von Juden zulässt“, so Czollek in seiner Kritik. Auch er ist pessimistisch, was die Zukunft der Juden in Deutschland angeht. Diese sei ungewiss.

Allen den erwähnten deutsch-jüdischen Autoren gemeinsam ist diese Ungewissheit, ob sie in Deutschland überhaupt noch eine Zukunft haben. In unterschiedlicher Ausprägung ist allen der Appell an die Mehrheitsgesellschaft gemeinsam, dass diese doch endlich etwas unternehmen möge gegen den altneuen Judenhass. Ob dieser kollektive Aufschrei etwas bewegen wird, darf angesichts der Erfahrungen der letzten Jahre und im Lichte der aktuellen EU-Studie über Antisemitismus in Europa bezweifelt werden.

(Mit freundlicher Genehmigung der „Basler Zeitung“)

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Dieses jüdische Leben wird ganz besonders in den letzten Jahren der Merkel-Regierung bis zur steigenden Verunmöglichung durch deutlich zunehmende, hauptsächlich Islam-generierte Anfeindung zumindest schwieriger und unsicherer.

Dazu haben vor allem der geringe Widerstand und die weitgehende sympathisierend-rechtfertigende Duldung geführt, die der hiesige Islam-affine politische Mainstream und die Islam-Appeasement-Presse selbst schlimmsten antisemitischen Hasseruptionen und Auswüchsen des muslimischen Bevölkerungsteils bei gleichzeitiger weitestgehender Nichtverfolgung antijüdischer Straftaten entgegenbringen.

Diese Entwicklung wird sich – wie sich aus den gegenwärtigen Statements unserer Politik, Kirchen und anderen maßgeblichen gesellschaftlichen Gruppierungen leider deutlich erkennen lässt – auch im Jahre 2019 nicht wirklich verlangsamen, sondern eher noch an Geschwindigkeit zunehmen. Auch hier, wie in vielerlei anderer Hinsicht war das Jahr 2018 ein Jahr der vertanen Chancen.

Der seit Jahren faktisch geförderte hundertausendfache Import blanken islamischen Israel- und Judenhasses fällt auf fruchtbaren Boden bis weit in die Mitte der hiesigen, ohnehin vielfach von starkem antijüdischen Vorbehalt geprägten Gesellschaften und verstärkt in fataler Weise den unverhohlenen und nahezu ohne jede rechtliche Sanktion aggressiv zur Schau gelegten und gelebten Antisemitismus weitester Teile der hier bereits domizilierten, ansässigen Muslime.

Der fast suizidale faktische Verzicht unserer politischen Führung auf eine wirksame, rechtsstaatliche Ahndung der vorwiegend islamischen Integrationsunwilligkeit des wachsenden und sich wachsend fundamentalisierenden islamischen Populationsanteils in unsere bislang noch säkulare, Religions- und Minderheiten-tolerante demokratische Gesellschaft, ist in höchstem Maße gegenüber allen Bürgern dieses Landes verantwortungslos. Er stellt unfraglich eine eklatante Verletzung zumindest des politischen, wenn nicht sogar des gesetzlichen Auftrages unserer Politik zum Schutz unserer Verfassung dar.

Die von unseren Rechts- und Exekutivorganen besonders gegenüber Muslimen vielfach praktizierte bewusste Nicht- oder zumindest Minder-Anwendung von bestehenden Gesetzen, besonders bei Toleranz-defizitären Straftaten der zumeist muslimischen Täter gegenüber Andersdenkenden und ganz besonders bei rassistischer Hass-Kriminalität gegenüber Juden – führt zu einer massiven Aushöhlung unseres freiheit-

lich-demokratischen Rechtssystems.

Nicht mehr zu übersehen sind die in unseren Städten fast ohne rechtliche Gegenmaßnahmen unserer Exekutive wachsenden No-Go-Areas, der nahezu tägliche vor allem von muslimischen Tätern geführte Messerkrieg gegen alle und jeden auf unseren Straßen und in unseren Verkehrsmitteln sowie die körperlichen Übergriffe auf Juden in muslimisch dominierten Stadtregionen.

Besondere Sorge bereitet die nahezu achselzuckende Akzeptanz unserer staatlichen Organe, der Lehrerkollegien und der Elternvertreter beim zwischenzeitlich zur Norm gewordenen Mobbing und körperlicher Bedrohung jüdischer Schüler in den stetig an der Zahl wachsenden Schulen und Sportstätten mit erhöhter und häufig schon dominierender islamischer Präsenz.

Während in teilweise hoch durch unseren Staat subventionierten islamischen Ausbildungs- und Religions-Einrichtungen Hasspredigten gegen alles Jüdische und gegen Israel zur längst tolerierten Alltagsnormalität gehören, führt die berechtigte Warnung vor diesem sichtbaren, Islam-induzierten Verfall unserer demokratischen Werteordnung zur vornehmlich durch die Regierung und die mit ihr faktisch im dissonanten Gleichklang vergesellschafteten linken und grünen Parteien sowie ihre nahezu gleichgeschalteten öffentlich-rechtlichen Medien zur Verunglimpfung fast aller Warner als „rechte Scharfmacher“.

Vorgegaukelte Judenfreundlichkeit
Dabei dienen die zum Krokodiltränen-behafteten Alibi degenerierten Gedenktags-Rituale wie die sich im Januar jährnde Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz nur noch als Mimikry einer vorgegaukelten Judenfreundlichkeit unserer Politik und Presse.

Statt sich um den Erhalt unserer demokratischen Lebensweise zu sorgen, wird die von islamischer Gewalt ausgehende Bedrohung unserer Lebenswelt Einzelfall-kleingeredet, während die zweifelsohne vorhandenen, aber in der Summe erschreckend wenigen Integrations-gelückten islamischen Lebensläufe trotziger von Talkshow zu Talkshow weitergereicht werden, um uns gegen jede Evidenz eine vermeintlich geglückte großflächige Integration des muslimischen Bevölkerungsanteils vorgaukeln sollen.

Ein Übriges zur Ausgrenzung von Juden und zur Dämonisierung des demokratischen Staates Israel tragen unsere Mainstream-Politik und ihre Medien selbst bei.

Mit der nur mit Kopfschütteln wahrzunehmenden, vor allem vom deutschen Kanzleramt ausgehenden, nahezu grotesken west-europäischen Selbstaufga-

be-Politik, dem gegen alle Vernunft am Wähler vorbei durchgedrückten fatalen Migrationspakt, der verfehlten Osteuropa-Politik und der obsessiven Ablehnung des US-Präsidenten Trump, ist die Merkel-Regierung unter dem Einfluss der eigentlich weit nach grün verorteten Kanzlerin und der absolut obsolet gewordenen, in Richtung unter 10 % Wählerzustimmung zusteuern den Nahles-Partei weit von der politischen Mitte nach links gedriftet und wird besonders mit der im Herbst 2018 vertanen Chance einer geeigneten und glaubwürdigen Neubesetzung auch in 2019 den eingeschlagenen Irrweg der zunehmend irreversibler werdenden Strukturauflösung unseres lebenswerten noch westlichen demokratisch-säkularen Nachkriegs-Lifestyles fortsetzen.

Bevor er von der Hektik des wieder Routine werdenden Nach-Neujahrs-Alltags verdrängt wird, soll ein kleiner aber symptomatischer Vorfall nicht unerwähnt bleiben sollte. Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Annette Widmann-Mauz, hat auf Grußkarten, die sie zu den Feiertagen versandte, in bewusster Islam-Anbiederung das Wort „Weihnachten“ weggelassen.

Selbstaufgabe der eigenen Kultur

Islam-anbiedernde Selbstaufgabe der eigenen Traditionen und kulturellen Werte führt bestenfalls zur Verachtung durch die an eigene Selbstüberhöhung ihrer atavistischen Kultur gewohnten Muslime. Sie fördert keinesfalls die Integration, sondern ist beschämend, peinlich und Integrations-hinderlich.

Beschämend ist auch die schnelle Ausblendung des neuerlichen islamischen Terrorermordes an fünf unschuldigen Menschen durch einen den Behörden besten bekannten und stark mit Deutschland verknüpften islamischen Mörder. Die Gewöhnung an islamisches Morden hat zwischenzeitlich auch die Empathie und Solidarität mit den Opfern erodiert. Statt einer massenhaften „Je suis“-Bekundung gilt die Sorge unserer Islam-Appeasement Politik vor allem dem Anliegen den Islam und seine Anhänger von jeder Schuld freizusprechen.

Prinzipientreue zu ihrem links-ideologischen Gedankengut zeigen unsere Politik und die Kirchen nur, wenn sie statt den islamischen Rassismus und die massiven Christenverfolgungen in Islam zu brandmarken, gemeinsame Veranstaltungen mit den frei gewählten Abgeordneten der neuen Opposition – wie etwa im schwäbischen Birkach – boykottieren und verhindern.

Tragödien wie der weitere islamistische Terroranschlag in Straßburg, wo fünf unschuldige Menschen durch einen Sohn von Migranten aus Algerien, Cherif Che-

katt, getötet wurden, erzählt man uns – genauso wie bei einem anderen Angriff am Weihnachten vor zwei Jahren – dass das alles, auch der Ruf „Allahu Akbar!“, überhaupt nichts mit dem Islam zu tun habe.

Es ist vorauszusehen, dass das in 2018 weiter gewachsene Islam-Appeasement der Politik und Medien immer offensichtlicher und unverhohlener ungeachtet der fehlenden Akzeptanz beim Wähler die Erosion des Rechtsstaates auch in 2019 fortsetzen wird.

Statt einzuräumen, dass die Politik des linken Regierungsbündnisses längst zu einem großen allgemeinen Sicherheitsrisiko ausgewachsen ist, wird ohne Folgen für die Verantwortlichen in Kauf genommen, dass ein islamischer Mehrfachtäter selbst nach 18 Straftaten hier ungehindert auf freien Fuß leben kann, bis er wie gerade in Nürnberg geschehen, wahllos drei Frauen mit einem Messer schwer verletzt. Es wundert daher ebenso wenig, dass der Fall des islamischen Mörders Amri am Berliner Weihnachtsmarkt insoweit folgenlos blieb, als auch der Straßburger Terrorist, der mit seinen 29 Jahren bereits 27 Mal vor Gericht stand, sich bis zu seinem neuerlichen Mordanschlag frei und ungehindert bewegen konnte.

Verbote und eine dogmatische Gängelung der eigenen Bevölkerung betreibt unsere Politik nur dort, wo sie eigentlich obsolet wären.

Als irrwitzige Folge dieser politischen Praxis haben wir daher von der Glühbirne über die Getränkedose bis zum Pupsen der Kühe nicht nur einen Reglementierungs- und Verbots-Boom für alles, was eigentlich erlaubt sein sollte. Jetzt haben wir in unserer Republik auch noch einen Schutzzonen-Boom:

Ein Land voller Schutzzonen

Seit den islamischen Massenvergewaltigungen nichtmuslimischer Frauen in der Kölner Neujahrsnacht des Jahres 2015/16 haben wir zwar quasi keinen der muslimischen Vergewaltiger verurteilt, dafür ist seither an jedem Jahreswechsel die gesamte Kölner Dom-Gegend eine Schutzzone. Das Silvesterfeuerwerk am Brandenburger Tor war auch dieses Jahr eine Schutzzone, der Weihnachtsmarkt an der Berliner Gedächtniskirche und viele andere im ganzen Land sind heute Schutzzonen, sämtliche unserer Großveranstaltungen sind Schutzzonen, jüdische Kindergärten und alle anderen jüdischen Einrichtungen sind unverzichtbare Schutzzonen. Auch unsere Flughäfen sind ganz selbstverständlich Schutzzonen. Kurzum unsere ganze Republik ist durchzogen von einer immer größer werdenden Zahl an Schutzzonen.

Fortsetzung auf Seite 18 ▶▶

Islamischer Anschlag in Straßburg: Niemand ist mehr „Je suis“!

Drei Jahre nach „Charlie Hebdo“ hat sich West-Europa an den Terror gewöhnt

Von Alexander Will

Erinnert sich noch jemand? Es gab einmal „Je suis Charlie!“. Es gab „Je suis Nice“, „Je suis Paris“ und „Je suis Bruxelles“. In den Sozialen Medien waren diese Sätze als Hashtags allgegenwärtig. Millionen ersetzen in den Jahren 2016 und auch noch 2017 ihre Profilbilder durch Grafiken mit diesen Sätzen. Das waren Solidaritätsbekundungen mit den Opfern islamischen Terrors – und es war ein Weg, mit dem eigenen Schrecken umzugehen. 2018 aber ist niemand „Straßburg“.

Europa nahm den Anschlag des Terroristen Chérif Chekatt auf den Weihnachtsmarkt mit fünf Toten fast emotionslos hin. Man hat sich offenbar an den Terror, das Morden auf offener Straße gewöhnt. Das trifft auch auf die Weihnachtsmarktfestungen in deutschen Innenstädten zu. Glühwein hinter Zäunen und Barrikaden – eine deutsche, eine europäische Normalität. Wer erinnert sich noch an Zeiten ohne solche Sicherheitstrakte?

Es ist eingetreten, was Politiker in der Hochzeit des islamischen Terrors vor zwei Jahren bereits durch die Blume gefordert hatten: Die Gewöhnung an die terroristische Bedrohung. Sie wird heute hingenommen wie schlechtes Wetter. Im September 2017 vergangenen Jahres sagte der damalige Innenminister Thomas de Maizière: „Wir werden auf Dauer mit der terroristischen Gefahr leben müssen.“ Sadiq Khan, Bürgermeister von London, meinte, terroristische Bedrohung sei eben „Teil des Lebens in einer Großstadt“.

Ist solche Gewöhnung nun vielleicht sogar eine positive Angelegenheit? Vermindert sie nicht den Schrecken, den Attentäter zu verbreiten vermögen? Vordergründig mag das so scheinen. In Wirklichkeit ist sie Symptom einer Teilkapitulation vor dem Terror: Man kann es eben nicht verhindern – so what! Stellt



„Je suis Charlie“-Schriftzug an der französischen Botschaft in Berlin am 11. Januar 2015

euch nicht so an! Die Pannen im Fall Amri und Chekatt sind wohl auch durch solches Denken in Behörden und Politik zu erklären, ebenso wie der lieblose Umgang mit den Opfern des Terrors. Nur nicht drüber reden! Nur nicht daran erinnern! Doch auch in einem Bürgerkrieg gewöhnen sich die Leute irgendwann an den Beschuss – tolerabel oder gar wünschenswert ist der Zustand trotzdem nicht.

Inzwischen sind wir in der Debatte bereits einen Schritt weiter: Im Netzauftritt der „Süddeutschen Zeitung“ war da

in dieser Woche ein Text zu lesen, der forderte man möge das Wort „Terrorismus auf den Müllhaufen“ werfen. Begründung unter anderem: Was für den einen Terror sei, sei für den anderen ja positiv belegt. Beispiele sind ausgerechnet der Terror der französischen Revolutionäre von 1789 und die Sowjetunion.

Natürlich ist das Unfug. Leute, die durch Morde an Zivilisten, durch Angriffe auf die Infrastruktur ganz konkreten Schaden anrichten und Furcht säen wollen, sind das abgrundtief Böse. Da hilft

keine Relativierung. Einer, der das genau wusste, war Helmut Schmidt. Am 16. September 1977 prangte sein Gesicht auf dem Titel der „Bild“ neben der programmatischen Schlagzeile „Wir besiegen die Terroristen“. Was für ein Kontrast zu den Defätisten, den de Maizières und Khans, des frühen 21. Jahrhunderts!

Dieser Artikel erscheint mit freundlicher Genehmigung der Nordwest-Zeitung (Oldenburg)



Polizeieinsatz am Abend des Anschlags, dem 11. Dezember 2018, in der Nähe des Straßburger Weihnachtsmarktes.

Die UNO will die Terror-Organisation Hamas nicht verurteilen

Nikki Haley führt der Weltöffentlichkeit in einem letzten Akt vor ihrem Rückzug die ganze Verkommenheit der UNO vor Augen

Von Dr. Nikoline Hansen

Es war ein Abschied mit Knalleffekt. So hatte Nikki Haley es sich gewünscht – denn das Ergebnis der Abstimmung der UN-Resolution, die sie am 7. Dezember 2018 in der UN-Vollversammlung einbrachte, war absehbar – zu revolutionär wäre ein angemessenes Abstimmungsverhalten in der UN gewesen, wenn es um Israel geht. Der letzte Auftritt von Nikki Haley als UN-Botschafterin der USA im UN-Sicherheitsrat blieb daher in Deutschland auch weitgehend unbeachtet, anders als die Resolution, deren Nichtannahme ein Skandal der eigenen Art war und sehr deutlich machte, dass es den UN nicht um Frieden und Völkerverständigung geht. Die Hamas hatte bereits im Vorfeld empört reagiert und in einem offenen Brief an die Präsidentin der UN-Generalversammlung deutlich gemacht, dass sie den „bewaffneten Widerstand“ als legitimes Mittel einer „nationalen Befreiungsbewegung“ betrachtet, wobei der Chef des Politbüros der Hamas, Ismael Hanija, die Anerkennung der PLO im Jahre 1974 anführte.

Was steht in dem Resolutionsentwurf?

Die engagierte Botschafterin der USA, die am 9. Oktober ihren Rücktritt vom Amt zum Jahresende bekannt gegeben hatte, wollte noch einmal deutlich die Fronten klären. Nachdem es kurz zuvor eine Reihe von Resolutionen gegen Israel gegeben hatte, sollte nun auch einmal die radikalislamische „palästinensische“ Terrororganisation Hamas verurteilt werden, die in den letzten Monaten immer wieder durch Zivilisten und die Umwelt gefährdende Gewaltakte gegen Israel aufgeflogen war.

Der Resolutionsentwurf der Vereinigten Staaten von Amerika mit der Dokumentennummer A/73/L.42, umfasste unter der Überschrift „Aktivitäten der Hamas und anderer militanter Gruppen in Gaza“ sieben Punkte. Gefordert wurden im Einzelnen: Die Verurteilung der Hamas für wiederholten Raketenbeschuss Israels und Anstiftung zur Gewalt, wodurch Zivilpersonen gefährdet werden. Die Einstellung aller gewalttätigen Aktivitäten seitens der Hamas und aller anderen provokanten Akteure, einschließlich der Nutzung brennender Fluggeräte. Weiter verurteilt die Resolutionsentwurf die Verwendung der Ressourcen für den Bau militärischer Infrastruktur durch die Hamas in Gaza, darunter Tunnel zur Infiltration Israels und Raketenbasen in zivilen Einrichtungen, und fordert alle Parteien zu uneingeschränktem Respekt des internationalen Menschenrechts und des humanitären Völkerrechts auf, insbesondere zum Schutz der Zivilbevölkerung. Er fordert weiter die Einstellung jeglicher Formen von Gewalt gegen medizinisches und humanitäres Personal und bekräftigt die Bedeutung der Achtung der Unverletzlichkeit und Neutralität von Einrichtungen der Vereinten Nationen. Er ermutigt Bemühungen um eine inner-„palästinensische“ Aussöhnung und unterstützt die ägyptischen Bemühungen für die Wiedervereinigung des Gazastreifens und des Westjordanlandes unter der „palästinensischen“ Au-



Heiko Maas spricht vor der UNO-Vollversammlung

tonomiebehörde und unterstützt alle Maßnahmen zur Deeskalation.

Die Einbringung erfolgte mit einer engagierten Rede Nikki Haleys vor der Vollversammlung, was die anwesenden Mitglieder allerdings kaum von ihrem üblichen Abstimmungsverhalten abbrachte: Lediglich 87 Länder stimmten für diese Resolution, 58 dagegen, darunter Afghanistan, Algerien, Ägypten, Bangladesch, der Iran, der Irak, Russland, die Türkei, Simbabwe, der Sudan und China, weitere 32 enthielten sich.

In ihrer Abschiedsrede vor dem UN Sicherheitsrat am 18. Dezember 2018 zog Haley schließlich eine Bilanz ihrer zweijährigen Amtszeit, in der sie betonte, dass es aufgrund der Sicherheitslage zwar nicht bemerkenswert gewesen sei, dass das Thema Frieden im Nahen Osten so oft auf der Tagesordnung gestanden hätte, was aber wirklich auffällig gewesen sei, sei die Einseitigkeit, mit der diese Debatten geführt wurden. Dies habe sie auch oft gesagt. Die Probleme seien zahlreich, und doch sei unproportional viel Zeit bei der Diskussion nur eines einzigen Themas verbracht worden, wobei die UN hoffnungslos voreingenommen sei, was sie zwei Wochen zuvor mit der gescheiterten Abstimmung über die Verurteilung der Aktivitäten der Hamas gegen Israel wieder einmal bewiesen habe. Sie betonte, sie habe versucht die anderen drängenden Fragen wie Waffenlieferungen an Terroristen, das Assad-Regime in Syrien, den illegalen und unmenschlichen Missbrauch von Menschen als Schutzschilde durch die Hamas, die Verletzung der israelischen Souveränität, die Situation im Irak und im Jemen sowie der Flüchtlinge und humanitäre Krisen zu thematisieren.

Auch ohne Israel wäre der Nahe Osten eine Krisenregion

Sie habe dies aus zwei Gründen getan: Zum einen um zu zeigen, dass die meisten

der Probleme der Region absolut nichts mit dem israelisch-„palästinensischen“ Konflikt zu tun haben, und um zweitens die UN dazu zu bewegen, ihre Obsession mit Israel aufzugeben. Diese Obsession sei absolut unproduktiv gewesen. Im Gegenteil, sie sei kontraproduktiv gewesen, da sie die „Palästinenser“ darin bestärkt habe, dass sie ihre Ziele mit Hilfe der UN möglicherweise eher erreichen könnten als mittels direkter Verhandlungen. Das Vorgehen sei eine eindeutige Botschaft an Israel gewesen, dass sie der UN niemals würden vertrauen können. Diese voreingenommene Herangehensweise sei kein Weg zum Frieden, sondern zu einem endlosen Stillstand. Da dies ihre letzte Rede vor diesem Gremium sei, wolle sie diesmal auch das israelisch-„palästinensische“ Thema direkt ansprechen.

Amerika hat mehr für die „Palästinenser“ getan als alle anderen

Israel sei ein starkes, erfolgreiches Land, das immer Frieden mit seinen Nachbarn wollte und deutlich gezeigt habe, dass es bereit sei große Opfer für den Frieden zu bringen, einschließlich der Aufgabe von großen Teilen des Lands. Aber Israel sei nicht bereit, jeden Preis zu zahlen. Seit seiner Gründung sei es bedroht worden und deshalb wäre es dumm, ein Abkommen zu schließen, das seine Sicherheit schwächen würde. Trotz dieser Bedrohungen sei es Israel gelungen, zu einer führenden Nation in der Welt zu werden. Auch die „Palästinenser“ seien nicht gezwungen, um jeden Preis ein Friedensabkommen zu schließen. Allerdings sei die Lage der „Palästinenser“ deutlich schlechter, das Volk leide unter der Politik seiner Führung und den Terroristen. Beide Seiten würden von einem Friedensabkommen profitieren, die „Palästinenser“ mehr, wogegen die Israelis

mehr riskierten. Das von der Regierung Trump vorgeschlagene Friedensabkommen sei von niemandem gelesen worden, weshalb sie nun noch einmal dafür plädieren wolle. Es handele sich nicht nur um wenige Seiten, sondern sei ein detailliertes Papier, das alle zeitgemäßen Technologien und Möglichkeiten zur Lösung des Konflikts einbeziehe. Amerika habe das „palästinensische“ Volk mehr als alle anderen Nationen unterstützt und werde dies auch weiterhin tun. Allerdings betonte sie noch einmal ausdrücklich, dass die Sicherheit Israels Priorität habe und ein „unverrückbares Band zwischen unseren beiden Völkern“ sei. Sie hoffe sehr, dass in den nächsten Jahren nicht wieder die gleichen alten Diskussionen geführt werden würden.

Es ist anzunehmen, dass dieser Wunsch ungehört verhallt. Er hätte breiterer Unterstützung, auch aus Europa bedurft. Dabei gab es zuvor ein kleines Wunder am Rande: der von Israel zusammen mit einer Reihe anderer Länder, darunter auch Österreich und Kanada, im November eingebrachte Entwurf „Unternehmertum für eine nachhaltige Entwicklung (Dokument A/C.2/73/L.35/Rev.1) wurde mit 137 Stimmen bei 29 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen beschlossen. Vielleicht eröffnen Wirtschaft und technologische Zusammenarbeit neue Perspektiven auch für einen nachhaltigen Frieden, wie ihn die USA nicht erst seit Zeiten der Trump-Regierung zu installieren suchen. Aber auch die konsequente Haltung einer Supermacht kann nur Erfolg zeigen, wenn sie von anderen Seiten Unterstützung erhält. Hier ist Deutschland ganz sicher mehr gefordert, ebenfalls eine eindeutige Position einzunehmen und sich nicht den Reihen der vehementen Kritiker anzuschließen. Es wird Zeit für einen politischen Perspektivwechsel.

Trachten-Mummenschanz im US-Kongress

Der neueste Streich des arabischen Geschichtsrevisionismus ist die Erfindung einer angeblich „palästinensischen“ Tracht aus „vorbiblischer“ Zeit



Von Tina Adcock (Mena Watch)

Die israel-feindliche US-Abgeordnete Rashida Tlaib wird auf den Koran vereidigt.

Die frisch gewählte amerikanische Kongressabgeordnete Rashida Tlaib gab bekannt, dass sie anlässlich ihrer Vereidigungszeremonie im Januar ein traditionelles „palästinensisches“ Gewand tragen werde. Ihre Vorfahren haben „palästinensisch“-arabische Wurzeln, ihre Mutter stammt aus dem Dorf Beit Ur al-Fauqa in der Nähe von Ramallah und ihr Vater wurde in Beit Hanina in Jerusalem geboren. Um ihre Wurzeln zu betonen, habe sie sich für das beschriebene Kleidungsstück entschieden, von dem sie mit folgenden Worten ein Foto auf Instagram postete: „Eine kurze Vorschau: Das ist es was ich zu meiner Vereidigungszeremonie im Kongress tragen werde. #PalästinensischesGewand #FürmeineMama“

CNN und Al Jazeera berichteten, dass das Kleidungsstück, die Thawb, typisch für „palästinensische“ Frauen sei und die jeweilige Stadt, aus der die Frau kommt, repräsentiere. Jedoch ist eben dieses Kleidungsstück im gesamten Nahen Osten verbreitet und es ist rein gar nichts spezifisch „palästinensisch“ daran. Am 30. November widmete auch „ARD Israel Palästina“ der Thawb ihre Aufmerksamkeit und veröffentlichte eine Kurzdokumentation mit dem Titel „Bunte Leidenschaft: Palästinensische Frauenkleider sind seit Jahrhunderten für ihre prachtvolle Strickerei bekannt“.

Schnell wird klar, dass die porträtierte „Tracht“ eine politische Botschaft sendet – wird doch behauptet, dass sie auf „vorbiblische Zeiten“ zurückgehe: „Besonders an den palästinensischen

Kostümen ist dieses Rot, wir nennen es ordschuani. Die Kanaaniter haben die Farben aus Muscheln bezogen.“ Was haben nun also die Kanaaniter mit den sogenannten „Palästinensern“ zu tun? Die Antwort ist: Nichts, denn die nationale Selbstbezeichnung als „Palästinenser“ wurde erst als politische Strategie unter Arafat eingeführt, zuvor verstanden sich die Bewohner der „palästinensischen“ Gebiete schlicht als Araber.

Doch noch nicht einmal der geographische Bezug auf diese „palästinensischen“ Gebiete trifft auf die genannte Praxis des Kleiderfärbens zu, wie der Journalist Stefan Frank in seiner Analyse des ARD-Berichts ausführt. Zwar existiert die Idee, dass das Volk, welches die Griechen als Phönizier bezeichneten, von den Israeliten „Kanaaniter“ genannt wurde. Doch Archäologen legten dar, dass diese Anschauung falsch ist: mit dem griechischen „Phönizien“ wurde die Küstenregion des heutigen Libanon bezeichnet, während „Kanaan“ in der hebräischen Bibel eine Bezeichnung für die Feinde Israels ist, und ihr Gebiet wird als weiter südlich sowie Richtung Jordan liegend beschrieben. Des Weiteren wurde die Purpurfarbe der Phönizier nicht für Volkstrachten verwendet, da sie viel zu teuer war. Die heutigen „Palästinenser“ stammen von verschiedenen Völkern der Region ab und nicht von einem bestimmten wie den Kanaanitern, von denen noch nicht einmal klar ist, ob es sie jenseits der Fremdbezeichnung durch die Israeliten überhaupt je gab. Die Kleidung der Frauen jedenfalls

ist heute völlig verschieden von der vor 3.000 Jahren. All das hält die „Palästinensische Autonomiebehörde“ aber nicht davon ab, hartnäckig das Märchen von der Abstammung der Kanaaniter zu verbreiten, um die Geschichte der Levante für die letzten Jahrtausende umzuschreiben.

Eine Boykott-Aktivistin im US-Repräsentantenhaus

Rashida Tlaib ist nun die erste Muslima mit „palästinensischen“ Wurzeln, die einen Sitz im US-amerikanischen Repräsentantenhaus gewann. Sie gilt als Kritikerin von Donald Trumps Politik und sagte gegenüber dem englischen Channel 4, dass sie entschlossen gegen amerikanische Militärhilfe für Israel stimmen werde. Nach ihrem Wahlsieg erklärte sie, in eine „palästinensische“ Flagge gewickelt: „Meine Stärke entspringt dem Fakt, dass ich Palästinenserin bin.“ Darüber hinaus gab sie bekannt, dass sie für eine Einstaatenlösung wäre – für einen bi-nationalen „palästinensischen“ Staat, der Israel ersetzen soll und damit den Konflikt beenden würde.

Tlaib gilt als explizite Unterstützerin der Israel-Boykottbewegung BDS und möchte eine Delegation leiten, die das Westjordanland besuchen soll: „Ich möchte, dass wir alle die Segregation sehen können, und wie sie uns daran hindert einen wirklichen Frieden in der Region zu erreichen. (...) Ich denke nicht, dass [das American Israel Public Affairs Committee (AIPAC)] die Realität zeigt und einen fairen Ein-

blick in diese Angelegenheit gibt.“ Die Reisegruppe soll sich hauptsächlich auf Themen wie Israels „Inhaftierung von palästinensischen Kindern“, Bildung, Zugang zu Wasser und Armut fokussieren. Tlaib plant während ihres Trips weder Vertreter der israelischen Regierung zu treffen noch Vertreter der „Palästinensischen“ Behörde. Damit möchte sie ein Gegengewicht zu der ursprünglich von AIPAC geplanten Israelreise schaffen, die Treffen mit israelischen Geschäftsleuten, Regierungsvertretern, Militärs uvm. beinhaltet. Die Einschnitte und die Neuplanung dürften bereits viel über das Bild verraten, das Rashida Tlaib vermitteln möchte.

Ihre BDS-Unterstützung begründete Tlaib damit, dass die Bewegung den ökonomischen Boykott nutze, um die Aufmerksamkeit auf „Probleme wie Rassismus und die Verletzung von internationalen Menschenrechten, die Israel jetzt gerade begeht“ zu lenken. Im August veröffentlichte Tlaib mehrere Anti-Israel-Tweets und unterstützt offiziell die Zerstörung des einzigen jüdischen Staats der Welt. Auch unterhält sie enge Beziehungen zu der notorischen Antisemitin und Women's-March-Leiterin Linda Sarsour, und bekundete auf Twitter Sympathie für die „palästinensische“ Terroristin Rasmia Odeh. Die Wahl ihrer Kleidung für die Vereidigungszeremonie soll diesen Einsatz für die „palästinensische Sache“ und gegen Israel nun noch einmal öffentlich unterstreichen.

Selbst die arabischen Nachbarn interessieren sich immer weniger für die sogenannten „Palästinenser“

Bei einer kürzlich stattgefundenen Nahost-Konferenz wurde der illegitime „palästinensische“ Gebietsanspruch kaum noch thematisiert und unterstützt.

Von Yoram Ettinger

Kein Land, das an der „MED 2018 – Mediterranean Dialogues“-Konferenz in Rom teilgenommen hat, die die Probleme des Nahen Ostens zum Thema hatte, zeigte Interesse an dem Schicksal der „Palästinenser“. Stattdessen sprach man über die Normalisierung der Beziehungen zu Israel. Dies markiert eine eindeutige Kehrtwende des politischen Paradigmas im Nahen Osten.

Bei der Auflistung wesentlicher Probleme des Nahen Ostens benannte sie Katars Vizepremier und Außenminister Mohammed bin Abdulrahman al-Thani ihrer Bedeutung nach wie folgt:

Katars Blockade durch Saudi-Arabien, die Kriege in Syrien und Jemen, Chaos in Libyen, politische Unruhen in Libanon. Das Fehlen der „Palästinenser“-Frage war umso auffälliger, weil ausgerechnet Katar in diese Frage tief involviert ist: Erst kürzlich investierte Katar in Gaza 15 Millionen US-Dollar in bar.

Nicht nur al-Thani ignorierte dieses Thema. Ahmed Aboul Gheit, Generalsekretär der Arabischen Liga, benannte lediglich den Iran-Irak-Krieg, den Einmarsch der irakischen Truppen in Kuwait 1990, 9/11 sowie die Militärintervention der USA im Irak 2003. Laut Gheit, der bis 2011 das Auswärtige Amt Ägyptens leitete, wäre der sogenannte „Arabische Frühling“ einer der Gründe für die Destabilisierung in der Region. Später fügte Gheit allerdings hinzu, die „Palästinenser“-Frage bleibe, neben der Einmischung Irans in die Angelegenheiten arabischer Staaten, ein wichtiges Problem im Nahen Osten. Jedoch ging sonst niemand von den anwesenden Staatschefs auf diese Frage ein – sie ignorierten sie oder maßen ihr keine besondere Bedeutung bei, sodass Gheits Worte als reine Formalie aufgenommen wurden.

Vielmehr handelte es sich bei den Hintergrundgesprächen sowie auf dem Podium um die Normalisierung der bilateralen wie multilateralen Beziehungen zu Israel. Omans Außenminister rief die arabischen Staaten auf, sich damit abzufinden, dass die Existenz Israels nun mal eine Tatsache sei; dementsprechend solle Israel auch seinen Anteil an Rechten und Pflichten haben.

Das Desinteresse für den israelisch-„palästinensischen“ Konflikt war so offensichtlich, dass selbst Mohammed Dschawad Sarif, iranischer Außenminister, davon abließ, den jüdischen Staat zu erwähnen und konzentrierte sich in seinem Beitrag auf die Kritik an Saudi-Arabien und den USA.

Ein Redakteur einer arabischen Nachrichtenagentur erklärte dies mit einer gewissen Frustration und aufkommender Müdigkeit der Menschen aufgrund der fehlenden Bewegung in der „Palästinenser“-Frage; man wolle endlich Realpolitik betreiben.

Die Organisatoren der Konferenz – das Auswärtige Amt Italiens, das Italienische Institut für internationale Politik und RAI (die öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt Italiens) – planten zwei Sitzungen für die Besprechung des „palästinensischen“ Problems ein, dort herrschte jedoch Hilflosigkeit und Frustration. Der „Außenminister“ der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ hielt eine lange

Rede, bei der Vorwürfe an die internationale Gemeinschaft und die arabischen Staaten für ihre Weigerung, sich mit der „Palästinenser“-Frage zu beschäftigen, deutlich herauszuhören waren.

Das große Thema blieb jedoch die Zusammenarbeit mit Israel, was auch die Diskussion mit dem Knesset-Sprecher Juli Edelstein zeigte: Lediglich eine der an ihn adressierten Fragen bezog sich auf die „Palästinenser“, im Zusammenhang mit den Erwartungen an Trumps Friedensplan für Nahost. Bei allen anderen Fragen handelte es sich um die Drohungen Irans gegen Israel und darum, welche israelischen Technologien der Gesamtregion helfen könnten.

Auf der Sitzung, die der Situation in Gaza gewidmet war, konzentrierten sich die Referenten mehr auf die Notwendigkeit einer Annäherung zwischen Hamas und Fatah. Druck auf Israel auszuüben stand nicht zur Diskussion.

Wie wird die neue Politik der nationalen Sicherheit in den USA aussehen?

Obwohl die nationale Sicherheit wie auch die Außenpolitik bei den Zwischenwahlen für den Kongress im November 2018 keine Hauptrolle gespielt haben, haben die Wahlergebnisse dennoch Einfluss auf Trumps Möglichkeiten, in diesen Bereichen zu manövrieren.

Von jetzt an könnte sich das Repräsentantenhaus, dessen Macht durch den unter der Kontrolle der Republikaner stehenden Senat wesentlich neutralisiert wird, auf die Beobachtung von Trumps Aktivitäten konzentrieren, wobei der Rat des ehemaligen Vorsitzenden des Nationalkomitees der Demokratischen Partei, Ed Rendells, sich der Gesetzgebung und nicht den Ermittlungen zu widmen, ignorieren würde.

Denn der ehemalige Gouverneur von Pennsylvania weiß: Die Wähler erwarten, dass sich die Delegierten mit regionalen Problemen befassen und dass dies die Zusammenarbeit zwischen beiden Kongresskammern sowie zwischen den Legislativen und Exekutiven erfordert.

Wenn das Repräsentantenhaus Rendells Rat ignorieren wird, kann es für Präsident Trump ein Hindernis bei der Lösung der wichtigsten Probleme in Bereichen internationaler und nationaler Sicherheit werden. Dabei handelt es sich nicht weniger als um folgende Aufgaben:

Die aggressiven Pläne der iranischen Regierung, IS und weitere sunnitische Terrorregime, Unterstützung proamerikanischer Regierungen im arabischen Raum, welche von Iran bedroht werden; die Situation im Falle Russlands und Chinas deeskalieren und die Zusammenarbeit mit ihnen vorantreiben; Restrukturierung der NATO-Finanzbasis; bilaterale Beziehungen zwischen USA und Mexiko und die geostrategischen Beziehungen zwischen USA und den lateinamerikanischen Ländern zielgerichtet modernisieren und verstärken; strategische Zusammenarbeit mit Indien intensivieren.

In der Stellungnahme von Anvar Mohammed Gargash (Außenministerium



Katars Vizepremier und Außenminister Mohammed bin Abdulrahman al-Thani (in der Mitte) im Gespräch mit Journalisten auf dem Podium der MED-Konferenz.

der Vereinigten Arabischen Emirate) spiegelte sich die positive Entwicklung des strategischen Images der USA wider. Gargash hat die stete Renitenz Trumps den islamistischen Kräften in Iran, Libyen, Syrien und Jemen gegenüber, welche ihre terroristischen Tätigkeiten im Nahen Osten und Europa begehen, sehr gelobt. Die Stabilisierung und Verstärkung der amerikanischen Position in Bezug auf die Eindämmung derartiger Regime sei eine Voraussetzung dafür, dass der Glaube an die Bereitschaft Amerikas, den islamistischen religiös-politischen Kräften nicht nur im eigenen Namen, sondern im Namen proamerikanischer arabischer Länder entschieden entgegenzutreten, wiederhergestellt wird. Letztere wurden von der einsichtigen und sehr entgegenkommenden Politik Obamas und seiner Annäherung an Russland und China sehr enttäuscht.

Der Iran ist entschlossen

Saudi-Arabien und die Golfstaaten sind hochofret angesichts der Tatsache, dass sich Trump der realen Bedrohung für die Staaten der Arabischen Halbinsel durch den Iran bewusst ist. Trumps Administration hat erkannt, dass die iranische Regierung keine friedliche Koexistenz mit muslimischen Ländern, geschweige denn mit diversen „Ungläubigen“ wie Christen, Hinduisten und dem jüdischen Staat, anstrebt. Das iranische Regime interessiert sich dabei keineswegs für die wirtschaftlichen Vor- oder Nachteile, sondern ist vom eigenen Größenwahn geblendet und beabsichtigt, im ganzen Nahen Osten und auch darüber hinaus zu dominieren.

Es ist zu erwarten, dass infolge der iranischen Drohungen und anderer potentieller Gefahren der Militäretat der USA weiterhin steigen wird; währenddessen bekräftigt Trump seine Forderung, die NATO-Finanzierung gerechter zu gestalten, so dass die Mitgliedstaaten nicht weniger als 2 % ihres Bruttoinlandsproduktes würden einzahlen müssen.

Es wird den europäischen Mitgliedstaaten dringend empfohlen, dem Beispiel Amerikas zu folgen – die USA beteiligen sich am NATO-Budget mit 3,6% ihres BIP, was fast das Dreifache des durchschnittlichen Mitgliederbeitrags innerhalb der NATO darstellt.

Im Gegensatz zu Europa betragen die Verteidigungsausgaben in Israel 5,2 % des BIP. So wird die strategische Unterstützung und Hilfe bei der Aufklärungs-

arbeit seitens der USA ausgebaut; darüber hinaus dient Israel als das leistungsfähigste Versuchslabor für die neue amerikanische Militärtechnik, was zu deren Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt beiträgt und dadurch die Export- sowie Erwerbstätigenquote in den USA erhöht.

Es wird nicht erwartet, dass Präsident Trump eine Isolationspolitik verfolgen wird. Stattdessen wird er auf einer einseitigen Wirtschafts- und Militärpolitik bestehen, in deren Rahmen die Interessen der nationalen Sicherheit alle kontraproduktiven und feindlichen Interessen, die durch internationale Organisationen und Instanzen – wie die Vereinte

Nationen oder den Internationale Gerichtshof – geregelt sind, verdrängen.

Alle US-Friedenspläne haben bis jetzt versagt

Die meisten dieser Organisationen sind unmittelbar oder indirekt mit den Initiativen verbunden, welche der globalen Stabilität und den nationalen Sicherheitsinteressen der USA erheblich geschadet haben. Bevor sich Präsident Trump mit den bevorstehenden Aufgaben zu beschäftigen anfängt, sollte er einsehen, dass alle amerikanischen gutgemeinten Friedenspläne den israelisch-„palästinensischen“ Konflikt betreffend, versagt haben und dass die arabische Seite sich dadurch lediglich radikalisiert hat. Mehr noch: Diese Friedensinitiativen basierten irrtümlicherweise auf einem fehlerhaften und kontraproduktiven Prinzip der moralischen Äquivalenz der Opferseite und den hasserziehenden Aggressoren.

Und, zu guter Letzt, die Drohungen, welche von den sunnitischen wie auch schiitischen islamischen Terroristen ausgehen, stellen, neben der beispiellosen strategischen Zusammenarbeit zwischen Israel und den proamerikanischen arabischen Ländern, deutlich dar, was die nahöstliche Realität beinhaltet: Die „Palästinenser“-Frage war und ist weder der Kern des Nahostkonflikts, noch der Grund der Instabilität in der Region.

Wird die Gründung eines „palästinensischen“ Staates Amerikas Interessen entsprechen? Zweifellos würde sie den Druck auf Jordanien verstärken und hätte Russland, China und dem Iran den Weg zur Teilnahme an den Lösungen der nahöstlichen Probleme ermöglicht.

Werden die Ergebnisse der Kongress-Zwischenwahlen für die Zusammenarbeit des Repräsentantenhauses mit dem Senat förderlich sein oder führen sie zu einer Konfrontation? Werden sie die gesetzgeberischen Aktivitäten weiter treiben oder eine Kontroverse mit dem Weißen Haus liefern? Wird das geteilte Capitol die Aufmerksamkeit des Präsidenten von dringenden Angelegenheiten der nationalen Sicherheit ablenken oder wird die Stagnation der Kongressarbeit Trump vielmehr dazu zwingen, seine eigenen Bemühungen im außen- sowie innenpolitischen Bereich zu intensivieren?

Übersetzung aus dem Russischen von Irina Korotkina

Australische Regierung erklärt West-Jerusalem zur Hauptstadt Israels

Für den australischen Premier Morrison steht fest: Zumindest der westliche Teil Jerusalems ist die israelische Hauptstadt. Auf Kritik stößt er mit diesem Entschluss nicht nur in der arabischen Welt.

Israelnetz

Australien erkennt Westjerusalem als Hauptstadt des Staates Israel an. Das hat Premierminister Scott Morrison am Samstag mitgeteilt. Die Botschaft werde allerdings bis auf Weiteres in Tel Aviv bleiben.

„Die australische Regierung hat entschieden, dass Australien jetzt Westjerusalem, als Sitz der Knesset und vieler Regierungseinrichtungen, als Hauptstadt Israels anerkennt“, sagte Morrison laut der Online-Zeitung „Times of Israel“. Dies respektiere sowohl eine Zwei-Staaten-Lösung als auch relevante Resolutionen des Weltsicherheitsrates. Dabei gehe es um das Streben nach einem zukünftigen Staat Palästina mit Ostjerusalem als Hauptstadt, wenn der Status der Stadt in einem Friedensvertrag festgelegt werde.

Morrison betonte, dass die australische Botschaft erst nach Westjerusalem verlegt werde, wenn Israelis und „Palästinenser“ ein Friedensabkommen geschlossen hätten. Jedoch sei ein Verteidigungs- und Handelszentrum in Jerusalem geplant. Zudem werde Australien beginnen, nach einem passenden Ort für die Botschaft zu suchen. Das Land habe das Interesse, die „liberale Demokratie“ in Nahost zu unterstützen. Der Premier mahnte auch an, dass Israel bei den Vereinten Nationen „schikaniert“ werde.

Opposition: Morrison verfolgt eigene Interessen

Die oppositionelle Labor-Partei warf Morrison vor, „Eigeninteresse über das nationale Interesse“ zu stellen. Penny Wong, die im Schattenkabinett der australischen Labor Party als Außenministerin vorgesehen ist, sagte: „Westjerusalem als Israels Hauptstadt anzuerkennen, während man Australiens Botschaft in Tel Aviv belässt, ist nichts mehr als eine Übung, um das Gesicht zu wahren.“ Es handle sich um volles Risiko ohne jeglichen Gewinn.

Beobachter vermuten, dass Morrison mittels der Anerkennung jüdische und christlich-konservative Wählerstimmen gewinnen möchte. Unterstützer in Australien gestehen hingegen Israel das Recht



Der australische Regierungschef Morrison

zu, seine eigene Hauptstadt zu wählen. Auch führen sie an, dass die Friedensgespräche zum Scheitern verurteilt seien.

Israel reagiert verhalten

Aus dem israelischen Außenministerium, das derzeit kommissarisch Regierungschef Benjamin Netanjahu unterstellt ist, kamen verhalten positive Reaktionen auf den Vorstoß. Das geplante Büro sei „ein Schritt in die richtige Richtung“, hieß es. Zudem begrüßte das Ministerium die australische Haltung zu „Sanktionen gegen den Iran und seine standfeste Position bei der Unterstützung Israels bei den UN und gegen Antisemitismus“.

Deutlicher äußerte sich der Generaldirektor des Außenministeriums und frühere Botschafter in Canberra, Juval Rotem. Auf Twitter schrieb er: „Ich begrüße Australiens Erklärung, dass es Jerusalem als Israels Hauptstadt anerkennt, wobei es die historische Verbindung des jüdischen Volkes zu Jerusalem anerkennt, und eine praktische Annäherung an die Zukunft des Friedensprozesses in unserer Region.“

Knesset-Sprecher Juli Edelstein hingegen bemängelte, die Erklärung sei „schwer zu verstehen“. Er ergänzte: „Ganz Jerusalem ist unsere ewige Hauptstadt, nicht nur ein Teil davon.“

Bahrain nimmt Australien in Schutz

Scharfe Kritik kam vom Generalsekretär der „Palästinensischen Befreiungsorganisation“ (PLO), Saeb Erekat: Eine „kleinliche Innenpolitik lenkt eine unverantwortliche Politik, die dem Weltfrieden und der Sicherheit widerspricht“, ließ er verlauten. Auch widersprach er der australischen Darstellung, der Schritt helfe, eine Zwei-Staaten-Lösung voranzubringen. Canberra weigere sich, einen „palästinensischen“ Staat anzuerkennen, stimme gegen das „palästinensische“ Recht auf Selbstbestimmung und treibe weiter Handel mit israelischen Siedlungen.

„Ganz Jerusalem bleibt ein Endstatusthema für Verhandlungen, während Ostjerusalem, unter internationalem Gesetz, ein untrennbarer Teil des besetzten palästinensischen Gebietes ist“, fügte Erekat hinzu.

Auch die Arabische Liga verurteilte die Entscheidung und warf Australien die Missachtung internationaler Gesetze vor. Das Land habe das Ziel, jede Chance auf Frieden zu zerstören. Der Außenminister von Bahrain hingegen, Chaled Bin Ahmad al-Chalifa, kritisierte die Arabische Liga für deren Äußerungen: „Das ist unverantwortlich“, schrieb er gemäß der israelischen Tageszeitung „Yediot Aharonot“ auf Twitter. „Australiens Haltung verletzt nicht die legitimen Forderungen der Palästinenser, und an ihrer Spitze Ostjerusalem als Hauptstadt, und widerspricht nicht der Arabischen Friedensinitiative.“

Am Sonntag setzte der Generalsekretär der Arabischen Liga, Ahmed Abul Gheit, nach. Auf einer Konferenz in den Vereinigten Arabischen Staaten forderte er, Australien müsse im Gegenzug Ostjerusalem als „Hauptstadt des Staates Palästina“ anerkennen.

Kampfkunstschule Mikoyan Karate, Kampfkunst, Selbstverteidigung

Kampfkunst und Nahkampf wie Systema liegen voll im Trend. Wachsende Kriminalität macht Selbstverteidigung immer wichtiger. Der erfolgreiche Weg zur körperlichen und geistigen Stabilität beginnt mit der Wahl der richtigen Kampfschule. Aram Mikoyan hat diesen Trend erkannt und bietet in seiner Kampfkunstschule auf die Bedürfnisse der Schüler abgestimmten Unterricht.

Er schult den Umgang und das Verhalten in möglichen Gefahrensituationen und stärkt zugleich das Selbstbewusstsein. Ob Manager, Hausfrau oder Schüler, jeder kann in eine gefährliche Situation geraten. So bietet die Kampfsportschule verschiedenste Kurse bereits ab dem 3. Lebensjahr.

Von Kinderkarate, Frauen-Selbstverteidigung bis Senioren-Selbstverteidigung dienen die Kurse der Stärkung des Selbstbewusstseins, der Verbesserung der Konzentrationsfähigkeit und dem Stressabbau. Die Kampfkunstschule bietet auch Kurse in den Bereichen Karate, Nahkampf Systema, Kyokushinkai, Tae-Kwon-Do, Kickboxen, Thaiboxen, Boxen, MMA.

Die Kampfkunstschule zeigt sich mit erfahrenen und erfolgreichen Meistern in einer puristischen und angenehmen Unterrichts Atmosphäre und einem qualitativ hochwertigen Equipment.

Im Trend liegt auch der angebotene Nahkampfstil „Systema“. Aram Mikoyan trainierte selbst 8 Jahre beim Schöpfer des Stils und kann dadurch das Original aus erster Hand wiedergeben.

Wir befinden uns im Herzen der City Berlin West, nur wenige Gehminuten vom Kurfürstendamm, in der Uhlandstraße.



Kontakt:
Uhlandstraße 19 10623 Berlin
Tel.: +49 (0)30 88 6281 80
eMail: kontakt@kampfkunstschule-mikoyan.de
Weitere Informationen unter
www.kampfkunstschule-mikoyan.de



**KAMPF
KUNST
SCHULE
MIKOYAN**

„Mit Ihnen rede ich nicht!“ – der Kampf Schweizer Sozialdemokraten gegen Israel

In den Nachbarländern Deutschlands haben die Sozialisten bereits alle Hemmungen bei ihrer antiisraelischen Agitation verloren.

Von David Klein (Basler Zeitung)

„Ich weiß, wer Sie sind und was Sie schreiben, mit Ihnen rede ich nicht.“ Das war die Antwort der SP-Grossrätin Tanja Soland auf meine telefonische Nachfrage, weshalb sie die rechtsstaatliche, in der Bundesverfassung verankerte Pflicht der Basler Regierung, ihre Bevölkerung – dazu gehören auch die Basler Juden – zu schützen, als „Sonderfall“ ansieht und warum sie die Israelitische Gemeinde Basel (IGB) mit demselben Status wie die christlichen Kirchen, als „private Organisation“ bezeichnet. Solands Reaktion offenbart die in linken Kreisen grassierende Verweigerungshaltung in der Diskussion mit Andersdenkenden und wirft die Frage auf, was Soland mit „ich weiß, was Sie schreiben“ meinte.

Es kann sich dabei nur um meine Artikel zum Nahostkonflikt, Antisemitismus und meine Befürwortung des Existenzrechts Israels handeln. Ansichten, die Frau Soland offensichtlich nicht teilt. Umso perfider ist Solands Manöver, für ihre Replik auf Joël Hoffmanns „BaZ“-Artikel vom 8. Dezember die SP-Grossrätin Danielle Kaufmann mit ins Boot zu holen. Offenbar will Soland ihrer Beteuerung, die „Anteilnahme an den Sorgen und dem Schicksal der jüdischen Bevölkerung“ sei „auch vonseiten der SP groß“, den Koscher-Stempel aufdrücken, indem sie jemanden mit einem jüdischen Hintergrund in Position bringt.

Dass sich Kaufmann als nützliche Idiotin dafür hergibt, das als Anteilnahme für die „Palästinenser“ getarnte strukturelle antijüdische Ressentiment der SP zu legitimieren, erstaunt indes nicht. Kaufmann ist Mitglied des umstrittenen „New Israel Fund“ (NIF) und arbeitet in dessen „Ortskomitee Basel“.

Unterstützung unzähliger radikal antiisraelische NGOs

Der NIF ist eine äußerst zwiespältige amerikanische Organisation, die sich auf der einen Seite ein karitatives, humanitäres und soziales Image gibt und damit auch erfolgreich ist. Auf der anderen Seite unterstützt der auch vom jüdischen Multimilliardär George Soros finanzierte NIF mit Hunderten Millionen Dollar unzählige radikal antiisraelische NGOs, wie „Breaking the Silence“ (diffamiert anonym israelische Soldaten), Adalah (unterstützt BDS) oder HaMoked (verteidigt „palästinensische“ Terroristen vor israelischen Gerichten), die den jüdischen Staat delegitimieren und dämonisieren, um letztlich einen totalen gesellschaftlichen Umsturz der israelischen Ordnung herbeizuführen: „Wir und unsere Organisationen arbeiten daran, die Regierungspolitik in Israel auf allen Ebenen zu beeinflussen. Und wir setzen uns ausserhalb Israels für Veränderungen der israelischen Gesellschaft ein, die Einfluss auf jüdische Gemeinden anderswo haben können“, heisst es auf der NIF-Website.

„Wir sind der New Israel Fund, und es liegt in unserer Macht, eine wichtige Kraft bei der Schaffung eines neuen Israel zu sein“. Wie dieses „neue Israel“ aussehen soll, brachte die WikiLeaks-



Christian Levrat, SP-Vorsitzender, plädiert für den Ausschluss Israels aus der FIFA.

Veröffentlichung eines vertraulichen Telegramms der US-Botschaft von 2010 zu Tage, in dem Hedva Radovanitz, die damalige stellvertretende NIF-Direktorin in Israel, gegenüber einem amerikanischen Botschaftsmitarbeiter anmerkte, Israel werde in 100 Jahren mehrheitlich arabisch sein, wobei das Verschwinden eines jüdischen Staates nicht die von den Israelis befürchtete Tragödie sei, da es dann demokratischer werde.

Dieses Szenario spielt der SP in die Hände, deren Parteipräsident Christian Levrat für einen Ausschluss Israels aus der FIFA plädiert, während er für die Anerkennung des Islam als Schweizer Staatsreligion kämpft.

„Konflikt Israel-Palästina“

Antiisraelische Agitation gehört bei der SP zum Parteiprogramm: „Die SP unterstützt den gezielten Boykott von Waren und Dienstleistungen aus den israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten“, steht im (Anm.d.Red.: noch immer aktuellen!) Positionspapier „Konflikt Israel-Palästina“ der SP-Fraktion vom 15. Juni 2010. Entsprechend sind in der Personengalerie des Schweizerischen Ablegers der „palästinensischen“ BDS (Boykott, Desinvestition, Sanktionen gegen Israel) aktive sowie ehemalige SP-Mitglieder zahlreich vertreten.

Von den SP-Alt-Nationalräten Andrea Hämmerle, Jean-Nils de Dardel, über den 2015 verstorbenen André Daguet bis hin zu SP-Nationalrat Carlo Sommaruga. Das Bild der SP-Nationalrätin Margret Kiener Nellen wurde vor Kurzem gelöscht. Eine Anfrage zu Frau Kiener Nellsens BDS-Aktivitäten wurde nicht beantwortet.

Mit ihrer Unterstützung der von Antisemitismusforscher Prof. Dr. Samuel Salzborn als antisemitisch eingestuften BDS-Bewegung, bestreitet die SP de facto das Existenzrecht Israels, da BDS Maßnahmen fordert, bei deren Umsetzung Israel als jüdischer Staat aufhören würde zu existieren. Der „Antizionismus“ der SP, wo bereits die JUSO „aus Versehen“ antisemitische Karikaturen veröffentlicht, ist nichts anderes als camouflierter Antisemitismus, denn er stellt sich in letzter Konsequenz gegen eine selbstbestimmte Existenz von Juden in ihrem eigenen Staat.

Anschwärzen mit falschen Anschuldigungen

Das SP-Positionspapier ist auch in anderer Hinsicht problematisch. Ständig wird der längst widerlegte „Goldstone-Report“ von 2009 zitiert, der Israel mit nachweislich falschen Anschuldigungen anschwärzte. Richard Goldstone in der „Washington Post“ vom April 2011: „Hätte ich damals gewusst, was ich heute weiß, wäre der Bericht völlig anders ausgefallen.“ Die SP sieht jedoch keinen Anlass zu Korrekturen. Die „Free-Gaza-Flottille“ von 2010 wird als „humanitäre Flotte“ schönge-redet, obgleich die Veranstalter, die in direkter Verbindung zu islamistischen Terrororganisationen standen, selbst zugaben, bewusst antiisraelische Propaganda betrieben zu haben.

Israels rechtmäßige Verteidigung seines Hoheitsgebiets nach wiederholten Warnungen wird als „blutige Kaperung“ skandalisiert. Antiisraelische NGOs wie „Zochrot“, die Israel der „ethnischen Säuberung“ beschuldigen und ein Video finanzierten, in dem die Aktivistin Natali Cohen Vaxberg auf

eine israelische Flagge kotet, werden als „zivilgesellschaftliche Kräfte“ verklärt, die „Allianzen für den Frieden aufbauen“.

Hinter der antijüdischen Stoßrichtung der Partei steht SP-Alt-Nationalrätin Micheline Calmy-Rey, die sich 2008 – kostümiert mit Kopftuch – dem damaligen Iran-Präsidenten Mahmoud Ahmadinedschad andiente. Calmy-Rey war und ist eine prominente Kritikerin des jüdischen Staates. Ihre dezidiert israelfeindlichen Positionen als Außenministerin, prägen bis heute die aversive Haltung des Schweizerischen Außenministeriums (EDA) gegenüber Israel.

Calmy-Rey als Hauptakteurin

Im gleichen Jahr wie die SP veröffentlichte das EDA unter Calmy-Reys Ägide ein Positionspapier zum Nahostkonflikt, das von Mitgliedern der Außenpolitischen Kommission des Nationalrats (APK) scharf kritisiert und zurückgewiesen wurde: Calmy-Rey stelle Israel „einseitig an den Pranger“, während sie die Völkerrechtsverletzungen des Iran nicht thematisiere.

Sie verhindere damit, dass die „Schweiz im Nahen Osten wieder als fairer Makler auftreten und im Friedensprozess eine Rolle spielen“ könne. Auch im Unruhestand bleibt die Alt-Nationalrätin ihrer antiisraelischen Haltung treu. So maßregelte sie Bundesrat Ignazio Cassis (FDP) öffentlich bezüglich seiner fundierten Kritik an dem umstrittenen „palästinensischen“ „Hilfswerk“ UNRWA und verglich ihn mit Donald Trump. Aber auch andere SP-Mitglieder irritieren mit israelfeindlichen Aktionen. Nationalrätin und SP-

Vizepräsidentin Barbara Gysi figuriert zusammen mit den SP-Mitgliedern Franco Cavalli, Andrea Hämmerle, Jean-François Steiert und Jean Ziegler im Partonatskomitee der Kampagne Nakba-2018.

Unter der Trägerschaft der Kampagne findet sich neben BDS auch die „palästinensische“ NGO Badil, die Israel als „kolonialistisches, rassistisches Gebilde“ bezeichnet und Preise für antisemitische Karikaturen ausgelobt hat. Letztes Jahr initiierte SP-Nationalrat Cedric Wermuth einen Brief an die FIFA, der Israel einseitig verteufelt und einen Ausschluss israelischer Fußballklubs aus der FIFA fordert. Die auf Youtube verfügbaren genozidalen Rasereien von Jibril Rajoub, Präsident des ebenfalls in der FIFA vertretenen „palästinensischen“ Fußballverbandes, werden nicht erwähnt.

Fatale Folge für Schweizer Juden

SP-Nationalrat Matthias Aebischer reichte eine Motion ein, die den Import von „tierquälerisch erzeugten Produkten“ verbieten soll, was ein Importverbot von Koscher-Fleisch und somit fatale Konsequenzen für die Schweizer Juden zur Folge haben könnte. Die Motion kommt als Tierschutzmaßnahme daher, doch bereits die allererste Volksabstimmung bezüglich eines Schächtverbots aus dem Jahre 1893, wie heuer unterstützt von diversen Tierschutzverbänden, hatte antisemitische Untertöne: Nach der Annahme skandierte der Mob auf dem Basler Marktplatz „Tod den Juden“.

Auch SP-Mitglied Pia Holenstein Weidmann, ehemalige Zürcher Kantonsrätin, hält mit ihrem Israelhass nicht hinter dem Berg. Auf ihrer Website, wo es von antijüdischen Stereotypen

nur so wimmelt, spinnt die Literaturwissenschaftlerin und „Bildungspolitikerin“ in einem Blogbeitrag mit dem Titel „Wer diktiert uns die UNO- und UNRWA-Feindschaft?“ eine Verschwörungstheorie um den jüdischen SP-Nationalrat Daniel Jositsch, die Gesellschaft Schweiz-Israel (GSI), die proisraelische Website „Audiatur“, die sie als „hetzerisches Sprachrohr der Israel-Freunde“ bezeichnet, sowie die Parlamentariergruppe Schweiz-Israel.

„Schlimmer als die Nationalsozialisten“

„Was die Deutschen den Juden angetan haben sollen, ist maßlos übertrieben. Die Nationalsozialisten hatten in ihrem wunderschönen und sehr erfolgreichen Parteiprogramm ein paar rassistische Punkte gegen Juden. Es starben deswegen aber höchstens wenige Hunderttausend Menschen. Eine lächerliche Zahl, verglichen, mit dem, was die Juden in Palästina angerichtet haben, sie töteten Millionen.“

Dieses Zitat stammt aus einem Youtube-Video des langjährigen SP-Mitglieds Ahmed Huber, genannt Ahmad Abdallah Ramadan al-Swissri, ein zum Islam konvertierter Holocaustleugner und Antisemit, der nach den Terroranschlägen des 11. Septembers aufgrund seiner Verbindungen zum Finanzierungsnetzwerk der Moslembruderschaft auf die US-Terrorliste gesetzt wurde.

Huber arbeitete jahrzehntlang an einem Netzwerk aus Rechtsextremen, Linken und Islamisten, pflegte Kontakte zu ehemaligen SS-Schergen und verteidigte Khomeinis Todes-Fatwa gegen den Schriftsteller Salman Rushdie. Während dieser ganzen Zeit blieb Ahmed Huber Mitglied der SP Schweiz. „Erst als der Journalist Jürg Frischknecht diese längst bekannten Fakten

1993 in einem Artikel in der WOZ zusammentrug, konnte sich die SP knapp zum Ausschluss Hubers aus der SP entschließen“, wie der ETH-Historiker Daniel Rickenbacher in seinem sehr lesenswerten Artikel „Querfronten und Antisemitismus“ schreibt.

Israel „massakriert sehr gezielt ein ganzes Volk“

Ein weiteres prominentes Aushängeschild der SP mit einer antiisraelischen Agenda ist EDA-Staatssekretärin Pascale Baeriswyl, die sich selbst nach mehrmaliger Vorlage unbestreitbarer Nachweise weigert, die Finanzierung des EDA von israelfeindlichen, gewaltverherrlichenden NGOs zu untersuchen, geschweige denn zu unterbinden. Und wer könnte SP-Alt-Nationalrat Jean Ziegler vergessen, den selbsternannten Menschenrechtler und Mitbegründer des „Internationalen Gaddafi-Preises für Menschenrechte“, den er 2002 in bester Gesellschaft mit dem Holocaustleugner Roger Garaudy verliehen bekam?

Seit 2013 gehört Ziegler erneut dem Beratenden Ausschuss des UN-Menschenrechtsrats an, wo er seine antiisraelische Obsession ungehindert ausleben kann. Besondere Erwähnung verdient das SP-Urgestein Franco Cavalli. Im April 2002 hielt der damalige Nationalrat und SP-Fraktionschef eine Rede an einer Demonstration der „Gesellschaft Schweiz-Palästina“ in Bern, an der auch Israel-Flaggen verbrannt wurden.

Er behauptete, dass Israel „sehr gezielt ein ganzes Volk massakriert“ und „die systematische Vernichtung der Palästinenser“ betreibt. 2013 schreibt Cavalli auf Facebook „Gaza ist ein KZ“ (was er 2016 wiederholte) und paraphrasiert damit die rechtsextreme NPD, die von der „Barbarei des Judenstaates im Kon-

zentrationenlager Gaza-Streifen“ schwadroniert. Cavalli verharmlost die Verbrechen der Nazis und erfüllt mit dem „Vergleich der aktuellen israelischen Politik mit der Politik der Nationalsozialisten“ zudem den Tatbestand des Antisemitismus gemäß der „International Holocaust Remembrance Alliance“ (IHRA).

Tiefe Abneigung gegen Juden

Wie tief das linke Ressentiment gegen Juden von Parteien wie der SP im Nationalsozialismus verwurzelt ist, zeigt ein Schreiben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), mit dem die Partei im Vorfeld der Landtagswahlen vom 20. Oktober 1946 in der Sowjetischen Besatzungszone um ehemalige NSDAP-Mitglieder wirbt:

„Die SED ruft Dich zur Mithilfe am Neuaufbau Deutschlands!

Sie ruft Dich dann, wenn Du nicht aus materiell-egoistischen Gründen, sondern aus Überzeugung und Idealismus einstmals zur NSDAP gegangen bist, wenn Du dorthin gingst im Glauben, das Gute, den Sozialismus zu finden. Dann komme zu uns! Denn was Hitler Dir versprochen hat und niemals hielt, das wird Dir die SED geben: Verstaatlichung der Banken, Brechung der Zinsknechtschaft, Zertrümmerung der Konzerne und Truste, Abschaffung des Bildungsprivilegs, Gleichberechtigung aller Schaffenden, Bodenreform, Schutz der friedlichen Entwicklung und des Friedens überhaupt, die SED hat es verwirklicht! Wenn Du Hitler gefolgt bist, um Deutschland zu dienen, so bist Du unser Mann. Denn die SED ist die einzige Partei, die sich konsequent für ein einheitliches und großes Deutschland einsetzt, für ein Deutschland des Friedens und der Arbeit.“

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung

Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH

Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin

Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin

Tel.: (030) 54 71 02 50 Fax: (030) 23 32 88 60

E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de

Redaktion: Simon Akstinat (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovski

Kontaktmöglichkeiten

• per Post: J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin • per Mail: redaktion@juedische-rundschau.de

• per Telefon: (030) 54 71 02 51 (Redaktion), (030) 54 71 02 50 (Verwaltung) • per Fax (auch Anrufbeantworter): (030) 23 32 88 60

• per Website: www.juedische-rundschau.de

Werbeabteilung: Tel.: (030) 54 71 02 50 • E-Mail: werbung@juedische-rundschau.de

Druck: Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam

Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.

Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.

© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.

Es gelten AGB vom 01.05.2014 und Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 01.09.2014

Unsere Kontaktadressen



J. B. O., Postfach 12 08 41,
10598 Berlin



(030) 54 71 02 51 (Redaktion, auch Anrufbeantworter)
(030) 54 71 02 50 (Verwaltung, auch Anrufbeantworter)



redaktion@juedische-rundschau.de



(030) 23 32 88 60 (auch Anrufbeantworter)



www.juedische-rundschau.de



www.facebook.com/jrundschau



@jrundschau

COUPON ABO-BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung

«Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)

49 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)

73 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)

32 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).

Name, Vorname _____

Strasse, Hausnummer _____

PLZ _____ Wohnort _____

Geburtsdatum _____ Telefon: _____

E-Mail: _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen vor dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____

Unterschrift _____

Ich zahle gegen Rechnung:

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeitet werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Jeder neuer Abonnent der Zeitung «Jüdische Rundschau» erhält einen Gutschein vom TuS-Reisebüro im Wert von 50 Euro, die bei Buchung einer Reise nach Israel verrechnet werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (030/23328860) oder als Scan

per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de. Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.

Die Schwierigkeiten des praktizierten Islam mit den Menschenrechten

70 Jahre nach der Allgemeinen UNO-Erklärung der Menschenrechte versuchen islamische Staaten zum wiederholten Male die Menschenrechte der Scharia zu unterwerfen

Von Tina Adcok (Mena Watch)

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges veränderte sich das Denken der Menschen bezüglich der Festsetzung von internationalen Regularien und Hilfen zur Friedenssicherung. Die Gräueltaten des Ersten und Zweiten Weltkrieges sollten sich nicht noch einmal wiederholen, und so bildete sich der „Ausschuss für Menschenrechte“ (1946), der mit der Verfassung eines Grundsatzkataloges beauftragt wurde. Am 10. Dezember 1948 wurde die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ (kurz: AEMR) auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen verkündet und mit 48 Fürstimmen und 8 Enthaltungen angenommen. Die Erklärung hat keinen völkerrechtlichen Charakter und ist somit rechtlich nicht bindend, jedoch hat sie ihren Widerhall u. a. in dem, von den Vereinten Nationen verabschiedeten „Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte“, sowie dem „Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte“ vom 16. Dezember 1966 gefunden, als auch in den Verfassungen einiger Länder, die sie ratifiziert haben.

Die AEMR besteht aus einer Präambel, sowie 30 Artikeln in denen verdeutlicht wird, dass alle Menschen frei und gleich an Rechten und Würde sind, unabhängig von Hautfarbe, Rasse, Geschlecht, Religion, Sprache, politischer und/oder sonstiger Anschauung, sozialer oder nationaler Herkunft, Geburt, Vermögen oder sonstigem Stand. Die jeweiligen Bestimmungen lassen sich in die sogenannten „Drei Dimensionen“ einordnen. Die erste Dimension befasst sich mit den politischen und bürgerlichen Freiheitsrechten wie etwa der Meinungs- und Religionsfreiheit, dem Wahlrecht und dem Diskriminierungsverbot, dem Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit etc. Die zweite Dimension umfasst wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte, wie etwa die Gleichberechtigung von Mann und Frau, den Schutz der Familie, von Schwangeren, Müttern und Kindern uvm. Die dritte Dimension ist zuständig für das Kollektivrecht, wie etwa das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das Völkerrecht an sich, das Recht auf Entwicklung, auf eine saubere Umwelt und auf Frieden. Die zuvor benannte Dimension ist gleichzeitig die umstrittenste, da sie als erst noch zu erreichendes Ziel deklariert wird, im Gegensatz zu den beiden anderen, die einklagbar sind. Alle Dimensionen aber sind universal, unveräußerlich und unteilbar.

Die Menschenrechte sind nicht scharia-konform

Bald jedoch wurde von islamischer Seite Kritik an der Allgemeinen Menschenrechtserklärung laut: Kritikpunkte der islamischen Gelehrten waren, dass die AEMR ein westlich-säkulares Produkt darstelle, das weder mit dem Koran, der Sunna oder gar der Scharia vollständig vereinbar wäre. Die Literatur bezüglich Menschenrechte und Islamwissenschaft führt häufig an, dass genau wie die Christen in der Bibel schon Menschenrechte verankert sehen, Muslime diese im Koran erkennen. Dieser wird in diesem Zusammenhang auch gern als „Ur-Menschenrechtskatalog“ titulierte und nur auf seiner Grundlage könnten Menschen-



Die Fahnen der Mitgliedsstaaten der Arabischen Liga vor dem Ithra Center im saudischen Dharan

rechte überhaupt formuliert werden.

Politik, Recht und Religion werden als untrennbare Sphären erachtet, um die angestrebte islamische Ordnung zu verwirklichen, in der dann auch die Menschenrechte verwirklicht seien. Somit stehen benannte Auffassungen konträr zur AEMR. Auf Grund dessen entstand im Jahre 1981 die sogenannte „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte im Islam“, die verdeutlichen sollte, dass für islamische Staaten die AEMR von 1948 nicht ihrem Menschenrechtsverständnis entsprach. Die Abfolge der Rechte lehnt sich an die AEMR an, jedoch gibt es einige (zentrale) Unterscheidungsmerkmale. Unter anderem ist der Bezug zum Islam als „der wahren Religion“ überall verankert. Jedes einzelne Recht wird mittels einer Koranstelle belegt, nahezu überall taucht der Begriff der Scharia auf. Ebenso gelten einige Rechte nur für Mitglieder der muslimischen Glaubensgemeinschaft und nicht losgelöst vom göttlichen Gesetz.

„Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam“ (1990)

Die darauffolgende „Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam“ (1990) ist ein völkerrechtlich relevantes, aber nicht verbindliches Dokument, das von der (OIC), einem Zusammenschluss von 57 islamischen Staaten, erarbeitet und von deren Außenministern unterzeichnet wurde. Inhaltlich wird die Richtung schon in der Präambel vorgegeben, denn es soll jedem Einzelnen ein „würdiges Leben im Einklang mit der islamischen Scharia“ zugänglich werden. Dieser „Einklang“ resultiert unmittelbar in der Einschränkung der Religionsfreiheit, insofern es durch die Scharia verboten ist, sich einer anderen Religion zuzuwenden. Auch die Meinungs- und Informationsfreiheit sind beschnitten, da „die Heiligkeit und Würde des Propheten“ nicht verletzt werden darf.

Als nächste Erklärung folgte die „Arabische Menschenrechtscharta“, die zunächst 1994 und dann 2004 in einer überarbeiteten Version verabschiedet

wurde. Beide Varianten wurden von der Arabischen Liga verfasst, dem Zusammenschluss von 22 arabischen Staaten. Schon in der frühen Fassung taucht der Scharia-Begriff nur noch in der Präambel auf. Allerdings wird festgehalten, dass die in der Charta genannten Rechte beschnitten werden dürfen, wenn diese mit dem jeweiligen Landesgesetz kollidieren (worunter auch Scharia-Rechte fallen können, womit diese durch die Hintertür wieder hereingenommen werden) oder die Freiheit und Rechte anderer eingeschränkt werden. Völkerrechtlich gesehen hatte die 1994er Version der Charta keinen Erfolg, da sie lediglich vom Irak unterzeichnet wurde, womit sie als gescheitert galt.

Zehn Jahre später versuchte man es erneut, indem man die vorangegangene Charta modernisieren wollte. An der 2004er Version der „Arabischen Menschenrechtscharta“ arbeiteten arabische und internationale Menschenrechtsorganisationen sowie der UN-Menschenrechtskommissar und arabische Experten aus der UN-Menschenrechtskommission mit. Sie trat final im Jahr 2008 völkerrechtlich in Kraft und unterscheidet sich inhaltlich sehr von ihren Vorgängern.

Abschied von der Scharia?

Einige Rechte, wie das Verfahrens- und Justizrecht, gleichen inhaltlich den entsprechenden Rechten in internationalen Dokumenten. Hinzugefügt wurden u. a. die Rechte von Kindern und Behinderten sowie der Anspruch auf Schutz vor häuslicher Gewalt gegen Frauen und Kinder. Das wohl Wichtigste ist aber, dass die Charta sich nun ausdrücklich zur Universalität der Menschenrechte bekennt und sich kein allgemeiner Hinweis mehr auf die Scharia in ihr findet. Darüber hinaus wurde ein siebenköpfiger Ausschuss zur Überwachung eingeführt, dem die Mitgliedsstaaten Berichte über die jeweilige Umsetzung der Charta übergeben müssen.

In einigen expliziten Auszügen findet die Scharia jedoch auch weiterhin

Erwähnung, so ausgerechnet in jenem Absatz der sich auf die Gleichheit von Mann und Frau bezieht, die „innerhalb des Rahmens“ der „göttlichen Gesetze“ zu verwirklichen sei. Die Anwendung der Scharia wird hierbei gar als „positive Diskriminierung“ der Frauen betitelt – eine Feststellung, die etwa angesichts der Schlechterstellung etwa beim Ehe- und Erbrecht bestenfalls als zynisch zu beschreiben ist. Auch ist in der Präambel der Menschenrechtscharta weiterhin zu lesen, dass der Zionismus wie jeder Rassismus abzulehnen sei, stelle er doch eine „Verletzung der Menschenrechte“ und eine „Gefahr für den Weltfrieden“ dar.

Diskriminierung als Menschenrecht
Trotz einiger Verbesserungen der Individualrechte gibt es in den Islamischen Menschenrechtskodifizierungen also immer noch gravierende Missstände. Wenn etwa die rechtliche Gleichstellung von Mann und Frau in so gut wie keinem islamischen Land durchgesetzt ist, so kann sich diese Diskriminierung weiterhin der menschenrechtlichen Berufung auf die Scharia verpflichtet fühlen. Insofern beruft sich denn auch Tunesien, das ernsthafte Anstrengungen zu deren Abschaffung unternimmt, lieber auf die abstrakte Gleichheit der Staatsbürger als auf islamische Menschenrechte, die Frauen diese abstrakte Gleichheit weiterhin vorenthalten.

Nicht zuletzt die schwache Rechtslage lässt die Wirkungskraft auch der „Arabischen Menschenrechtscharta“ schrumpfen und kriert damit Schlupflöcher für all jene Länder, religiösen Autoritäten und Herrscher, die sie umgehen wollen. Dass der Hass auf Israel und die staatliche Emanzipation der Juden geradezu den Auftakt zur „Arabischen Menschenrechtscharta“ bildet, schlägt sich nicht zufällig in der Art und Weise nieder, in der auch die eigene Bevölkerung und hier speziell die nach Emanzipation und Gleichberechtigung strebenden Frauen gesehen und behandelt werden.

Die Israelkritik der Alibijuden

Wie Schweizer Juden sich instrumentalisieren lassen

Von David Klein (Basler Zeitung)

Eine der absonderlichsten Verirrungen deutscher Juden während der Gewaltherrschaft der Nazis war der 1921 gegründete „Verband nationaldeutscher Juden“, dem knapp 4.000 Juden angehörten, die „bei offenem Bekennen ihrer Abstammung sich mit deutschem Wesen und deutscher Kultur so unauf löslich verwachsen fühlen, dass sie nicht anders als deutsch empfinden und denken können“. Die Selbstverleugnung dieser Juden gipfelte in der vom Verband unterstützten Veröffentlichung eines Pamphlets mit dem Titel „Die Greuelpropaganda ist eine Lügenpropaganda, sagen die deutschen Juden selbst“, welches Pressemitteilungen und Zuschriften jüdischer Organisationen und Persönlichkeiten sowie offiziöse Stellungnahmen von Hitler, Göring und Goebbels enthielt.

Durch die nationalistischen Loyalitätsbekundungen von Juden gegenüber dem NS-Regime sollte die negative ausländische Berichterstattung über die Verbrechen der NS-Diktatur entkräftet werden. Die obskure Broschüre ist wohl eine der grotesksten Auswüchse dessen, was Theodor Lessing in seinem 1930 erschienenen Buch „Der jüdische Selbsthass“ beschreibt, in dem er den jüdischen Antisemitismus als „psychopathologisches Problem“ erkennt und anhand von Beispielen belegt.

Heute hat der jüdische Selbsthass wieder Hochkonjunktur. Fast täglich werden in den Medien Juden herumgereicht, die als vermeintlich „authentische jüdische Stimmen“ den Staat Israel desavouieren sowie die Errungenschaften und politischen Prozesse der einzigen pluralistischen Demokratie im Nahen Osten schlechtreden. Diese im Fachjargon als „Alibijuden“ gehandelten „nützlichen Idioten“ sind sich nicht zu schade, sich denjenigen anzudienen, die sich durch die einseitige Verurteilung Israels (durch einen Juden) von der Vergangenheit zu entschuldigen suchen, indem sie Juden als Täter anklagen und Israels Verhalten mit dem der Nazis gleichsetzen („Die Israelis machen mit den Palästinensern dasselbe wie die Nazis mit den Juden“).

Kann ein Jude überhaupt Unrecht haben, wenn er Israel kritisiert?

Sie werden von den Redaktionen gezielt ausgewählt, um als selbstgeißelnde Gebrauchsjuden das auszusprechen, was ihre Interviewpartner nicht zu sagen wagen, weil Kritik an Israel angeblich ein Tabu ist. Dabei wird betont, dass diese jüdische Kritik – und sei sie noch so hanebüchen – per Definition nicht falsch sein kann, da die Kritiker schließlich Juden seien. „Ich kann mir nicht vorstellen, wie man behaupten kann, dass eine Ausstellung, die von Israelis gemacht wird, als antiisraelisch oder antisemitisch aufgefasst werden kann“, so Andrea König, Leiterin des Zürcher Kulturhauses Helferei über die dort veranstaltete und vom Schweizer Außendepartement (EDA) mit 50.000 Franken bezahlte Fotoausstellung der linksradikalen israelischen NGO „Breaking the Silence“, die mit anonymen, nachweislich falschen „Bekanntnissen“ israelischer Soldaten die israelische Armee im Ausland diskreditiert.

Königs verquerer Argumentation folgend, könnte der ehemalige stellvertretende Bundesvorsitzende der NPD und Landtagsabgeordnete von Mecklenburg-Vorpommern, Udo Pastörs, mit seiner radikalen Kritik an der deutschen Bundesregierung, von der er behauptet, sie hätte aus Deutschland eine „Judenrepublik“



Die Internetseite der „Jüdische Stimme für Demokratie und Gerechtigkeit in Israel/Palästina“

gemacht, a priori nicht Unrecht haben, da er Deutscher ist. Man stelle sich vor, internationale Medien würden ausschließlich Extremisten von links bis rechts zu Wort kommen lassen, um die innenpolitische Situation Deutschlands zu beleuchten. Dass auch ein Jude oder Israeli seiner Landesregierung gegenüber radikale Ansichten hat, die ebenso wenig zutreffen wie die von Pastörs, scheint sich dem Verständnis der „legitimen Israelkritiker“ zu entziehen. Vor allem das Schweizer Fernsehen, das Juden entweder als schlafenge-lockte ultraorthodoxe Fundamentalisten oder rechtsnationalistische israelische Kriegstreiber porträtiert, greift oft und gerne auf diese jüdischen „Kronzeugen“ zurück (vorzugsweise Holocaust-Überlebende oder wenigstens Nachkommen), um seine gebührenfinanzierte Diffamierung Israels voranzutreiben. So durfte Jochi Weil (eigentlich Peter, aber Jochi klingt jüdischer) in einem „Tagesschau“-Bericht über den Sechstagekrieg einmal mehr seine abgestandene Anekdote zum Besten geben, wie er im Kibbuz vom Saulus zum Paulus wurde, als israelische Soldaten erzählt haben sollen, sie hätten wehrlose Araber erschossen. Belege? Keine.

Bereits am Zürcher Fundraising-Event des „National Committee for UNRWA in Switzerland“ war Weil mit einer entwürdigenden Zurschaustellung jüdischen Selbsthasses aufgefallen. Es war beschämend zu sehen, wie diese moralisch verwirrte Karikatur eines Juden sich an der Podiumsdiskussion bei UNRWA-Direktor Pierre Krähenbühl und Manuel Bessler (DEZA) anbieterte und den beiden nach ihrem Israel-Bashing mit serviler Unterwürfigkeit seine „Solidarität“ aussprach.

Entfremdung allenthalben

Neben der Regisseurin Stina Werenfels, dem Schweizermacher Rolf Lyssy, „Aktionskünstler“ Thomas Meyer oder dem ehemaligen NZZ-Nahostkorrespondenten Arnold Hottinger (ein undercover Alibijude), ist es hauptsächlich die Schweizer Organisation „Jüdische Stimme für Demokratie und Gerechtigkeit in Israel/Palästina“ (JVJP), die sich für die Legitimierung antiisraelischer Positionen in den hiesigen Medien instrumentalisieren lässt. Vor allem JVJP-Mitglied Shelley Berlowitz scheint die auf Juden und Israel angewendeten Doppelstandards nicht einordnen zu können.

Berlowitz arbeitet als Beamtin in Zürich für die „Fachstelle für Gleichstellung“, verteidigt aber ausgerechnet die von der Weltgemeinschaft mit Milliarden alimentierten „Palästinenser“, die im Gazastreifen Frauen steinigen, Ehrenmorde begehen, Homosexuelle lynchen

und im Westjordanland die Rechte der Zivilbevölkerung systematisch verletzen. Berlowitz paktiert zudem mit dem Hilfswerk der evangelischen Kirchen Schweiz (Heks), das wegen seinen antiisraelischen Kampagnen bereits mehrfach in der Kritik stand. Das Heks initiierte bei der Migros die „Kauft nicht beim Juden“-Kennzeichnung von israelischen Waren und betreibt entgegen des Heks-Stiftungszwecks politische Agitation gegen Israel, indem mit Steuer- und Spendengeldern radikal antiisraelische NGOs finanziert werden.

Die Lügen-Karten vom „palästinensischen Landverlust“

Anlässlich seines letztjährigen Vortrags im Rahmen der Themenabende „Palästina“ im reformierten Kirchgemeindehaus Neumünster in Zürich, präsentierte der damalige Heks-Direktor und ehemalige Leiter der Immobilien Basel-Stadt, Andreas Kressler, zwei Israel-Landkarten, die den „palästinensischen Landverlust seit 1949“ illustrieren sollen. Dieselben Karten, eine manipulative und historisch falsche „Beweisführung“ für Israels vermeintliche „Landnahme“, werden seit Jahren von radikal antiisraelischen Propagandisten und antisemitischen Verschwörungstheoretikern als verleumderische Anklage gegen Israel missbraucht.

Der amerikanische Wissenschaftsverlag McGraw-Hill Education nahm ein Geschichtsbuch vom Markt, nachdem ein Blogger aufgedeckt hatte, dass es diese Karten enthält. „Eine wissenschaftliche Überprüfung ergab, dass die Karten unseren akademischen Standards nicht genügen“, so Catherine Mathis, Sprecherin für McGraw-Hill Education. Den Standards des Heks hatten diese, von Journalisten als „Piktogramm für historische Analphabeten“ bezeichneten Karten offensichtlich genügt.

Trotz eindeutiger Beweislage behauptete Berlowitz in der jüdischen Wochenzeitung „Tachles“, die Heks-Karten seien nicht identisch mit den Karten des McGraw-Hill Geschichtsbuchs, was jedoch mit Fotos des Kressler-Vortrags widerlegt werden konnte (Kressler weigerte sich, für einen BaZ-Artikel seine Powerpoint-Präsentation zur Verfügung zu stellen). Den assimilierten Duldungsjuden der Israelitischen Gemeinde Basel (IGB) muss bezüglich jüdischen Selbsthasses ebenfalls ein schlechtes Zeugnis ausgestellt werden. Wenn IGB-Präsident Guy Rueff in der BZ-Basel sagt, die Gemeinde stünde dem Nahostkonflikt „neutral gegenüber“ und er bedauere, dass „wir Juden, das Judentum“ sehr oft „mit Israel gleichgesetzt“ würden, dann haben sich die Basler Gemeindejuden erheblich davon entfernt, was es heißt, Jude zu sein.

Die Identifikation mit der 3000-jährigen Geschichte des jüdischen Volkes erschöpft sich im wöchentlichen Pflichtgang in die Synagoge. Wenn Rueff weiter ausführt, die IGB hätte „als Juden in der Stadt des ersten Zionistenkongresses zwar eine besondere Verbindung zu Israel“, man verstünde sich jedoch als „Schweizer und Basler Juden“, dann ist das zweifelsohne ein lobenswertes Beispiel von Integration, es bleibt aber ein schaler Beigeschmack, der an Theodor Lessings „emanzipiertes Kulturjudentum“ erinnert, dessen Assimilationsversessenheit ihm stets suspekt war.

Quelle des Selbsthasses

Dass Juden sich antiisraelisch oder anti-jüdisch positionieren, hat eine lange Tradition, denn dem Judentum anzugehören, war nicht erst zu Zeiten der Nazis ein Todesurteil. Die neutestamentarische Diffamierung der Juden als Jesumörder (Deizid), Feinde aller Menschen (Paulusbrief) und Kinder des Teufels (Johannes-Evangelium), begründete ein 2000-jähriges Martyrium, während dem die Juden für so ziemlich jedes Übel auf der Welt verantwortlich gemacht wurden und das im Holocaust seinen vorläufigen Höhepunkt fand. Oft wurden sie vor die Wahl gestellt, zum Christentum zu konvertieren, auszuwandern oder ermordet zu werden.

Unzählige gläubige Juden und solche, die aus Armut das Land nicht verlassen konnten, wurden umgebracht, viele wanderten aus. Andere traten zum Christentum über, um das eigene Leben und das ihrer Angehörigen zu retten. Da aber die berüchtigte „Judeninquisition“ die Redlichkeit der übergetretenen Juden anzweifelte, landeten die meisten trotz Konversion auf dem Scheiterhaufen. Verstreut über die gesamte Welt, berichteten die Diaspora-Juden von der mörderischen Verfolgung in ihren Heimatländern. Dieses Trauma, aus Überlebensangst nicht dem Judentum angehören zu wollen, sich von ihm zu distanzieren und es schlechtzureden, ist bis heute tief in der jüdischen Erinnerung verankert und eine maßgebliche Quelle des jüdischen Selbsthasses.

Nun könnte man argumentieren, das Judentum kennzeichne seit jeher dialektisches Denken, Kritik und jeder Grundsatz, alles hinterfragen zu dürfen. Frommen Juden war das Talmudstudium vorgeschrieben, in dessen Rahmen die Religionsgesetze analysiert wurden, indem man zwei entgegengesetzte Thesen so lange diskutierte, bis man sich auf einen Kompromiss einigte. Deshalb erstaunt es auch nicht, dass die heftigsten Kritiker des Judentums, aber auch Israels, aus dem Judentum selbst kommen. Das Problem ist jedoch, dass die hiesigen Alibijuden ihre Kritik eben nicht in Israel äußern, sondern denjenigen, die ihren Antisemitismus als Israelkritik camouflieren, ermöglichen, sich dabei auf Juden zu berufen.

Die Anbiederungsversuche des „Verbands nationaldeutscher Juden“ trugen bei den Nazis keine Früchte. Nachdem die jüdischen nützlichen Idioten ihren Zweck erfüllt hatten, wurde der Verband am 18. November 1935 verboten, seine Mitglieder vertrieben oder umgebracht. Das sollten sich die heutigen Alibijuden zu Herzen nehmen, die es zulassen, dass man sich ihrer bedient, um Israel zu delegitimieren. So sehr sie sich auch für diejenigen verbiegen, deren Vorfahren ihre Vorfahren ermordeten – sie werden immer das bleiben, was sie waren und sind: Juden. Oder um es mit Johann Wolfgang von Goethe zu sagen: „Was klagst du über Feinde? Sollten solche denn je werden Freunde, denen das Wesen, wie du bist, im Stillen ein ewiger Vorwurf ist?“

Die islamische Radikalisierung der staatlichen Fehlbildung Pakistan

Das südasiatische Land driftet immer mehr Richtung Fundamentalismus ab – und ist im Besitz der Atombombe.

Von Anastasia Iosseliani

In den letzten Tagen und Wochen berichteten auch deutsche Medien wieder häufiger über den Fall von Asia Noreen, ehrfurchtsvoll auch «Asia Bibi» genannt, und der schrecklichen Tatsache, dass die pakistanische Regierung, innerhalb nur kurzer Zeit vor einem islam-faschistischen Mob eingeknickt ist. Asia Bibi, die früher Erntehelferin war, wurde von ihren muslimischen Arbeitskolleginnen verleumdet und der Blasphemie bezichtigt. Dafür verbrachte Asia Bibi fast zehn Jahre in Einzelhaft, immer in der Angst lebend hingerichtet zu werden. Nach dem das Oberste Gericht Pakistans Asia Bibi freigesprochen hatte, zog der erwähnte islam-faschistische Mob durch die Straßen und forderte, dass Asia Bibi und die Richter ermordet werden.

Aber – so schrecklich es auch klingt – der Fall von Asia Bibi ist nur die absolute Spitze des Eisbergs in diesem Land, welches 1948 als erste Islamische Republik der Welt gegründet wurde und sich selbst «Land der Reinen» nennt. Seit Jahren radikalisiert sich die pakistanische Gesellschaft mehr und mehr, und aus dem Land entspringen dann Organisationen wie die Taliban und Tehreek-e-Labbaik-Pakistan, grob übersetzt «Die Bewegung zum Islamischen Aufruf-Pakistan». Beiden genannten Gruppen ist Pakistan nicht islamisch genug – und dass trotz der Tatsache, dass die jetzige Frau von Premierminister Imran Khan sogar einen Niqab trägt!

Tehreek-e-Labbaik-Pakistan würde übrigens gegründet, um einen verurteilten Mörder, Mumtaz Hussain Qadri, zu verteidigen, der für die Ermordung von Salman Taseer, dem Gouverneur der Provinz Punjab, gehängt wurde. Salman Taseer hatte es nämlich gewagt, die zu Unrecht verurteilte Asia Bibi zu verteidigen und wurde deshalb von Qadri, der sein Leibwächter war, ermordet. Für die Anhänger von Tehreek-e-Labbaik-Pakistan und andere radikalisierte Pakistaner ist der inzwischen gehängte Mörder Qadri ein Held, fast 40.000 Menschen nahmen an seiner Beerdigung teil. Eine besorgniserregende Entwicklung, besonders wenn man bedenkt, wie häufig der Vorwurf der Blasphemie in Pakistan missbraucht wird, um – wie im Fall von Asia Bibi – Minderheiten zu schikanieren. Leider gewinnt Tehreek-e-Labbaik-Pakistan immer mehr Anhänger. In der



Islamische Bürger Pakistans fordern die Todesstrafe für die Christin Asia Bibi wegen angeblicher „Blasphemie“.

Provinz Sindh, wurden zwei Mitglieder von Tehreek-Labbaik-Pakistan in den Provinzrat gewählt. Noch erschreckender ist, dass die neugewählte pakistanische Regierung unter Imran Khan vor der Macht der Straße einknickte und Asia Bibi daher das Land nicht verlassen darf. Währenddessen bettelt die Familie von Asia Bibi westliche Regierungen praktisch um Asyl an, weil nicht mal die Familie mehr in Pakistan sicher und sie in ihrem eigenen Land ständig auf der Flucht ist.

Der Anwalt von Asia Bibi hat Pakistan übrigens schon verlassen – wahrscheinlich um nicht wie Mashal Khan zu enden. Der Journalistik-Student wurde im April 2017 von Kommilitonen auf dem Universitätsgelände der Stadt Mardan gelyncht, weil er angeblich nicht zum Freitagsgebet ging und liberale und säkulare Ansichten hatte.

Dies alles reicht nicht aus, um die mehr als desaströse Lage bei Menschen- und Minderheitenrechten in Pakistan aufs internationale Parkett zu bringen und trotz Fällen, wie den obengenannten, stellt niemand die Legitimität und somit die Existenz der Islamischen Republik Pakistan in Frage – ganz anders als beim einzigen Judenstaat auf dieser Welt.

Trotz der offensichtlichen Tatsache, dass Pakistan nichts exportieren kann außer Terrorismus und Billigkleidern. Denn Pakistan erwirtschaftet mit 220 Millionen Einwohnern etwa 300 Milliarden US-Dollar pro Jahr – so viel wie das stagnierende Griechenland mit nur 12 Millionen Einwohnern! Gerade jetzt wird Pakistan von einer schweren Wirtschaftskrise heimgesucht. Wie uns die Geschichte zeigt, ist die Kombination aus wirtschaftlichem Elend und wach-

sender Radikalisierung brandgefährlich und so sieht die Zukunft von Pakistan alles andere als rosig aus. Es könnte sogar zu einem Putsch von Seiten des Militärs, Tehreek-e-Labbaik-Pakistan oder des Nachrichtendienstes «ISI» kommen.

Das wiederum heißt, dass wir uns auf noch mehr dramatische Nachrichten aus Pakistan einstellen sollten und endlich damit aufhören müssen Öl ins Feuer zu gießen und den politischen Islam – egal ob sunnitischer oder schiitischer Prägung – zu hofieren. Stattdessen sollte man zum Beispiel die Entwicklungshilfe an die Einhaltung von Menschenrechten koppeln und generell Staaten wie Pakistan öfter die Leviten lesen. Doch mein Verstand sagt mir, dass man weiterhin sein Mütchen an Israel kühlen wird und das Desaster in Staaten wie im «Land der Reinen» ignorieren wird.

Auswärtiges Amt missbraucht Weihnachten zur Anti-Israel-Agitation

Der Direktor des „Nahost-Teams“ im Außenministerium, Dr. Christian Buck, verbreitet Falschmeldungen und scheint die bedeutendste Schrift des Nahen Ostens nicht zu kennen.

Von Daniel Fallenstein (Ruhrbarone)

Die Bibel ist sicher das bedeutendste Buch aus dem Nahen Osten. Der Direktor des „Nahost-Team“ des Auswärtigen Amtes, Christian Buck, schafft es dennoch zu Weihnachten, selten viel Dummheit in das Zeichenlimit von Twitter zu quetschen.

„Heimatvertriebenes Paar im Nahen Osten auf der Flucht. Findet mit knapper Not einen Platz im Zelt. (#UNWRA) Trotzdem verlieren sie nie die Hoffnung.

Auch nicht die Unterstützung kluger Könige. Kommt Ihnen bekannt vor? Frohe Weihnachten! Ihr Nahost-Team im Auswärtigen Amt.“

Das soll auf die Weihnachtsgeschichte anspielen. Der Vergleich ist allerdings äußerst windschief. Ein derartiges Schindluder mit der Entstehungsgeschichte der Christenheit treiben sonst nur gottlose Pegida-Demonstranten.

Wir haben den Tweet des Ministerialbeamten mit den Evangelien verglichen: 1. Maria und Josef reisten anlässlich

Volkszählung von Nazareth nach Betlehem. Heimatvertriebene waren sie nicht.

2. Maria und Josef als Juden ohne Fluchthintergrund würden sowieso nicht unter die Zuständigkeit der UN-RWA fallen.

3. Der Stall in dem die Krippe stand wurde nicht von einer UN-Organisation gestellt.

4. Die Sterndeuter aus dem Morgenland haben dem kleinen Jesus sicher ihre Aufwartung gemacht. Aber der ein-

zige König in dieser Geschichte veranlasste einen Kindermord. Keine sonderlich kluge Politik.

Selbstverständlich hagelte es Kritik für den nicht gerade bibelfesten Beamten. Seine lapidare Antwort:

„Einige Ihrer Reaktionen zeigen: Dieser Tweet war offenbar missverständlich. Das bedauere ich und bitte um Nachsicht.“

Missverständlich? Falsch. Aber ein deutscher Diplomat macht ja bekanntlich keine Fehler.

„Haltung“ ist das Unwort des Jahres 2018

Der Bankrott des Gesinnungs-Journalismus und der Fall Relotius

Von Mario Thurnes

„Haltung“ war 2018 das Modewort im Journalismus. Dahinter steckt die Idee, nicht nur berichten zu wollen, sondern Sinnstiftung zu liefern und für politische Grundwerte einzutreten. Nebelig formulierte Werte, unter denen „Kampf gegen Rechts“ noch zu den konkreteren zählt. Der Skandal um Claas Relotius zeigt, wohin dieser Abschied von den Werten des angelsächsischen Journalismus führt.

Es ist bewundernswert, wie der „Spiegel“ die Affäre Relotius aufarbeitet. So. Das muss jetzt reichen. Damit können wir wieder zu Themen übergehen, die dem linksliberalen Milieu besser liegen. Und falls das nicht reicht, um die Debatte zu beenden, können wir noch das Allzweckargument hinterher schieben: Der Fall dürfe nicht von Rechten instrumentalisiert werden.

Zwei Grundeigenschaften prägen die linksliberale Bewegung. Zum einen beanspruchen ihre Vertreter Doppelstandards. Weil sie die Guten sind, dürfen sie auch schlecht handeln. Schlechtes Verhalten für die gute Sache wird zu etwas Gutem. Minus mal Plus ergibt Plus. Das ist ok. Mit Mathematik nehmen es viele Linksliberale nicht so genau.

Die andere Grundeigenschaft: Linksliberale reden nicht gerne über ihre Niederlagen. Vor allem nicht über ihre weltweit größte, die sich in der Nacht



Claas Relotius

zum 9. November 2016 ereignete: die Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA. Es wäre eine kranke Aufgabe, alle beleidigenden Worte aufzuzählen, die alleine in deutschen Medien mittlerweile gegen Trump zitiert oder kommentiert wurden.

Gerade der „Spiegel“ schrieb sich auf seinen beiden Vertriebswegen in Rage gegen Trump. Erst galt die Hoffnung, ihn verhindern zu können. Dann die Erwartung eines schnellen Impeachments. Wishful Thinking, das teuer bezahlt wurde: mit der Erkenntnis, dass Journalisten in Deutschland so viel schreiben können, wie sie wollen – ohne dass sich in den USA deswegen etwas verändert. Der „Spiegel“ erinnerte mit seiner Berichterstattung über Trump in manchen Phasen an ein Baby, das sich trotzig in den Schlaf schreit.

Auch der Jungstar des „Spiegels“ und Multipreisträger Relotius schrieb über Trump. Dafür sei er in Fergus Falls in Minnesota gewesen, heißt es in der hauseigenen Aufarbeitung der Affäre. Und er habe Lügen erfunden, etwa dass am Ortseingang ein Schild erkläre, dass Mexikaner unerwünscht in der Stadt



Der „Spiegel“ versucht seine Lügengeschichten zu erklären.

seien. Relotius habe zu solchen Lügen gegriffen, erklärt Ullrich Fichtner im „Spiegel“, weil er vor Ort keine Geschichte gefunden habe. „Keine Protagonisten, mit denen er etwas anfangen kann.“

Ernsthaft? Tagelang in einer Region, die eine Mehrheit der Deutschen noch nie besucht hat, mit extremem Wetter, wirtschaftlichen Problemen und einem bemerkenswerten Wahlergebnis für Trump – und doch keine Geschichte? Es gibt Journalisten, die lesenswerte Feature von Parteitagen schreiben – sogar von Pressekonferenzen. Andere

sen ausfüllen, die sich über den Köpfen der linksliberalen „Spiegel“-Leserschaft von „In einer kleinen Stadt“ gebildet haben: Biertrinkende Sportfans! Was für Hinterwäldler! Ein Kohlekraftwerk, wo doch jeder weiß, dass wir aus dieser Energie aussteigen müssen. Und natürlich Nazis! Trump und seine Wähler – alles Nazis!

In früheren Zeiten wurden Kindern Märchen erzählt, die den Feind als Monster darstellten. Diese Geschichten erfüllten mehrere Zwecke: Unterhaltung. Aber auch Erbauung. Denn wenn der Feind so tief in der Zivilisation an-

„ Weil sie die Guten sind, dürfen sie auch schlecht handeln. Schlechtes Verhalten für die gute Sache wird zu etwas Gutem. “

füllen täglich mehrere Seiten mit Geschichten aus Pirmasens, Offenbach oder Flensburg. Und da soll sich in Minnesota keine Geschichte aufgetan haben?

Die Wahrheit passte nicht zum Erhofften

Wohl kaum. Es haben sich halt die falschen Geschichten aufgedrängt. Also hat Relotius die richtigen Geschichten geliefert: Das diskriminierende Schild am Ortseingang oder Biertrinker, die in einem Café mit Blick auf ein Kohlekraftwerk sich den Super Bowl anschauen.

Es ließen sich leicht die Gedankenbla-

gesiedelt ist, dann steht man doch selber ziemlich weit oben. Und letztlich kommt noch der ordinärste aller Zwecke der Propaganda hinzu: sich auf den Feind einschwören.

Relotius hat auch über Syrien geschrieben. Er hat die Geschichte eines Grafito Assads geliefert, das den syrischen Konflikt ausgelöst haben soll. Bleibt der „Spiegel“ wirklich bei seiner bequemen Erklärung? Weil Relotius keine guten Geschichten gefunden habe, habe er halt die erfunden. Keine guten Geschichten in Syrien? Ernsthaft?

Auch hier lassen sich dankbare linksliberale Kinder ein Märchen vom Feind

erzählen. Und genau das war Assad für den „Spiegel“ und seine Leserschaft. Das Märchen hatte dann alle nötigen Elemente: Der Feind, der böse und brutal ist, der Aufstand der Guten, der keinen richtigen Grund zum Losbrechen gebraucht hat. Wie steht man da doch selber hoch in der Ordnung der Zivilisation.

Ein Platz der Übersicht. Der einzige, von dem aus man die Welt versteht. Und wenn man dann Wahlen verloren hat, muss man nicht eingestehen, keine Mehrheit zu haben. Schon gar nicht, dass die Mehrheit recht haben könnte. Man hat die Dinge einfach nur nicht gut genug erklärt – auch ein beliebtes Topic unter Linksliberalen. Zumal es die andere Seite dumm aussehen lässt.

Genau das ist die Attitüde des Haltungsjournalismus. Die Briten dürfen nicht für den Brexit stimmen und die Amerikaner nicht für Trump. Und wenn sie es doch tun, haben sie es nur nicht richtig verstanden. Natürlich gibt es noch externe Faktoren: Das Internet. Die Bots. Die russische Propaganda. Und natürlich Rechte. Daher muss der „Kampf gegen Rechts“ weiter geführt werden.

Diesen Sinn müssen Geschichten ergeben: Rechte müssen schlecht aussehen. Trump-Wähler erst recht. Die eigenen Ideale müssen glänzen. Und wenn eine Geschichte dieses Kriterium nicht erfüllt, dann ist sie keine. Im besten Fall wird sie nicht erzählt. Im Katastrophenfall wird sie umgedichtet – und dann die Lüge aufgedeckt.

Ist es nur ein Einzelfall? Zum einen wird sich das zeigen. Wer 2015 die immer wieder erzählte Geschichte vom Flüchtling in Frage gestellt hat, der Geld gefunden und seinem rechtmäßigen Besitzer zurückgegeben hat, der war – natürlich – ein Nazi, Pegida-Anhänger, Aluhut-Träger und so weiter. Heute steht auf „Spiegel Online“ vor einer solchen Geschichte ein Hinweis in eigener Sache: Fälschungsverdacht. Solche Geschichten zu hinterfragen und zu prüfen, werden sich nun mehr trauen und motiviert sehen. Es bleibt abzuwarten, was dabei herauskommt.

Aber selbst, wenn kein weiterer Fall hinzukommt, ist die Affäre Relotius auch eine Systemfrage. Denn zwei Fragen hat der „Spiegel“ eben nicht zufriedenstellend aufgearbeitet: Wieso haben die Kontrollmechanismen nicht funktioniert? Und wieso findet ein Topautor in Minnesota keine wahren, erzählenswerten Geschichten?

Gute Journalisten gestehen sich selbst ein, wenn sie irren.

Journalisten, zumindest gute, arbeiten wie Wissenschaftler: Sie brauchen zwar eine Ausgangsthese, aber sie bleiben offen und sehen gegebenenfalls ein, dass sich im Laufe der Recherche die These als falsch herausgestellt hat. Gute, mutige und ehrliche Journalisten haben dann die Größe, auch diese Ergebnisse zu veröffentlichen.

Auf keinen Fall darf ein Journalist die Recherche als den Gegner einer guten Geschichte sehen. Er muss, soweit das möglich ist, seine Meinung aus der Berichterstattung halten. Und er darf nicht seine Meinung zur „Haltung“ stilisieren, um die beiden Regeln zu umgehen. Tut er es doch, nutzt er letztlich nur einen Doppelstandard.

„Das Blut meiner Tochter klebt an den Händen von Frau Merkel“

Die jüdische Mutter Diana Feldmann berichtet exklusiv über den Mord an ihrer Tochter Susanna durch einen illegalen Migranten aus dem Irak und die verheerenden Folgen für ihre Familie.

Von Orit Arfa

Zwei Minuten nach dem ersten Zusammentreffen mit Diana Feldmann in einer heruntergekommenen Einkaufsstraße in Mainz reichen aus, um sie zum Weinen zu bringen.

Dies war ihr erstes ausführliches Interview seit dem brutalen Mord und der Vergewaltigung ihrer Tochter durch einen illegalen Zuwanderer aus dem Irak.

Sie war verunsichert von der Aufmerksamkeit der Reporter, über deren Absichten sie sich im Unklaren war. Zudem konnte sie nicht wissen, ob ein Presse-Interview sich nicht nachteilig auf den bevorstehenden Gerichtsprozess des mutmaßlichen Mörders Ali Baschar, 21, auswirken würde.

Die Gerichtsverhandlungen beginnen Anfang 2019. Susannas Mutter will die härteste in Deutschland mögliche Strafe: Lebenslänglich.

Der Kontakt zu Diana Feldmann wurde durch lokale Aktivisten vermittelt. Diese Aktivisten wenden sich gegen die aktuelle Zuwanderungspolitik, ohne die Susanna heute höchstwahrscheinlich noch leben würde.

Als Jüdin aus Israel fühle ich mich ihr und ihrer Familiengeschichte eng verbunden. Daher wohl auch die Offenheit und die Tränen mir gegenüber. Ich bot ihr meine Schulter für ihren Aufschrei und die folgenden Tränen.

Susannas Ermordung war von der Sorte, wie sie Menschen sonst nur aus TV-Krimis kennen. In der Manier der bekannten Serien über Wahre Verbrechen wurde ihr Körper neben den Bahngleisen bei Wiesbaden-Erbenheim gefunden – von ihrer Heimatstadt Mainz aus gesehen auf der anderen Rheinseite.

Diese Region war einmal der Mittelpunkt jüdischen Lebens im mittelalterlichen Deutschland – und ist heute die Heimatstadt einiger tausend Juden.

Der jüdische Blickwinkel

Susannas Tod machte die jüdische Gemeinde besonders betroffen – aber sie war nicht das erste jüdische Opfer eines vorbestraften illegalen Migranten in Deutschland: Die israelische Touristin Dalia Eliyakim wurde beim Besuch des Berliner Weihnachtsmarktes durch Anis Amri mithilfe eines gekaperten LKW getötet. Aber Susannas Mord war persönlich.

Diana Feldmann kam mit ihrer Familie 1991 ursprünglich im Rahmen der Einwanderungswelle russischsprachiger Juden aus Moldawien, einer Einladung folgend jüdisches Leben in Deutschland nach der Schoah wieder zu etablieren. Der Bruder ihrer Mutter lebt in Aschdod, sie besuchte vor Susannas Geburt die Familie in Israel. Susanna selbst hatte kaum Verbindung zum jüdischen Staat.

„Viele Verwandte wanderten nach Israel aus und einige Freunde auch nach Amerika“, erzählt mir Diana in perfektem Deutsch in einem Café. Ein lokale Anwohnerin und Aktivistin half beim Übersetzen. „Mein Vater hat früher gesagt: ‚Wir gehen lieber nach Europa, Deutschland – weil in Israel immer Krieg ist und so.“

Sie hätte nie gedacht, dass sie selbst einmal Opfer eines brutalen Angriffs im friedlichen Deutschland werden würde. Im Gegensatz zu damaligen Speku-



Susanna Feldmann (2003-2018)

Grabstein Susanna Feldmann

lationen hatte der Mord ursprünglich kein antisemitisches Motiv. „Niemand wusste, dass Susanna jüdisch ist – niemand.“, sagt Diana Feldmann.

„Auf ihrem Instagram-Konto war eine russische und eine türkische Flagge zu sehen. Sie hat nie erzählt, dass sie Jüdin ist. Das kam erst später auf. Jetzt feiern sie Ali B. sogar mehr als Erdogan – weil er eine Jüdin umgebracht hat, eine ‚jüdische Schlampe‘.“

Sie zeigt mir einen Screenshot von einer Instagram-Fanseite des Mörders, auf der Karikaturen von Susanna neben einer brennenden israelischen Flagge zu sehen sind.

„Die Seite ist jetzt gelöscht – das war eine Hater-Seite.“

Wie Susanna aufwuchs

Susanna hatte kaum Kontakt zu ihrem Vater, einem kurdischen Türken (daher auch die türkische Flagge). Er und Diana trennten sich schon vor Susannas Geburt. Der Mord an Susanna vereinte die beiden Eltern wieder im Rahmen der Tätersuche und der Beerdigung.

Susanna wäre am 2. November 2018 15 Jahre alt geworden. Freunde beschrieben sie als hübsch, ruhig und ein wenig scheu. Sie zeigte die gewöhnlichen Anzeichen von typischem Teenagerverhalten. Sie kämpfte um Anerkennung und suchte Akzeptanz dadurch, dass sie Markenkleidung trug.

Sie wurde aber auch Opfer von Mobbing in der Schule. Ein Lehrer nannte sie öffentlich „Trampel“. Selbst nachdem dies gemeldet wurde, entschuldigte sich der Lehrer nicht.

Dennoch: „Susannas Kindheit war auch ohne Papa gut“, führt Diana Feldmann weiter aus. „Ich war für Susanna Mama und Papa zugleich. Ich bin jetzt 44 Jahre alt, und als sie acht Jahre alt war, habe ich meinen jetzigen Partner kennengelernt. Dann haben wir noch die kleine Giuliana bekommen – sie ist jetzt fünf Jahre alt. Aber auch Giuliana vermisst ihre Schwester sehr, denn sie haben sehr viel zusammen gemacht. Sie versteht noch nicht, was das Wort ‚gestorben‘ bedeutet.“

Dianas neuer Partner ist ein italienischer Katholik mit zwei älteren Kindern aus einer vorangegangenen Ehe. Giuliana wurde zwar getauft, aber Diana möchte, dass sie später ihren eigenen religiösen Weg gehen kann. Wie viele Juden in kommunistischen Ländern, waren auch Dianas jüdische Eltern keiner Gemeinde zugehörig.

Susanna litt unter den familiären Veränderungen, die eine neue Partnerschaft eines Elternteils so mit sich bringen. „Sie hatte zwar nie einen Papa, stattdessen hat sie doppelte Liebe von mir bekommen. Aber Mama hatte schließlich noch weniger Zeit für sie, nachdem ihre kleine Schwester kam“, berichtet Diana.

„Und dann ist mit ihren Freundinnen aus der Klasse nach Wiesbaden gefahren, weil sie in Mainz zu viele Leute kennen, und da haben sie beim McDonald's diese Gruppe Ausländer kennengelernt. Sie kam so begeistert nach Hause: ‚Ich habe neue Freunde gefunden.‘ Ich sprach mit ihr über die Asylbewerber: ‚Du weißt nicht aus welchen Ländern die kommen. Du weißt nicht, ob sie vielleicht Krieg erlebt haben. Du weißt nicht wie diese Leute ticken, was in deren Köpfen vorgeht. Aber sie hat immer gesagt: ‚Die sind so lieb. Die sind so cool. Mit denen kann man lachen und Spaß haben!‘ Sie hat mir erzählt, dass die geklaut haben. Die haben mit Drogen gehandelt. ‚Aber mir machen sie doch nichts‘, hat sie gesagt. ‚Die tun mir doch nichts.‘ ‚Auch wenn Du nichts machst – Du stehst dabei – mitgegangen, mitgefangen.‘ Das ist dieser Reiz des Abenteurers, der sie angezogen hat.“

Sehr bald verliebte sie sich in KC, Ali Bashars 14 Jahre alten Bruder – aber KC behandelt sie mehr wie eine Schwester.

Im Nachhinein musste sich Diana dafür rechtfertigen, dass sie nicht gut genug auf ihre Tochter aufgepasst hätte. Aber sie erklärte, dass sie Susanna immer ermutigt hatte offen zu ihr zu sein, wenn es um die Schule, die gleichaltrigen Jungen und die typischen Jugendstreich geht.

„Ich habe ihr vertraut. Meine Tochter hat mir vieles anvertraut, was andere ihren Eltern nie anvertrauen würden. Sie hat mir erzählt, dass sie versucht hat zu rauchen, aber das nichts für sie wäre. Sie hat mir erzählt, sie hätte einen Joint probiert, aber auch das war nichts für sie. Sie hat sich an der Hand aus Neugierde – und vielleicht um KCs Aufmerksamkeit zu bekommen – geritzt. Normalerweise laufen Teenies dann mit langen Pullis herum, um es vor ihren Eltern zu verstecken, aber Susanna hat es mir gezeigt.“

Ich habe noch Salbe draufgeschmiert und ihr gesagt: ‚Du bist so ein junges hübsches Mädchen.“

Kein Mann auf der Welt ist es wert, dass man sich für ihn so kaputt macht.“

Nachdem sich Susanna geritzt hatte, gingen sie und Diana zum Jugendamt. Am 23. Mai, dem Tag nach ihrer Ermordung,

hatte Susanna eigentlich einen Termin mit einem Sozialarbeiter. An dem Abend ihres Todestages traf sie sich mit ihren Freunden und KC in der Stadt. Es zeigte sich, dass KC nicht alleine war – denn es war Ali, der ein Auge auf Susanna geworfen hatte.

Diana glaubt, dass KC Susanna in eine Falle lockte, um seinem älteren Bruder zu gefallen und seiner Bande, zu der auch ein 35-jähriger Türke gehörte, der als Komplize gilt. Anscheinend hatte Ali eine Vorliebe für Jungfrauen. Es wurde berichtet, dass er zuvor eine Elfjährige missbraucht hatte.

Er hat einem Afghanen, einem Zeugen namens Mansur, gesagt, dass wenn er (Mansur) sie sehe (Ali hatte ihm Susanna zuvor gezeigt), er ihn jedes Mal anrufen soll-

le. „Irgendwann fick ich sie!“, hat er gesagt. Obwohl sie sich in der Umgebung von Jungen sehr wohl fühlte, weiß Diana, dass Susanna niemals vorher sexuellen Kontakt hatte, und sehr scheu war, was das Thema Sex betrifft.

„Sie war an dem Thema Sexualität nicht interessiert, sie war auf diesem Gebiet komplett unerfahren, sie hat vielen Menschen vertraut und in jedem nur das Gute gesehen.“

Hätte sie gewusst, dass Ali dort gewesen wäre, dann wäre sie niemals hingegangen. Als ein Mädchen, das in Alis Bruder verliebt war, hätte sie es wohl kaum gewollt, dass der erste Sexkontakt mit dessen älterem Bruder irgendwo auf der Straße oder auf einem Feld zustande kommt.

Jedes Mädchen wünscht sich ein besonderes erstes Mal, warum soll sie sich gerade den... Sie hat immer gesagt, alles was über 15 Jahre alt ist, ist für sie schon zu alt. Mit Ali war sie nie befreundet, mit dem Bruder schon. Sie war mit dem jüngeren Bruder befreundet, die waren alle gleichaltrig. Sie kannte Ali vom Sehen, aber sie haben sich mit den anderen Mädchen besprochen und alle fanden, dass Ali so komisch ist, so aggressiv. Die Mädchen haben immer jedem abgeraten, sich mit ihm abzugeben, auch Susanna. Besser auf Distanz bleiben zu Ali, hieß es.“

Das Verbrechen

„Am 22. Mai hat Susanna mich noch angerufen, dass sie bei einer Freundin bleibt... Und ich habe gesagt: ‚Denk dran, komm morgen früh zurück, weil ich die Kleine noch in den Kindergarten bringen und ich zu meiner Umschulung muss. Susanna sagte ‚ok ich komme um 7 Uhr früh.‘“

Susanna schickte in dieser Nacht per Handy-Nachricht einen Hilferuf zu einer Freundin namens Sonja.

„Und diese Sonja war die erste und einzige, die wusste, dass Susanna in Schwierigkeiten steckt, denn [Susanna] schrieb ihr abends: ‚Hilf mir. Ich habe Angst. Ich bin hier mit Ali und seinen Freunden in einem Flüchtlingsheim. Ich will gehen und sie lassen mich nicht. Sie halten mich fest.‘ Diese Sonja hat sie gerade ihrem Schicksal überlassen. Sie hat es mir nicht gesagt und auch nicht die Polizei gerufen. Ich denke aus Eifersucht.“

Irgendwann schrieb Sonja Susanna, sie sollte ihre Mutter anrufen, aber Susanna wollte das nicht, weil sie ihre Mutter über den Ort, wo sie hingegangen war, belogen hatte.

„Als sie um 7 Uhr morgens am folgenden

Tag nicht zu Hause war, schrieb ich ihr über WhatsApp ‚Wo bist du? Warum bist du nicht nach Hause gekommen?‘ Dann kamen komische Nachrichten wie ‚Ich komme um 4 Uhr nachmittags. Mein Akku ist alle.‘“

Diana wusste um 11:33 Uhr nicht, dass sie in Wirklichkeit mit dem Mörder ihrer Tochter über WhatsApp kommunizierte. Sie machte Screenshots von dieser Konversation.

„Tschüss Wiesbaden, jetzt nach Paris mit meinem Herz Armando“, schrieb Ali Bashar nach Deutschland – weil es keinen Auslieferungsvertrag zwischen dem Irak und Deutschland gibt.

Zurück in Wiesbaden verweigerte es Ali sich mithilfe eines Dolmetschers über das Verbrechen in seiner Muttersprache befragen zu lassen, sondern sprach in gebrochenem Deutsch. Wahrscheinlich wollte er somit vermeiden, zu viele Details bekanntzugeben, glaubt Diana.

„Er grinste breit in die Kameras und zeigte kein Gefühl von Reue.“

Um den Hals war ein Ärmel von ihrer Jacke in einem komplizierten Knoten gebunden. Mysteriöserweise wurde ein Nagetier-Knochen in ihrer Unterwäsche gefunden. Susannas Gesicht war so entsetzt, dass Diana geraten wurde sie nicht noch einmal anzusehen.

„Obendrein haben sie auch noch ihre Schuhe gestohlen. Das waren AirMax97, die haben ihr die Schuhe genommen, das Handy – alles, was zu Geld gemacht werden konnte, war weg. Schrecklich.“

Ali Bashar leugnete die Vergewaltigung, obwohl Zeugen erklärten, dass er damit geprahlt hatte, sie die ganze Nacht lang vergewaltigt zu haben. Die forensischen Untersuchungen fanden Spuren von Ali und anderen ausländischen Person in Susannas Körper, aber keinen Alkohol oder Drogen. Die Anklagen lauten auf Mord und Vergewaltigung. Die Gerichtsverhandlung wird darüber entscheiden wie schwer die Vorfälle waren, und damit ergibt sich natürlich auch die Bestrafung.

Als die Polizei an Diana Feldmanns Tür klopfte, hatten selbst die Polizisten, die ihr die Botschaft überbrachten, Tränen in den Augen. Sie mussten Diana ein Beruhigungsmittel geben. Aber sie hatte schon das Schlimmste erwartet.

„Ich hatte gleich von Anfang an ein schlechtes Gefühl. Weil ich mein Kind kenne – sie läuft nicht von zuhause weg, sie meldet sich immer. Ich hatte schon ein schlechtes Gefühl, aber ich wollte den Gedanken nicht zulassen.“

Ein paar Tage später wurde Ali Bashar durch kurdische Behörden in der Region Kurdistan (Irak) festgenommen

und nach Deutschland gebracht. Die deutsche Staatsanwaltschaft hat nun eine Anklage gegen den Chef der Polizei, Dieter Roman, angestrebt wegen der „illegalen Rückführung“ von Ali Bashar nach Deutschland – weil es keinen Auslieferungsvertrag zwischen dem Irak und Deutschland gibt.

Zurück in Wiesbaden verweigerte es Ali sich mithilfe eines Dolmetschers über das Verbrechen in seiner Muttersprache befragen zu lassen, sondern sprach in gebrochenem Deutsch. Wahrscheinlich wollte er somit vermeiden, zu viele Details bekanntzugeben, glaubt Diana.

„Er grinste breit in die Kameras und zeigte kein Gefühl von Reue.“

Um den Hals war ein Ärmel von ihrer Jacke in einem komplizierten Knoten gebunden. Mysteriöserweise wurde ein Nagetier-Knochen in ihrer Unterwäsche gefunden. Susannas Gesicht war so entsetzt, dass Diana geraten wurde sie nicht noch einmal anzusehen.

„Obendrein haben sie auch noch ihre Schuhe gestohlen. Das waren AirMax97, die haben ihr die Schuhe genommen, das Handy – alles, was zu Geld gemacht werden konnte, war weg. Schrecklich.“

Ali Bashar leugnete die Vergewaltigung, obwohl Zeugen erklärten, dass er damit geprahlt hatte, sie die ganze Nacht lang vergewaltigt zu haben. Die forensischen Untersuchungen fanden Spuren von Ali und anderen ausländischen Person in Susannas Körper, aber keinen Alkohol oder Drogen. Die Anklagen lauten auf Mord und Vergewaltigung. Die Gerichtsverhandlung wird darüber entscheiden wie schwer die Vorfälle waren, und damit ergibt sich natürlich auch die Bestrafung.

Als die Polizei an Diana Feldmanns Tür klopfte, hatten selbst die Polizisten, die ihr die Botschaft überbrachten, Tränen in den Augen. Sie mussten Diana ein Beruhigungsmittel geben. Aber sie hatte schon das Schlimmste erwartet.

„Ich hatte gleich von Anfang an ein schlechtes Gefühl. Weil ich mein Kind kenne – sie läuft nicht von zuhause weg, sie meldet sich immer. Ich hatte schon ein schlechtes Gefühl, aber ich wollte den Gedanken nicht zulassen.“

Ein paar Tage später wurde Ali Bashar durch kurdische Behörden in der Region Kurdistan (Irak) festgenommen

und nach Deutschland gebracht. Die deutsche Staatsanwaltschaft hat nun eine Anklage gegen den Chef der Polizei, Dieter Roman, angestrebt wegen der „illegalen Rückführung“ von Ali Bashar nach Deutschland – weil es keinen Auslieferungsvertrag zwischen dem Irak und Deutschland gibt.

Zurück in Wiesbaden verweigerte es Ali sich mithilfe eines Dolmetschers über das Verbrechen in seiner Muttersprache befragen zu lassen, sondern sprach in gebrochenem Deutsch. Wahrscheinlich wollte er somit vermeiden, zu viele Details bekanntzugeben, glaubt Diana.

„Er grinste breit in die Kameras und zeigte kein Gefühl von Reue.“

Das Leben danach

Vor der Tat war Diana größtenteils unpolitisch.

„Aber nach diesem Vorfall änderten sich meine Ansichten natürlich. Ich öffnete meine Augen.“

Zum Zeitpunkt von Susannas Verschwinden wurde Diana von der örtlichen Polizei vorgeworfen, sie hätte Susanna nicht alleine mit solchen Menschen ausgehen lassen sollen.

„Kindern sagt man bereits im Kindergarten: Freundet Euch mit ausländischen Kindern an! Ich habe das meinen Kindern so beigebracht. Wenn Du dann 13/14 Jahre alt bist, und kommst in die Pubertät, dann ist es doch kein Wunder, wenn Du mit diesen Leuten rumhängst.“

Nach dem Mord schrieb Diana einen Offenen Brief auf Facebook an Bundeskanzlerin Merkel, in dem sie dieser vorwarf, dass das Blut ihrer Tochter Susanna an den Händen der Kanzlerin klebe.

„Ich schrieb mir alles von der Seele – in direkter Sprache, wie eine Mutter schreibt und fühlt. Aber Frau Merkel kann das nicht verstehen, weil sie selbst keine Kinder hat. Sie weiß nicht, was es bedeutet ein Kind zu verlieren. Ich weiß nicht einmal, ob sie den Offenen Brief überhaupt gelesen hat, obwohl dieser über 200.000 Menschen auf Facebook erreicht hat.“

Facebook hat diesen Brief gelöscht, weil er angeblich die sogenannten „Hassrede“-Richtlinien verletze.

Diana erklärt, dass viele Asylsuchende keine wirklichen „Flüchtlinge“ sind, die vor Krieg oder Verfolgung flüchten, sondern Wirtschafts-Migranten – oder

so wie in Alis Baschars Fall sogar Sexualstraftäter.

Deutsche Journalisten, die die Zuwanderungspolitik der Kanzlerin unterstützen, warfen der jüdischen Mutter vor, sie ließe sich von sogenannten „Rechten“ instrumentalisieren. Diana sagt, dass sie sich nicht instrumentalisiert fühle. Auch dass sie nun als ein politisches Symbol gelten würde, bereut sie nicht.

„Ich möchte nicht, dass meine Tochter für Politik missbraucht wird, aber du musst immer deine Augen offenhalten. Ich habe noch eine andere heranwachsende Tochter. Man muss immer gucken, immer! Meine kleine Tochter und Susanna geben mir Kraft, weil ich für sie kämpfen muss und sicherstellen muss, dass Ali Bashar für immer im Gefängnis bleibt. Ich brauche immer noch viel Kraft.“

Diana setzt ihre Arbeit als Teilzeitarbeitnehmerin in einer Bank fort, um zur Normalität zurückzukehren – aber der Schmerz ist immer gegenwärtig.

Dreimal pro Woche geht sie zu Susannas Grab auf dem jüdischen Friedhof, der immer wieder Angriffen ausgesetzt ist. „Ganz ehrlich – wenn ich nicht meine Kleine hätte und meinen Partner, dann läge ich jetzt neben ihr im Grab“, sagt sie und bricht wieder in Tränen aus. Kürzlich begann sie die Wohnung umzubauen und so die schmerzhaften Erinnerungen zu „überdecken“. Erst kürzlich konnte sie den ersten Schritt in das Zimmer ihrer Tochter – das bis heute unberührt geblieben ist – wagen.

Die jüdische Gemeinde von Mainz beging eine Erinnerungszeremonie für Susanna in der Synagoge, und zu Susannas Ehren wurde in Jerusalem ein Baum gepflanzt. Einige lokale Spender haben ihr bei den Geldausgaben geholfen, die sie durch den Mord erlitten hat. Während sie versucht gegen ihre Depression wegen der Tragödie zu kämpfen, findet Diana Feldmann kaum wirklichen Trost.

„Ich erwarte von niemandem Hilfe. Nur der liebe Gott kann helfen. Mein Onkel sagt immer ‚Komm, komm, komm zu uns nach Israel! Komm uns mal wieder besuchen!‘“

(Zuerst in englischer Sprache im „Jerusalem Post Magazine“ erschienen)
Übersetzung aus dem Englischen
von Almut Meyer

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiost – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiost haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben rechts und ganz unten im Menü „Service“) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

CDU verlangt keinen Stopp für Rentenzahlungen an „palästinensische“ Terroristen

Unmittelbar nach dem erschütternden Babymord im israelische Ofra erklärt sich der CDU-Parteitag für nicht zuständig in der Frage, ob Deutschland auch weiterhin arabische Judenmörder finanzieren sollte.

Von Thomas Eppinger

Shira öffnete kurz die Augen und fragte nach ihrer Mutter. Sie hielt ihre Hand und drückte sie, dann schlief sie wieder ein. Am Tag davor hatte sie noch um ihr Leben gekämpft.

Zusammen mit ihrem Mann Amichai Ish-ra stand die 21-Jährige an einer Bushaltestelle in Ofra, einer kleinen Siedlung in Judäa und Samaria, das man meistens Westjordanland nennt, als „Palästinenser“ in einem weißen Auto vorbeifuhren und auf die Wartenden feuerten. Im Kugelregen wurden sieben Menschen verletzt, am schwersten in der 30. Woche schwangere Shira. Die Kugeln trafen sie in den Unterbauch. Die Rettung brachte Shira und Amichai, der in die Beine getroffen worden war, nach Jerusalem ins Shaare Zedek Medical Center, wo das Baby mit einem Kaiserschnitt zur Welt gebracht wurde. Sechs Stunden lang kämpfte ein zwanzigköpfiges Ärzteteam um das Leben der jungen Mutter. Zwischendurch habe es eineinhalb Stunden lang so ausgesehen, als würden sie den Kampf verlieren, berichtete Shiras Mutter, nachdem feststand, dass ihre Tochter die Operation überstanden hatte.

Shiras Baby konnte nicht gerettet werden. Der kleine Junge ist verstorben. Das Krankenhaus verlautbarte in einer Erklärung: „Wir bedauern, leider den Tod von Shira und Amichais Kind vier Tage nach dem Angriff bekanntgeben zu müssen, trotz der Bemühungen der Ärzte, es zu retten.“ Shira liegt noch immer auf der Intensivstation. Neun Monate sind Shira und Amichai erst verheiratet, und jetzt liegt die Mutter im künstlichen Tiefschlaf und das Baby ist tot, nachdem es tagelang zwischen Leben und Tod geschwebt war. Man mag sich nicht vorstellen, was die junge Familie in diesen Tagen durchstehen muss.

Die Attentäter und ihre Familien haben finanziell abgesorgt.

Hunderte Millionen für Mörder und ihre Familien

340 Millionen Dollar budgetiert die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) 2018 für die Versorgung von Terroristen und deren Familien, wie Jonathan S. Tobin detailliert darlegt. Ihr kürzlich veröffentlichtes Budget beziffert die Zuwendungen für inhaftierte Terroristen und die Familien der im „Kampf gegen den Zionismus“ Gestorbenen und Verwundeten:

Das Gesamtbudget der PA beträgt 5 Milliarden US-Dollar. Mit 155 Millionen Dollar werden Häftlinge unterstützt. 5.000 Inhaftierte beziehen ein Gehalt, tausende Entlassene ebenso, je länger die Haft, desto höher ihr Einkommen.

185 Millionen Dollar sind für die Unterstützung der Familien von „Märtyrern“ und Verwundeten budgetiert. 24.000 Familien erhalten eine monatliche Beihilfe, 28.000 sind krankensichert, sogar Pilgerfahrten werden finanziert. Dazu kommen nicht näher spezifizierte Zahlungen an Mitglieder der „palästinensischen“ Sicherheitskräfte, die für Terroranschläge einsitzen, und an Familien von Mitgliedern, die bei von ihnen selbst verübten Anschlägen verletzt oder getötet wurden – diese



Trauerfeier für das Baby von Shira und Amichai.

Beträge sind im Budget für die Sicherheitskräfte enthalten und werden nicht einzeln ausgewiesen.

Macht insgesamt mindestens 340 Millionen Dollar, was rund 7 % des Gesamtbudgets entspricht. Die „palästinensische“ Führung schafft damit Anreize für Anschläge. Mit „Wohlfahrt“ hat das nichts zu tun, die ausbezahlten Sozialhilfen liegen weit unter den Gehältern und sonstigen Gratifikationen inhaftierter Terroristen. Der Mord an Juden soll sich lohnen.

Israel behält Geld ein

Daher wird Israel künftig dank eines Gesetzes vom Juli dieses Jahres monatlich ein Zwölftel des im Vorjahreszeitraum zur Unterstützung von Terroristen ausbezahlten Betrags von den Steuern und Zöllen abziehen, die Israel kassiert und an die PA abführt. Vermutlich werden so ab Jänner 2019 jeden Monat rund 21 Millionen Dollar bis auf Weiteres auf einem Treuhandkonto landen. Weitere 200 Millionen Dollar verliert die PA im selben Jahr, weil die USA einen Teil ihrer Zahlungen eingestellt haben, solange sie damit Terroristen finanziert.

Ob bzw. in welchem Ausmaß Deutschland dieses Finanzloch stopfen wird, ist nicht bekannt. Als die USA im August bekanntgaben, ihre Hilfszahlungen für die UNRWA um 300 Millionen Dollar zu kürzen, verkündete der deutsche Außenminister Heiko Maas jedenfalls sofort die Bereitschaft Deutschlands, in die Bresche zu springen. „Wir bereiten uns derzeit auf die Bereitstellung erheblicher zusätzlicher Mittel vor.“

Die Autonomiebehörde scheint sich ihrer Sache jedenfalls sicher zu sein. Obwohl der finanzielle Druck auf seine Behörde steigt, weist Mahmud Abbas die Forderung, die Bezahlung von Terroristen endlich einzustellen, vehement zurück: „Selbst wenn uns nur ein Penny

übrigbleibt, werden wir ihn verwenden, um die Gehälter an die Märtyrer und Kriegsgefangenen zu zahlen.“

Parteitag nicht zuständig?

Szenenwechsel. Der Parteitag. An den beiden Tagen vor dem Anschlag in Ofra trafen sich 1.001 Delegierte der CDU in Hamburg zu einem Bundesparteitag. Eine neue Vorsitzende sollte gewählt werden, und wie immer auf Parteitag wurden eine Menge Anträge eingebracht, die zu entscheiden waren. Solche Anträge werden angenommen, abgelehnt oder an eine andere Stelle überwiesen. Diese so genannten „Überweisungen“ sind sowas wie ein Begräbnis Erster Klasse. Man erspart sich eine inhaltliche Auseinandersetzung, indem man sich für unzuständig erklärt. Also überweist man den Antrag irgendwohin, wo er – niemand weiß wie lange – seiner Erledigung harrt. Irgendwann, wenn Delegierte und Öffentlichkeit ihn längst aus dem Blickfeld verloren oder überhaupt vergessen haben, wird er dann entschieden, an eine Kommission zur Stellungnahme oder wiederum an eine andere Stelle zur Entscheidung überwiesen. Mit dieser Methode kann jeder Antrag beliebig lange in der Schwebe gehalten werden. Man sagt nicht nein, man tut nur einfach nicht, was die Antragsteller fordern.

Unter der Nummer C 156 wurde am Bundesparteitag ein Antrag des Kreisverbandes Frankfurt am Main eingebracht:

„Seit Jahren schon zahlt die Palästinensische Autonomiebehörde finanzielle Unterstützungen an Familien palästinensischer Terroristen, die je nach Höhe einer möglichen Haftstrafe zwischen 300 und über 3000 Dollar monatlich betragen. Auch wenn Terroristen bei Anschlägen auf Israelis ums Leben kommen, erfolgen entsprechende Rentenzahlungen. Damit unterstützt die Palästinensische Autonomiebehörde wil-

lentlich und wissentlich den Terror gegenüber Israel und macht diesen noch zu einem finanziellen lohnenswerten Geschäft.“

So lange die Palästinensische Autonomiebehörde nicht von dieser Praxis der Terrorunterstützung absieht, sollten keine weiteren finanziellen Hilfen seitens der EU oder Deutschlands aus geleistet werden, da nicht gänzlich ausgeschlossen werden kann, dass deutsches und europäisches Steuergeld zu diesem Zweck zumindest mittelbar missbraucht wird.

Daher fordert die CDU Deutschlands die Bundesregierung auf, sich auf europäischer Ebene für ein Einfrieren der Finanzhilfen für die Palästinensische Autonomiebehörde einzusetzen und auch selbst eigene Zahlungen der Bundesrepublik Deutschland an die Palästinensische Autonomiebehörde auszusetzen, bis diese ihre Rentenzahlungen an palästinensische Terroristen und deren Familien einstellt.“

Was könnte es für eine christlich-demokratische Partei da zu überlegen geben?

Man mag es nicht gewusst oder auch verdrängt haben, aber jetzt steht es hier, schwarz auf weiß, von den eigenen Parteikollegen zu Papier gebracht: ausge-rechnet deutsches Steuergeld finanziert den Mord an Juden, ausgerechnet deutsches Steuergeld alimentiert die Familien der Mörder über deren Tod hinaus. Dabei versicherte die deutsche Kanzlerin in der Knesset, die Sicherheit Israels sei deutsche Staatsräson. Kann es überhaupt irgendjemand geben in diesem Land, in Europa, der meint, man solle Menschen auch noch dafür bezahlen, auf Teenager und schwangere Frauen zu schießen?

Der Antrag C 156, „Finanzhilfen an die Palästinensische Autonomiebehörde einfrieren“, wurde zusammen mit 67 anderen an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion überwiesen.

Den Bock zum Gärtner

Cemile Giousouf, die enge Beziehungen zur rechtsradikalen Organisation der türkischen Grauen Wölfe pflegte, ist aussichtsreiche Kandidatin für den Posten der Vize-Chefin der Bundeszentrale für Politische Bildung.

Von Jaklin Chatschadorian

Würden Sie einem Freund der NPD die politische Bildung zukünftiger Generationen anvertrauen oder ihn für sein Engagement auszeichnen? Zu wenige Menschen in Deutschland stören sich an Menschenfeindlichkeit mit Migrationshintergrund. Die vom Verfassungsschutz beobachtete Bewegung der Grauen Wölfe etwa ist in ihrem Hass auf bestimmte Gruppen der nationalsozialistischen Ideologie sehr ähnlich. Sie vereint die nationalistische Selbstüberhöhung klassischer Nationalisten mit der islamistischen Abwertung all jener, die nicht an die Gründungsgestalt des Islams glauben.

Für die Erreichung ihrer hegemonialen Ziele schreckt sie auch vor Gewalt nicht zurück. Dabei geht es nicht nur um einen legalistischen Ansatz, sondern auch um die aktive Kriegsbeteiligung zugunsten einer türkisch-islamischen Vorherrschaft im Kampf um einen verdienten Platz unter den Supermächten. Juden, Armenier, Kurden, Aleviten und Griechen gehören zu ihren klassischen Feindbildern. Man findet sie als Soldaten der türkischen Armee oder als Söldner in Syrien, im Irak oder in Aserbaidschan, zur Unterstützung der Türken im besetzten Zypern, im Kampf für „Palästina“ und nicht zuletzt auch in der deutschen Politik.

Zwar ist in der türkischen Gemeinschaft der Nationalislamismus, anders als der deutsche Nationalsozialismus, nicht verpönt. Da jedoch die Gesinnung nicht immer politisch korrekt formuliert werden kann, ist eine hohe Dunkelziffer zu beklagen. Dies gilt v.a. mit Blick auf Deutschtürken, die sich in die hiesige Lebenswirklichkeit integriert haben, erfolgreich im Beruf oder in der Politik stehen und sich folglich der klassischen Erkennungsmerkmale oder einer offiziellen Mitgliedschaft nicht bedienen dürfen. Im Machtkampf der Parteien hat sich über das Mittel der Integrationspolitik über die Jahrzehnte eine viel subtilere Schützenhilfe entwickelt. Unter dem Stichwort „Dialog und interkulturelle Öffnung“ wird der Umgang mit radikalen Kräften in das Gewand des Edelmuten gekleidet und zu einem Kampf gegen Rassismus verklärt. Dieser Prozess der Umdeutung lässt sich in Deutschland vielfach beobachten. Es geht um ein strukturelles Problem der politischen Debatte sobald es um den Bereich „mit Migrationshintergrund“ geht.

Zugespielt lässt sich sagen, dass kritische Stimmen zu Migration und Islam fast schon notorisch zum „Holocaustplädoyer“ erklärt werden, während das Bekenntnis zu ausländisch-neofaschistischen Ideologien für „interkulturelle Kompetenz“ gegen (deutschen) Rassismus zu stehen scheint.

Problem-Benenner werden zum Problem erklärt

Verschiedene Akteure der Basis könnten ein Zusammenschluss bilden, z.B. mit Lehrern, Sozialarbeitern, Justizangestellten, Ärzten, Flüchtlingen und Bestandsmigranten, um auf Probleme der grenzenlosen Migration hinzuweisen. Sie sprechen alle privat über rückständige Denkmuster, die sich auf die Integration auswirken, etwa wenn die Frau im Integrationskurs fehlt, weil der Ehemann krank oder anderweitig terminiert ist.



Cemile Giousouf

Diese Berufsgruppen reden über ihre Erfahrungen mit Misogynie und Homophobie, über Versuche Dolmetscher im Rahmen einer Anhörung auf die eigene Seite zu ziehen, über die Verachtung der Ungläubigen, über Antisemitismus und die Neigung, stets den Islam anpreisen

juristischer Natur. Als Opferanwältin warf er den Behörden, in Fortsetzung seines bereits 2011 Ausgrenzung beklagenden Buches, institutionellen Rassismus vor. Im November des gerade vergangenen Jahres sprach er bei Schülern einer Bonner Realschule

„...Deutschtürken, die sich in die hiesige Lebenswirklichkeit integriert haben, erfolgreich im Beruf oder in der Politik stehen und sich folglich der klassischen Erkennungsmerkmale oder einer offiziellen Mitgliedschaft nicht bedienen dürfen.“

zu müssen. Sie können eigentlich genau das zeigen, was etwa der geschasste Spiegel-Reporter Claas Relotius, ebenso wie viele sogenannte „Haltungsjournalisten“ zu vertuschen versuchen. Sie müssen aber Verleumdung fürchten, sobald sie öffentlich werden. Ungerechte Verallgemeinerung und persönliche Frustration würde ihnen vorgeworfen werden, um gewünschte „Wahrheiten“ aufrecht zu erhalten.

FDP und Graue Wölfe

Mehmet Daimagüler ist Rechtsanwalt und Autor. Bekanntheit erlangte er als Vertreter der Nebenklage im NSU-Prozess. Seine Äußerungen vor Gericht waren eher politischer als

über Menschenfeindlichkeit und die NSU-Prozesse, über Rechtsextremismus und Rechtsstaat, und plädierte für mehr Zivilcourage. Wenige Tage zuvor hatte er, unter Laudatio des NRW-Integrationsministers Joachim Stamp (FDP) den Haubergsknipp-Ehrenpreis für höchstes Engagement zugunsten des Gemeinwohls erhalten.

Die Anfang 2018 erfolgten Vorträge des Juristen bei verfassungsschutzrelevanten, nationalislamistischen Vereinigungen, der Atib-Jugend (Jugendgruppe der Grauen Wölfe) und der Milli Görüs-Bewegung (IGMG), störten weder die staatliche Schule noch die Preisverleiher.

Sympathie für einen Nazi

Adil Önder, der Vorsitzende der Bielefelder DITIB-Moschee erhielt Ende 2018 den mit insgesamt 10.000 Euro dotierten Integrationspreis der Stadt Bielefeld. Er wurde für seine Verdienste unter Laudatio von Gesine Schwan (SPD) geehrt. Önder habe die Ausrichtung der Moschee-Gemeinde im Hinblick auf Toleranz und Dialog maßgeblich geprägt und setze sich für einen menschenfreundlichen Islam ein. Gerade zwei Monate vor seiner Auszeichnung posierte Önder am Denkmal für Alparslan Türkeş (1917-1997). Unter seinem Bild hinterließ er eine Anmerkung in türkischer Sprache, die von einem „seligen Oberbefehlshaber“ spricht und sich von seinem Gott Zufriedenheit mit seiner Nation erbittet. Türkeş war der Gründer der Grauen Wölfe und zitierte gern aus Hitlers Buch „Mein Kampf“. Das mediale Interesse an dem Preisträger war gleichwohl mehrheitlich positiv. Angesprochen auf den Besuch der Grabstätte sagte er dem WDR, diesmal auf Deutsch, er teile die Ansichten des rechtsextremen Politikers nicht, habe in Ankara viele private Fotos gemacht und sei unpolitisch. Damit war die Sache offenbar erledigt.

Cemile Giousouf

Abschließend sei auf Cemile Giousouf (CDU, MdB a.D.) hingewiesen. Sie steht, nachdem sie zunächst mit der Kandidatur für ein EU-Mandat im Gespräch war, der Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb) als Vizevorsitzende zur Verfügung. Als Leiterin der Fachabteilung würde sie die Arbeit von sieben Fachbereichen (u.a. Extremismus) innerhalb der Behörde koordinieren. Giousouf, derzeit Mitglied im Kuratorium des „Rates muslimischer Studierender und Akademiker“ (RAMSA), einer intransparenten Organisation, die bereits mit einschlägig bekannten Personen aus fundamentalistischen Kreisen in Erscheinung getreten war, bedient seit vielen Jahren die Formel „Integration & Dialog“ und arbeitet damit dem politischen Islam zu. Bereits als Vorsitzende der „Union der Vielfalt“ und als Integrationsbeauftragte der letzten Bundestagsfraktion öffnete sie Islamisten die Türen und schaffte mit Konferenzen und Tagungen Gelegenheiten des Netzwerkers. Offiziell ging es um Chancengerechtigkeit und das Wir-Gefühl, realiter wurden muslimische Bedürfnisse bedient. 2014 besuchte sie die IGMG, beehrte die Grauen Wölfe mit einem Vortrag über „Frau & Politik“, sprach bei der MÜSIAD, einer nationalislamistischen Wirtschaftsvereinigung, über „Wirtschaft, Jugend & Integration“. Ein Treffen mit einem Vertreter des „Islamic Relief“, welche Hamas und Muslimbrüdern nahesteht, fand ebenso statt wie ihr Kontakte zur Lobbyorganisation der türkischen Regierungspartei (UETD) nachgesagt wurden. Sie bedient die Breite des Dialogs mit Islamisten wie kaum eine andere, während sie sich regelmäßig vom Islamismus distanziert. Die Entscheidung ist noch nicht gefallen. Man täte gut daran, die Glaubwürdigkeit der einzigen Kandidatin kritisch zu überprüfen, bevor im Besonderen Schulen mit ihrem Spiel konfrontiert werden.

◀ Fortsetzung von Seite 2

Das ist heute einfach so und gehört zwischenzeitlich so sehr zu unserem Leben, dass der Grund dafür nicht einmal mehr in Frage gestellt wird, schon gar nicht von unserer etablierten, am Wohl ihrer Wähler Islam-affin und Ideologie-verblendet vorbeiregierenden politischen Führung.

Dabei ist das alles mittlerweile so unglaublich absurd, dass es nicht einmal in Schilda erdacht werden könnte:

Benötigt dieses Land doch tatsächlich in wachsender Zahl Schutzzonen für die originäre Bevölkerung dieses Staates. Mit anderen Worten, wir benötigen heute und hier im eigenen Land Schutzzonen für die Schutzgebenden, die zunehmend vor den Schutzsuchenden Schutz suchen müssen. Mehr enthirnte Perversion geht nicht.

Dabei ist für jeden, der diese Erkenntnis nicht gegen besseres Wissen und vorsätzlich erblindet verweigert, vollkommen offensichtlich: Es ist genau die Vernunft-verlassene Politik unserer Regierung und ihrer Staats-gelenkten medialen und sonstigen Unterstützer, die uns in diese unseren Lebensalltag zunehmend negativ beeinträchtigende Situation gebracht hat:

Eine Open-Border-Politik für vornehmlich islamische Frauen- und Rechtsverachtung sowie der links-ideologische Verzicht auf Abschiebung vorwiegend islamischer Straftäter führen im Interesse der Sicherheit – solange deren Aufrechterhaltung überhaupt noch möglich sein wird – zu derweil einbetonierten Weihnachtsmärkten und zu inneren Grenzen, d.h. zu einer notgedrungenen Verlegung der eigentlich unverzichtbaren Außengrenzen nach innen.

Aber was soll's, ganz andere Probleme scheinen den deutschen Wähler mehr zu beschäftigen. Hauptsache, die Geschenke sind verteilt und nach Möglichkeit umgetauscht und die Festgans ist gegessen.

Auch die weniger als halbherzigen und wohl selbst nicht geglaubten, Themen-verfehlten und Wirklichkeit-ausblendenden Volks-Verdummungsansprüche des noch rechtzeitig vor dem Verfall seiner ursprünglichen Partei ins viel zu große Amt geretteten Bundespräsidenten und der ewigen Wir-schaffen-das-Bundeskanzlerin sind gehalten und haben ganz offensichtlich ihren Zweck erfüllt.

Der weitere Niedergang unserer bereits deutlich beschädigten wundervollen westlichen Wertewelt schreitet mit sichtbarem Erfolg voran.

Die eigentlich zu unserem und zum Wohl unseres Staates von uns bestellten politischen Sachverwalter tun alles andere als zu unserem und zum Wohl unseres Staates zu sachwalten.

Diffamierung der Mahner

Lieber pervertieren sie unsere über viele Jahrhunderte hart und opferreich erkämpften Lebenswerte und haben alle und nahezu jeden nicht mit ihnen konform Gehenden zur Verunglimpfung und Diffamierung freigegeben und nach bewährtem Muster in die rechte Ecke gestellt. Nahezu jeden, der sich berechnete Sorgen macht um das Überleben unserer abendländischen Kultur, um unsere tägliche bundesrepublikanische Sicherheit und wegen des importierten Bruchs unseres Rechtsfriedens durch Massen-Einlass islamischer Rechtsverachtung und gewalttätigen islamischen Judenhasses.

Statt das freiheitlich-westliche Lebensideal und die liberale Marktwirtschaft, die unsere Bundesrepublik so erfolgreich und so lebenswert gemacht



Die Grünen frönen dem Klimawandel als Ersatz-Religion.

haben, zu stärken und zu verteidigen, haben unsere links- und grün-dogmatischen Politversager genau dieses gelungene Lebens-Modell zu ihrem dezidierten Feind erklärt und führen jeden Tag durch die Hintertür ein Stück mehr des überholten staatlichen Dirigismus ein, dessen historisches Scheitern jahrzehntelang zu Not, Mangel, Unterdrückung und Schießbefehl auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs und letztlich zu dessen Überwindung geführt hat.

Dazu frönen sie einer diffamierenden Neidkultur, die jedes selbstbestimmte individuelle Streben nach persönlichem Erfolg und persönlichem Wohlstand als verwerflich desavouiert und nahezu jedem individuellen Scheitern und nahezu jedem in gleich welcher Hinsicht verkorksten Lebensentwurf mit Empa-

ihren abstrusen linksdoktrinären Heilsbotschaften zu beschallen und Gehirnzu-waschen.

Wie sattsam bekannt, und hier auch schon gesagt, führte der entseelte Einlass gewalttätiger islamischer Feindseligkeit gegen alle vermeintlichen Nichtgläubigen, sowie das Dulden archaischer Demokratieverachtung, rassistischen Judenhasses und vorsätzlicher Integrationsverweigerung nachweislich nicht etwa — wie unbeirrt von unserer Politik behauptet — zu gelungenem Multikulti, sondern zu steigender Gewalt, wachsendem Terror, islamischem Bandenunwesen, fortwährendem Messerkrieg auf unseren Straßen und erstmalig nach dem Ende der staatlichen Judenverfolgung vor über 70 Jahren wieder zur Verunmöglichung

abbrecher/Innen und anderer sonstig gescheiterter Lebensläufe ist unsere etablierte Politik der ehemaligen Mitte im Merkel-Zeitalter bis zur Unkenntlichkeit weit von den westlichen Idealen und ihren ursprünglich propagierten Zielen abgerückt. Mit ihrer suizidalen „Open Border“-Praxis für rückschrittlichen islamischen Superioritätsanspruch sieht sie sich augenscheinlich gar nicht mehr als Bewahrer unserer liberalen westlichen Werte. Nahezu jedes Leistungsdenken, jede private wirtschaftliche Initiative, jeder ökonomische und wissenschaftliche Fortschritt und jede Individualität, die diese Republik haben groß werden lassen, sind unseren politischen Vertretern suspekt und werden nach Kräften im Keim erstickt.

Stattdessen überzieht unsere Politik das Autoland Deutschland (immerhin 1,8 Millionen Arbeitsplätze und 400 Milliarden Euro Umsatz) als einziges in der Welt mit abstrusen, unsinnigen und schikanösen Diesel- und sonstigen Verbots, verhindert Straßenbau und führt mit Straßenrückbau und anderen massiven Behinderungen des individuellen Fahrzeugverkehrs einen doktrinären, ideologischen Krieg gegen die Autofahrer und die Autoindustrie, die eine der Hauptquellen überhaupt für den bundesrepublikanischen Wirtschafts- und Exporterfolg ist.

Besonders erbärmlich ist es, dass sich unter den etablierten Parteien des gesamten Bundestagsplenums — ganz entgegen der Stimmung im Lande — kein sogenannter Volksvertreter findet, der sich diesem gefährlichen, politisch-ideologischen, von keinem wissenschaftlichen Korrelat getragenen gefährlichen Unfug entgegenstellt.

Ebenso wie bei dem Brennpunktthema des von jeder Vernunft verlassenen suizidalen Islam-Einlasses bleibt ausschließlich der von den etablierten Politversagern bis zu körperlichen Angriffen dämonisierten neuen, mittlerweile stärksten und weiter wachsenden Oppositionspartei als einziger vorbehalten, die Stimme des gesunden Menschenverstandes im Interesse der deprivierten Autofahrer und gegen die Gefährdung der Prosperität und der

„ Die zweifelsohne vorhandenen, aber in der Summe erschreckend wenigen Integrations-geglückten islamischen Lebensläufe werden trotziger Talkshow zu Talkshow weitergereicht, um uns gegen jede Evidenz eine vermeintlich geglückte großflächige Integration des muslimischen Bevölkerungsanteils vorzugaukeln. “

thie und wohlwollendem Verständnis begegnet, wenn ihn nicht sogar glorifiziert.

Einseitige Medienlandschaft

Hierzu missbraucht unsere politische Führung bereits unsere Kindergärten, unsere Schulen und ihre längst in verdächtiger Nähe zu der Gleichschaltung in der ehemaligen „DDR“ mit einer gleichgesinnten Journaille à la Slozka, Miosga, Kleber und Co. bestückten, pikanter Weise von uns Zwangs-finanzierten Medien, um schon unsere Kinder und vor allem auch uns täglich mit

offenen jüdischen Lebens, das ohne Schutzeinrichtungen oder entwürdigendes persönliches Identitäts-Mimikry auskommen könnte, sowie zu vermehrter jüdischer Abwanderung.

Trotz dieses selbstverschuldeten und ungebremst fortschreitenden Desasters bestimmt aber nicht etwa die Hoffnung auf ein Umdenken der Politik den Beginn des neuen Jahres 2019.

Abbrücken von westlichen Werten

Im Einklang mit der grünen Bevormundungspartei der Studium-/Berufs-

persönlichen Sicherheit aller unserer Bürger zu erheben.

Niemand bestreitet den Klima-Wandel

Neben den Islam-generierten Erosionen unserer Gesellschaft hemmen zwischenzeitlich eine abstruse, immer wildere Blüten treibende, dem Bürger hysterisch oktroyierte Klimareligion (Ich bin Dein Gore) und ständige, durch unsere politischen Fehlbesetzungen, besonders durch die sich aus unerfindlichem Grunde im Aufwind befindliche unerträglich repressive grüne Bevormundungspartei neu ausgedachte, weitestgehend absurde Sinnlos-Verbote die individuelle Lebensfreude, das Gefühl der Freiheit in unserem Lande und setzen die wirtschaftliche Prosperität ihres Souveräns, des Volkes, bedenkenlos aufs Spiel.

Niemand bestreitet ernsthaft Fluktuationen im Klimaverhalten unseres Planeten. Unsere Erde ist mehrere Milliarden Jahre alt und der unablässige Wandel der geologischen, atmosphärischen, biologischen und klimatischen Bedingungen dürfte so ziemlich das einzig wirklich Beständige sein, dass es auf unserem Himmelskörper gab und gibt.

Es gibt heute Kontinente, wo früher Meere waren und es gibt Meere, wo es früher Kontinente gab. Dichte Regenwälder wurden zu Wüsten und flache Ebenen zu Bergen. Inseln versanken im Meer und andere tauchten über der Meeresoberfläche auf. Eiszeiten folgten auf Hitzeperioden und Wärmezeiten lösten Kaltperioden ab.

Aber auch wenn keiner akzeptieren möchte, keiner von den hysterischen, sich pseudo-wissenschaftlich gerierenden falschen Klima-Apologeten, die uns für ihre obskuren Zwecke jede Lust am Leben vermiesen wollen und uns jeden Tag aufs Neue ein schlechtes Gewissen dafür einpflanzen, dass wir leben und dass wir im Interesse einer von Ihnen aus ideologischen Gründen nach dem geplatzten 80er-Jahre-Hype des Waldsterbens und des Ozonlochs nunmehr für wichtig erklärten CO2-Bilanz nicht einfach aufhören zu atmen.

Es reicht ein Blick auf die Entwicklungsgeschichte unserer Welt, um es zu erkennen: Klimawandel geschah bereits ganz lange bevor das personifizierte Klimaübel Donald Trump und der schlimme, im Gegensatz zu unseren bessermenschlichen Israelfeinden Juden- und Israel-freundliche „Faschist“ aus Brasilien, Jair Bolsonaro, ihre ach so schrecklichen vermeintlichen Verbrechen an der Umwelt und unserem Klima begehen konnten. Mehr noch — der Klimawandel auf diesem Planeten wird mit und ohne die grünen Miesmacher weitergehen, wenn schon niemand mehr weiß, dass es überhaupt Menschen auf diesem Planeten gegeben hat, nicht einmal Herrn Dosen-Trittin oder den großen kalifornischen Intellektuellen und Muskelprotz aus der österreichischen Stadt der Führer-Volkserhebung Graz.

Unverständlicher Aufwind bei den Grünen

Schon längst ist klar, dass der gesamte anthropogene Anteil an der ständigen Klimaänderung trotz mittlerweile nun mal vorhandenen nahezu 8 Milliarden Individuen unserer Spezies gegenüber der von uns unbeeinflussbaren Sonnenaktivität nahezu kaum ins Gewicht fällt. Besonders die behauptete Abhängigkeit der Erderwärmung vom man-made CO2-Ausstoß ist ideologisch konstruiert.

Das alles hindert aber weder die mit diesen Fakten bestens vertraute Physikerin Angela Merkel und ihre Regierung noch die unduldsamen grünen Bevormunder gegen jedes bessere Wissen so

weiterzumachen wie bisher.

Und wenn man ehrlich ist, muss man hinzufügen, dass ihnen der Erfolg recht gibt: Trotz einigen Aufmuckens — von echter Abwahl keine Spur. Im Gegenteil, sie können es angesichts des politischen Schadens, den sie unentwegt anrichten, selbst nicht glauben. Aber es herrscht tatsächlich Stimmenaufwind bei der grünen Partei.

Der deutsche Wähler scheint, wie die Geschichte bereits unseligerweise gezeigt hat, geradezu prädestiniert zu sein, seinen Verderbern bis zum bitteren Ende zu folgen. Mehr noch — er trinkt sogar

„ Wir benötigen heute und hier im eigenen Land Schutzzonen für die Schutzgebenden, die zunehmend vor den Schutzsuchenden Schutz suchen müssen.“

von dem Kakao, durch den man ihn zieht.

Das Schreckliche ist, dass das deutsche Wahlvolk in seiner Gesamtheit weder verantwortlicher noch klüger zu sein scheint als seine offenbar von allen guten Geistern verlassene Politspitze. Allem Anschein nach hat es wohl genau die politische Vertretung, die es auch verdient.

Die Diffamierung, Denunziation und das Mobbing von Andersdenkenden

„ Eine Open-Border-Politik für vornehmlich islamische Frauen- und Rechtsverachtung sowie der links-ideologische Verzicht auf Abschiebung vorwiegend islamischer Straftäter führen zu einer notgedrungenen Verlegung der eigentlich unverzichtbaren Außengrenzen nach innen.“

sind heute bei uns ebenso Volkssport geworden wie die nahezu grenzenlose Bevorzugung und Förderung linken pseudo-bessermenschlicher Ideologie. So ist beispielsweise in der Berliner Waldorf-Schule, die staatliche Finanzierung bekommt und schon deswegen an das Schulgesetz gebunden sein sollte, einem Kind den Zugang verweigert worden, weil der Vater eine politische Funktion in der demokratisch legitimierten neuen AfD-Opposition bekleidet. Andererseits geht die einseitige linke Meinungsunterdrückung Andersdenkender soweit, dass eine staatlich subventionierte und von einem bekannterweise ehemaligen Stasi-IM geleitete linke Stiftung mit dem Segen des Familienministeriums eine Broschüre für Kindergärtner darüber erarbeitet, wie man Kinder von „Eltern mit rechten Gedanken“ erkennt oder gar wie einst bei den Nazis oder im kommunistischen Suppressionssystem der deutschen Sowjetzone zur Denunziation ihrer eigenen Eltern bringt.

Strippenzieherin Merkel

Die Hoffnungen, die jetzige Regierung würde angesichts der beklagten Wahlergebnisse eine Veränderung anstreben, die Situation zum Guten ändern, sind vergebens. Die Kanzlerin entledigt sich auch weiterhin in bewährter Weise jedes internen politischen Widerstandes. Erst kürzlich durften wir erfahren, dass es die Kanzlerin war, die die Ernennung eines Kritikers ihrer unsäglichen Zuwanderungspolitik, des CDU-Innenexperten und ehemaligen Polizisten, Armin Schuster, als Nachfolger des von Frau Nahles

aus seinem Amt gemobbten Verfassungsschutzpräsidenten, Hans-Georg Maaßen, torpediert und massiv behindert hat. Auch das Bundesverfassungsgericht wird in Zukunft wohl der Merkel-Vertraute und jetzige CDU-Bundestagsabgeordneter Stephan Harbarth, leiten. Selbst Horst Seehofer, der zwar unzulänglich aber doch gelegentlich gegen die Kanzlerin opponiert, wird ganz sicher wegen seiner Gegnerschaft zu dieser eigentlich längst untragbaren Kanzlerin seinen Ministerposten verlieren.

Obwohl es also eigentlich schon fünf nach zwölf ist und es unverkennbar be-

reits an allen Ecken brennt, akzeptiert der Volkssouverän wie weiland in der durch die gleiche linke Politik, die heute unseren Staat zerstört, euphemistisch „DDR“ genannten SBZ, augenscheinlich den ihm täglich durch seine politischen Scharlatane und ihre nachgeschalteten linksdurchseuchten Medien verpasste Gehirnwäsche samt grobdosiertem „Wir retten mal eben die Welt“-Einlauf.

Im Falle des zum Überlebenskampf nicht mehr wirklich bereiten Zerstörten Imperium Romanum folgte der Untergang dem Dammbuch im Norden. Ob Westeuropa und Deutschland, samt der abendländischen Kultur, den sich immer mehr abzeichnenden selbst verantworteten Dammbuch im Süden überleben werden, ist mehr als ungewiss.

Zum Glück hat die EU nicht über Israel zu bestimmen

Zum Glück für Israel und das jüdische Volk hat Europa im Nahen Osten nicht viel zu sagen. Seine Glaubwürdigkeit hat es bereits damit verloren, dass es sich weniger dem demokratischen Staat der Juden als der massiven Finanzierung arabischer Judenmörder und Terroristen, dem Atombomben-gegen-Israel-Bereiter Iran sowie den Israel-hassenden linken NGOs verbunden sieht.

Wirkliche Freunde Israels findet man heutzutage ohnehin nicht in Westeuropa. Dort findet man nicht einmal wirkliche Freunde Europas und seiner abendländischen Kultur.

Die Freunde Israels sitzen heute in der Trump-Administration, der als erster US Präsident bereit ist, die Verteidigungserforderliche israelische Souveränität über die Golanhöhen anzuerkennen. Man findet sie in Australien, dessen Regierung zwar nicht bis zum Ende konsequent über das ungeteilte Jerusalem, aber trotzdem die wichtige Entscheidung über die Anerkennung Westjerusalems als israelische Hauptstadt getroffen hat. Man findet sie in Teilen der hier verpönten Länder Osteuropas, in Asien, in Brasilien und letztlich sogar in der Ukraine, die als einziger GUS-Staat eine von Israel eingebrachte UN-Resolution zu Anerkennung der Hamas als Terrororganisation unterstützt hat.

Die Zahl der Freunde Israels wird vom Jahr zu Jahr größer. Der Staat Israel ist wirtschaftlich erfolgreich und führend im IT-Bereich.

Für das Jahr 2019 und sehr viele weitere dürfen allen hiesigen und weltweiten Feinden der Juden zum Trotz optimistisch in die Zukunft blicken.

Unsere Redaktion und ich wünschen dem Staat Israel, dem ganzen jüdischen Volk und allen unseren Lesern und Freunden einen angenehmen Jahreswechsel und ein friedliches und glückliches Jahr 2019 in Sicherheit, Erfolg und Wohlergehen!

Am Israel Chail
Ihr

Dr. Rafael Korenzecher

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Perversion der Trauer

Senat lädt zur Trauerfeier für die Opfer vom Breitscheidplatz einen islamistischen Prediger ein, der sich in der „taz“ öffentlich zur Moslembrüderschaft bekennt

Von Anastasia Iosseliani

Wieder einmal hat die «taz» den Vogel abgeschossen, dieses Mal mit einem Interview mit dem Imam Mohamed Taha Sabri („Die Gesellschaft ist bunt & vielfältig“ vom 25. Dezember 2018), in welchem sich dieser ganz nebenbei dazu bekennt zur Muslimbrüderschaft zu gehören.

Taha Sabri war auch an dem Gottesdienst beteiligt, der nach dem Anschlag auf dem Breitscheidplatz gehalten wurde. Es ist bizarr, wenn ein solcher Imam an einem Gottesdienst teilnimmt, aber man in einer Stadt wie Berlin keinen orthodoxen Priester finden konnte – trotz der Tatsache, dass zwei der Opfer des Anschlags, nämlich Anna und Georgi Bagratuni, orthodoxe Christen aus der Ukraine waren. Die «taz», die oft Toleranz bis zur moralischen Prostitution predigt, gibt dies auf sobald es um Muslimbrüder und andere regressive Elemente aus dem Ausland geht.

Der Gründer der Muslimbrüderschaft

war offener Antisemit und viele seiner Anhänger sind genau deshalb Muslimbrüder geworden. Die Muslimbrüderschaft ist eine rückwärtsgewandte, antisemitische, misogynische Organisation, die das weltweite Kalifat anstrebt. Auch muss man bedenken, dass gerade die «taz» nicht unschuldig am Aufstieg von Subjekten wie Martin Lejeune war. Der Islamkonvertit Lejeune rühmte sich lange «der Nahostkorrespondent» der «taz» gewesen zu sein.

Aber es ist jedoch nicht nur die «taz», die bei Extremisten wie Islamisten, «Grauen Wölfen» (der größten rechtsextremistischen Organisation auf deutschem Boden, deren Mitglieder u.a. für den Mord am zypriotischen Aktivist Anastasios «Tassos» Isaac verantwortlich sind) und dergleichen eine Politik des Wegsehens praktiziert. Die Stadt Bielefeld zum Beispiel verlieh einen Integrationspreis an den Vorsitzenden der Merkez Cami-i / Zentral-Moschee, Adil Önder. Herr Önder posierte freiwillig und ohne Not am Denkmal des Gründers der «Grauen Wölfe», Al-

parslan Türkes, und postete das Beweisfoto davon auf seiner Facebook-Seite.

Würde ein Rabbi, der dem Kahanismus folgt, einen Integrationspreis bekommen?

Dieser Rassismus der niedrigen Erwartungen bezieht sich vor allem auf Menschen und Ideologien aus der Ummah, der Gemeinschaft der islamischen Staaten. Denn es ist kaum vorstellbar, dass man in Deutschland einem Rabbiner, welcher sich zum Kahanismus bekennen würde, irgendeinen Integrationspreis verleihen oder diesen als Integrationsvorbild preisen würde. Bei Muslimen macht man solche offensichtlichen Ausnahmen. Eine solche ignorante Politik von «Wohlmeinenden» gegenüber allem, was aus dem islamischen Kulturkreis und von islamisch sozialisierten Menschen kommt, ist brandgefährlich, weil sie die zivilisatorischen Mindeststandards, wie die Errungenschaften der Aufklärung und Menschen- und Frauenrechte auf dem Altar der Igno-

ranz und Indifferenz opfert, während sich die Wohlmeinenden weiterhin in ihrer eigenen Selbstgerechtigkeit suhlen werden. Es ist beinahe schon bizarr, wie offensichtlich solch regressive Subjekte aus der Ummah ihre Ideologie mitten unter uns ausleben können, ohne dass dies in irgendeiner Form sanktioniert würde und man ebenjenseitigen Subjekten stattdessen verschiedene Plattformen für ihre kruden Versuche der Agitation bietet, so dass diese Agitation zur Normalität erhoben wird.

Obwohl es sehr wohl einen Unterschied macht, in welcher Form man die Agitation von regressiven Subjekten mitbekommt, sei es entweder in Form von Reden, die auf einer Obstkiste im Park gehalten werden oder in der Form, dass ein nun bekennder Muslimbrüder an einem Gedenkgottesdienst für Anschlagopfer vom Breitscheidplatz teilnehmen kann, wie dies mit dem erwähnten Taha Sabri geschah. Eine solche Politik von «Wohlmeinenden» wirkt fast wie eine Belohnung für regressives Verhalten auf mich.

Ideologische Entgleisung einer deutschen Hochschullehrerin gegen israelische Studentin in Jerusalem

Dozentin Carola Hilfrich musste sich bei einer Angehörigen der israelischen Streitkräfte, die sie verbal wegen des Tragens ihrer Uniform in der Vorlesung angegriffen hatte, entschuldigen.

Israel Heute

Eine Studentin an der Hebräischen Universität in Jerusalem, die gleichzeitig ihren Dienst in der israelischen Armee leistet, wurde von ihrer Dozentin gemäßigelt, weil sie in Uniform zur Vorlesung erschienen war.

Davor soll einem Bericht des israelischen Fernsehsenders KAN zufolge eine arabische Mitstudentin die Studentin belästigt haben, weil sie in Uniform erschienen war. Nach der Vorlesung beschwerte sich die Soldatin ihrerseits bei ihrer Dozentin für das Verhalten der arabischen Studentin. Doch anstatt diese zu warnen, war es die Soldatin, die von der Dozentin, Dr. Carola Hilfrich, gemäßigelt und angeschrien wurde, obwohl die Soldatin darauf hinwies, dass es an der Universität sogar einen Lehrplan für Soldaten gebe.

„Das ist nicht unsere Klasse“, antwortete die Dozentin und sagte weiter: „Du kannst nicht so naiv sein, hier in Uniform zu sitzen und zu erwarten, wie eine Zivilistin behandelt zu werden. Du bist eine Soldatin der israelischen Armee und als solche wirst Du behandelt.“

Die erstaunte Studentin sagte, dass sie sich nicht an einer politischen Diskussion beteiligen wolle und dass sie in der Armee diene, um das Land zu verteidigen. „Es stört sie, dass ich in Uniform in der Klasse sitze?“, fragte die Studentin.

„Es gibt Menschen, für die die zivile Gesellschaft genauso wichtig ist, wie es die Armee für Dich ist. Du musst ihre Prioritäten akzeptieren, so wie sie Deine Prioritäten akzeptieren“, war die Antwort der Dozentin, die danach hinzufügte: „Wenn Du noch etwas zu sagen hast, schreibe einen Brief. Ich habe andere Dinge zu tun. Ich habe genug gehört und gesagt, was ich denke. Du respektierst noch nicht einmal meine



Israelische Soldatinnen

Zeit.“

Das Gespräch wurde von einem anderen Studenten aufgenommen, der sehr erstaunt darüber war. Auch in den Netzwerken löste der Vorfall Empörung aus. Viele forderten neben einer Entschuldigung der Universität auch die Entlassung der Dozentin.

Die Organisation „Im Tirtzu“ rief Bildungsminister Naftali Bennet auf, die Dozentin zu entlassen. „Das ist ein neues Tief der israelischen Akademie“,

hieß es in einer Erklärung. „Wenn der akademische Kodex der Ethik nicht durchgesetzt werden kann, dann ist er sinnlos und bringt keine Veränderung.“

Die Hebräische Universität reagierte noch gestern zu dem Vorfall und veröffentlichte eine Erklärung:

„Die Hebräische Universität respektiert all ihre Studenten, auch diejenigen, die während ihres Militärdienstes studieren, ob reguläre Soldaten, Berufssoldaten oder Reservisten. Diese

Studenten erhalten bei Bedarf auch zusätzliche akademische Unterstützung. Die Leitung der Universität verurteilt respektlose Verhaltensweisen unter Studenten und zwischen Studenten und Mitgliedern der Fakultät. Die Universität und die Dozentin entschuldigen sich bei der Studentin, die sich verletzt fühlte, und wir werden weiter für ein stärkeres persönliches Sicherheitsgefühl jedes Studenten arbeiten.“

Unberechtigte Facebook-Sperre gegen Yair Netanjahu

Wie ein Sohn des israelischen Ministerpräsidenten von Teilen der deutschen Presse zum Angehörigen der „Regierung“ erklärt wurde.

Von Alexandra Margalith

Am 17. Dezember des eben erst vergangenen Jahres machte obige Schlagzeile in der einen oder anderen Form die Runde durch die deutsche Presse und die sozialen Medien.

Wegen eines angeblich antimuslimischen Posts wurde das Facebook-Konto von Yair Netanjahu, dem inzwischen 27-jährigen Sohn des israelischen Premier Benjamin Netanjahu, für 24 Stunden stillgelegt.

Der „Spiegel“ berichtete an diesem Tag, basierend auf einer AFP-Meldung und nicht etwa auf der Fantasie eines Claas Relotius, Yair Netanjahu „sei dafür, dass alle Muslime Israel verlassen“ und weiter, „Der 27-jährige Politiker-sonn hatte am Donnerstag in einem Facebook-Beitrag alle Muslime zum Verlassen Israels aufgefordert.“

Wie zur erwarten, blieben die Reaktionen der Israelhasser im Netz nicht aus.

Da war von „ethnischer Säuberung“ die Rede, zumal der Apfel ja nicht weit vom Stamm falle, bis hin zum angeblich faschistischen Gedankengut der israelischen Regierung.

Der israelischen Regierung?

An dieser Stelle müsste man sich eigentlich zwei Fragen stellen:

Erstens – wer ist Yair Netanjahu? Und zweitens – was hat er tatsächlich geschrieben?

Die erste Frage ist schnell beantwortet. Yair Netanjahu ist einer der beiden Söhne von Benjamin Netanjahu. Er scheint zudem jemand zu sein, der gerne im Rampenlicht steht und sah sich in Israel bereits mehrfach wegen völlig überzogener öffentlicher Auftritte, verbaler Angriffe auf israelische Persönlichkeiten und Politiker sowie aller möglichen persönlichen Eskapaden mit starker Kritik konfrontiert.

Man könnte Yair Netanjahu beinahe für die israelische Sparversion eines jungen Prinz Harry halten, ihn dabei sogar sympathisch finden und ernstnehmen, oder eben auch nicht. In jedem Fall ist er ein gefundenes Fressen für die israelische Klatschpresse.

Mit der israelischen Regierung hat er allerdings genauso viel oder wenig zu tun wie die Kinder deutscher Politiker mit der Regierung Deutschlands. Und genau so viel vermag seine persönliche Haltung auch über die politische Haltung Israels auszusagen – nämlich nichts.

Was genau hat er eigentlich geschrieben?

Umso überraschender, dass er es mit seinem Post und seiner 24-Stunden-Sperre sogar bis in Deutschlands Schlagzeilen geschafft hat. Und das bringt uns nun zur Frage, was er nun eigentlich genau geschrieben hatte.

Besagter Post – geschrieben kurz nach einem tödlichen Anschlag auf zwei israelische Soldaten – lautete wörtlich übersetzt:

„Es wird hier keinen Frieden geben bis:

1. alle Juden Israel verlassen haben.
 2. alle Muslime Israel verlassen haben.
- Ich ziehe die zweite Variante vor.“

Diese Aussage ist allerdings beileibe keine Erfindung von Yair Netanjahu.



Benjamin und Yair Netanjahu

Seit vielen Jahrzehnten gibt es viele Menschen, die genau diese Ansicht teilen. Ob zu Recht oder zu Unrecht, darüber kann und sollte man diskutieren. Aber es ist nicht zu leugnen, dass es in der israelischen Gesellschaft Stimmen gab und gibt, die nicht oder nicht mehr an eine friedliche Koexistenz zwischen Israelis und Arabern glauben und die denken, eine dauerhafte Lösung könne nur durch eine klare Trennung der beiden Völker erzielt werden.

Worauf läuft „From the River to the Sea“ denn hinaus?

Dies ist übrigens auch keine exklusiv israelische Meinung. Wenn es auf arabischer Seite heißt „From the (Jordan) river to the (Mediterranean) sea, Palestine shall be free“, dann bedeutet das nichts anderes als ein Palästina ohne Israelis. So, wie Mahmud Abbas selbst es immer wieder hat verlautbaren lassen. Und somit nichts anderes als das, was der erst kürzlich verstorbene israelische Schriftsteller und Nobelpreisträger Amos Oz dereinst in seinem Werk „Eine Geschichte von Liebe und Finsternis“ so beschrieben hatte:

„Da draußen in der Welt, überall waren die Wände voller Graffiti: ‚Juden, geht zurück nach Palästina‘, und so kehrten wir zurück nach Palästina, und nun schreit der Großteil der Welt uns an: ‚Juden, raus aus Palästina.‘“

Der Gedanke, dass das Gebiet Palästina nur einem der beiden streitenden Völker gehören soll, ist also weder neu noch allein israelisch.

Neu daran ist allerdings, dass man darin, dass jemand diesen Gedanken zum Ausdruck bringt und dann mitteilt, welche Variante er persönlich bevorzugen würde, eine antimuslimische

Aufforderung an alle Muslime sieht, Israel zu verlassen.

Yair Netanjahu hat in seinen Augen eine Tatsache festgestellt. Die Ansicht mag man, wie gesagt, teilen oder eben nicht teilen. Mit keinem Wort hat er die arabische Seite diffamiert, beschuldigt und für den von ihm empfundenen Zustand verantwortlich gemacht. Und noch viel weniger hat er irgendeine Person aufgefordert, Israel zu verlassen.

Dem „Spiegel“ sowie all den Kritikern im Netz scheint dies allerdings völlig egal zu sein. Denn interessanterweise gibt der „Spiegel“ das Zitat tatsächlich in seiner ganzen Form wieder, sieht sich allerdings dennoch nicht daran gehindert, Yair Netanjahu zu unterstellen Dinge gesagt zu haben, die im vom „Spiegel“ selbst zitierten Text einfach nicht stehen.

Jüdische Worte auf die Goldwaage, arabische Worte ignorieren

Jeden Tag sehen Juden und Israelis sich im Netz – auch bei Facebook – klar antisemitischen Auswüchsen ausgesetzt. Die Liste solch klar antisemitischer

und persönlicher Angriffe, welche Facebook unter Berufung auf Gemeinschaftsstandards, die geheimer anmuten als die Rezeptur für Coca-Cola, nicht löscht, ist lang und wird täglich länger – von einer Blockierung der Urheber ganz zu schweigen.

So erhielt ich zum Beispiel erst vor ein paar Tagen die Mitteilung, dass folgender Text nicht zu beanstanden sei:

„Soweit wir wissen haben die Israelis palästina von der Landkarte getilgt. Soweit wir wissen ist Israel der einzige rassenstaat der Erde, der einzige staat der im 21. Jahrhundert noch auf hitler hört und Lebensraum für seine „rasse“ erobert.“

Jahwe und iran sei dank wird dieses Problem bald kein problem mehr sein“ (sic).

Und so kann man hier leider nur zu folgendem Schluss kommen:

1. Wäre der Post in gleichem Wortlaut nicht dem Kopf eines Yair Netanjahu, sondern zum Beispiel dem von Hanin Zoabi entsprungen, hätte Facebook den Post vermutlich nicht gelöscht.

2. Unter diesen Umständen hätte auch niemand in Deutschland je davon erfahren.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTlich.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 70 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Jede weitere Ausgabe – eine zusätzliche Briefmarke.

Israels Parteien ordnen sich neu

Ein Überblick über die sich ständig wandelnde israelische Parteienlandschaft kurz vor den Neuwahlen

Von Ulrich W. Sahn

Das israelische Parlament, die Knesset, hat Ende Dezember seine Selbstauflösung beschlossen. Als erster möglicher Termin wurde daraufhin der 9. April für Neuwahlen bestimmt.

Die „Süddeutsche Zeitung“ behauptete zwar, dass Premierminister Benjamin Netanjahu aus egoistischen Gründen den Wahltermin „diktiert“ hätte. Doch selbst in einem Land, wo angeblich die Demokratie abgeschafft wird, gibt es immer noch gewisse demokratische Spielregeln. So kann der Premierminister nicht selbstherrlich den Wahltag bestimmen, sondern muss erst eine Zustimmung seiner Koalitionspartner einholen und dann im Parlament die entsprechenden Abstimmungen abwarten, genauso wie in Deutschland.

Nachdem die Regierungspartner alleinstimmig zugestimmt hatten, war es kein Problem mehr, auch die Oppositionsparteien mit ins Boot zu holen. Denn seit Jahren warten sie auf die Gelegenheit, den von ihnen so verhassten Regierungschef zu stürzen. Bislang versuchten sie es mit polizeilichen Mitteln, indem sie ihm und seiner Frau Sarah ständig neue Fälle von Korruption, Begünstigung, Untreue und andere schwere Vergehen vorwarfen, in der Hoffnung, ihn mit einem Richterurteil zu Fall und vielleicht gar ins Gefängnis zu bringen.

Ohne hier zu urteilen, wer Recht hat, behauptet Netanjahu stets, dass „nichts sein werde, weil nichts war“. Die Polizei ermittelt, weil jede Anklage untersucht werden muss, auch wenn am Ende keine gerichtsfähige Anklageschrift herauskommt. Der Staatsanwalt wird jetzt gedrängt, das vorläufige Ergebnis der Ermittlungen und Verhöre umgehend zu veröffentlichen, damit sich die Wähler ein Bild machen könnten, um zu entscheiden, ob sie erneut Netanjahu und seinem Parteienblock die Stimme verleihen wollen.

Ganz neutral und objektiv kann man im Augenblick nur sagen, dass bis zur Stunde noch keine Schuld des Ehepaars Netanjahu nachgewiesen worden ist, dass es noch keine Gerichtsverhandlung gab und dass noch kein Richter ein Urteil gefällt hat. Bis dahin gilt die Unschuldsvermutung, auch für einen Regierungschef. Alles was bisher in den Klatschspalten der Zeitungen veröffentlicht worden ist, sind Spekulationen, gezielte Indiskretionen oder Gerüchte. Politische Beobachter und nicht nur dem Premierminister nahestehende Politiker kritisieren, dass hier mit echten oder falschen Verdächtigungen und polizeilichen Mitteln der demokratisch gewählte Regierungschef mit Hilfe eines Richterspruchs gestürzt werden soll. Problematisch an diesem Vorgehen der Opposition sei der Versuch, einen Regierungswechsel herbeizuführen, ohne die Politik der Regierung mit politischen Argumenten auszufeuchten und die Mehrheit der Wähler von ihrer Sicht der Dinge zu überzeugen.

Israels Wahlkampf

Jetzt soll also gewählt werden. Das bedeutet ganz banal, dass der Wahlkampf begonnen hat. Jetzt müssen sich die Parteien und ihre prominenten Kandidaten aufstellen, um überhaupt eine Chance zu haben, die als sehr hoch geltende Sperrklausel von 3,25 % zu überwinden. In der Knesset mit 120 Sitzen bedeutet das mindestens 4 Sitze pro Partei, um überhaupt präsent zu sein.

Aus innenpolitischen Gründen haben sich inzwischen mehrere Parteien im linken wie im rechten Spektrum aufgelöst, gespalten oder aufgestellt. Damit sind alle



In der Knesset gibt es mehr Fraktionen als im Bundestag.

Karten neu gemischt.

Dann gibt es prominente ehemalige Militärs oder Politiker, die noch nicht beschlossen haben, welcher Partei sie sich anschließen wollen oder ob sie im Alleingang mit eigener Partei antreten sollten. Dazu gehören prominente Ex-Militärs wie die ehemaligen Generalstabschefs Benny Gantz und Gabi Ashkenasi. Sie werden von mehreren Parteien umworben, damit die sich mit einem sicherheitspolitischen Schwergewicht schmücken können. Angesichts der Vernichtungsdrohungen des Iran und der militärischen Auseinandersetzungen mit der Hamas im Gazastreifen, der Hisbollah im Libanon und Syrien sowie des „palästinensischen“ Terrors ist das für viele Israelis von existentieller Bedeutung.

Liebermann in Rente – „Linke“ im Niedergang

Der zurückgetretene Verteidigungsminister Avigdor Liebermann zieht sich aus der Politik zurück, was das Ende seiner bei Einwanderern aus Russland so populären Partei „Israel unser Haus“ bedeutet. Die prominente Justizministerin Ayelet Schaked und Erziehungsminister Naftali Bennett („Jüdisches Heim“) haben eine neue Partei gegründet namens „Neue Rechte“. Ob und wie sie damit der Likud-Partei von Netanjahu schaden, ist noch offen.

Das gesamte linke Lager befindet sich seit der Ermordung von Jitzhak Rabin 1995 und dem Scheitern der Osloer Verträge in einem Zustand der Selbstzerfleischung und steten Niedergangs. Obgleich vor allem die EU in der Zweistaatenlösung und in einer „Versöhnung“ mit den „Palästinensern“ die alternativlose Lösung aller Probleme des Nahen Ostens und sonstiger Kriege in der Welt sieht, finden die meisten Israelis daran nur wenig Gefallen, solange sie von der Hamas mit Raketen beschossen und an jedem Ort mit Überfahrraketen wie auf dem Breitscheidplatz, Messerattacken und Bombenterror jederzeit und überall physisch bedroht werden. Angesichts der fast täglich entdeckten Messer und Bomben an den Kontrollpunkten glaubt niemand an den Behauptungen linker Aktivisten wie „Frieden Jetzt“, Betzelem oder „Schweigen

brechen“, wonach die „Palästinenser“ in Ramallah oder in Gaza den strategischen Beschluss gefasst hätten, keinen Terror mehr gegen Israelis oder Juden durchzuführen zu wollen. Die Wirklichkeit spricht da eine andere Sprache.

Schafft Meretz die 3,25-Prozent-Hürde?

Die radikale Linkspartei Meretz steht im Verdacht, sexuelle Misshandlung von Frauen durch einen führenden Aktivisten der Partei ignoriert zu haben. Als Partei, die die Moral gepachtet hat, Frauen- und Menschenrechte und grüne Weltanschauungen fördert, kann ihr das mehr schaden, als anderen Parteien. Bei Meretz hat es Wechsel in der Führung gegeben und zudem droht ihr der Untergang wegen der Sperrklausel.

Die jüngste dramatische Entwicklung war der unflätige Rauswurf der prominenten Politikerin Zipi Livni aus dem „Zionistischen Lager“, und die Ernennung von Shelly Yacimovich zur Oppositionschefin. Ulrich Schmid von der NZZ behauptet, dass Parteichef Avi Gabbay die sehr aschkenasische Jüdin Livni aus rassistischen Gründen rausgeworfen habe, zumal Gabbay ein „Jude aus Marokko“ sei. In Israel ist freilich noch in Erinnerung, die die aschkenasische Jüdin den aus Iran stammenden orientalischen Generalstabschef Schaul Mofas mit ähnlichen Methoden rausgeworfen hat. In Israel werden persönliche Differenzen und Intrigen hervorgehoben und nicht Animositäten zwischen Misrachim (Orientalen) und Aschkenasim (europäischen Juden). Im Ergebnis bedeutet der Rauswurf Livnis, dass das Bündnis von Livnis Partei „Hatnua“ (die Bewegung) mit der sozialistischen Arbeitspartei im Rahmen des „Zionistischen Lagers“ der Vergangenheit angehört.

Unruhe beherrscht auch das Lager der orthodoxen Parteien. Über dem Vorsitzenden der Schas-Partei, Innenminister Ariele Derri, schwebt eine Anklage wegen Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Untreue. Im Jahr 2000 wurde er wegen ähnlicher Verbrechen zu einer 4-jährigen Haftstrafe verurteilt, wovon er 2 Jahre im Gefängnis verbracht hat. Sein Wegfall könnte das

Ende der derzeit größten frommen Partei mit derzeit 7 Sitzen bedeuten. Hart an der Sperrklausel schliddert auch die andere ultraorthodoxe Partei, das „Vereinte Thora-Judentum“. Sie hat 6 Abgeordnete in der Knesset. Bei sektorialen Nischenparteien sind zuverlässige Umfragen kaum möglich. Andererseits verfügen sie über eine relativ stabile Stammwählerschaft.

Zerstrittene Araber

Wie sich die israelischen Araber aufstellen werden, immerhin 20 Prozent der Bevölkerung, ist auch offen. Ihre 13 Abgeordneten in der bisherigen Knesset sind ein Zusammenschluss von Kommunisten, Islamisten und Nationalisten in einer Partei. Jede einzelne Gruppierung hätte im Alleingang die Sperrklausel nicht geschafft. Wegen der extremen ideologischen Differenzen unter ihren Abgeordneten hat diese Oppositionspartei in der vergangenen Kadenz nicht viel erreicht.

Auch Netanjahu (Likud) an der Spitze der stabilsten Partei mit derzeit 30 Abgeordneten ist nicht mehr unangefochten der Anführer des „rechten Lagers“. Er hatte in letzter Zeit die radikale Hamas unterstützt mit Warenlieferungen und 15 Millionen US-Dollar aus Katar, womit die Gehälter im Gazastreifen bezahlt werden konnten, trotz eines Boykotts der „palästinensischen“ Regierung in Ramallah unter Präsident Machmud Abbas. Netanjahu wollte so einen blutigen Krieg im Gazastreifen verhindern, trotz Terror an der Grenze und Raketenbeschuss. Wegen dieser Schritte geriet der Premierminister in den Verruf, jetzt plötzlich eine „linksgerichtete“ Politik zu verfolgen. Netanjahu wollte die Hamas nicht belohnen, sondern einen für alle Seiten blutigen Krieg verhindern.

Die politischen Änderungen geschehen so schnell, dass die Umfrageinstitute nicht nachziehen können. Jedes von ihnen vorgelegte Ergebnis ist schon bei der Veröffentlichung veraltet. Wegen des umfassenden Wandels in der innenpolitischen Landschaft Israels ist es sinnlos, hier noch zu versuchen, einen Überblick zu behalten.

Der vergessene Bombenanschlag auf deutsche Sozialdienst-Freiwillige in Israel

Die „Aktion Sühnezeichen Friedensdienste“ (ASF) feiert ihr 60-jähriges Bestehen.

Nach einem Attentat im Jahre 1978 mussten die Holocaust-Überlebenden plötzlich ihren Helfern helfen.

Israelnetz

Bei zwei Ehemaligen hat der Dienst in Israel neben einer Freundschaft auch Narben hinterlassen. Die beiden Männer in den 60ern verbindet eine Bombe. Und die Erinnerung an den 26. April 1978. Damals parkt der Bus auf einem Platz in Nablus. Darin sitzen 34 junge Deutsche. Es sind Freiwillige der „Aktion Sühnezeichen“, die nach einer viertägigen Exkursion in den Norden Israels und einem Zwischenstopp in Nablus auf die Rückfahrt nach Jerusalem warten. Unter ihnen ist Daniel Gaede.

Nach dem Zivildienst arbeitete er ab 1977 als Freiwilliger in einem Kibbuz, dann im Archiv der Jerusalemer Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem, danach in einem Kinderheim und einem Krankenhaus in Nazareth. Er sieht noch, wie an jenem 26. April ein junger „Palästinenser“ seine selbstgebastelte Bombe durch ein offenes Fenster auf den freien Sitzplatz hinter ihm in den Bus wirft. Die Rohrbombe, sie ist gefüllt mit abgesägten Nägeln, verletzt den jungen Mann schwer. Er verliert das Bewusstsein. Über Wochen werden israelische Ärzte im Krankenhaus um das Augenlicht kämpfen. Ein Auge bleibt blind, das andere schwer in Mitleidenschaft gezogen.

Seinen Bruder, der zum Zeitpunkt des Attentats zu Besuch in Israel ist und mit im Bus sitzt, wird Daniel dennoch nicht wiedersehen. Christoph Gaede schafft es noch nach draußen, dann bricht er tödlich verwundet zusammen. Mit ihm stirbt eine junge Frau, Susanne Zahn aus Vaihingen an der Enz, die als Freiwillige in einem Jugenddorf arbeitet. Vier weitere Freiwillige werden schwer verletzt. Die Bombe war unmittelbar neben Zahn auf den Sitz gefallen. Dort hätte auch Thomas Höke sitzen können. Höke reiste damals zur gleichen Zeit wie Daniel Gaede mit ASF nach Israel. Der Spandauer arbeitet dort zunächst in einem Kibbuz, dann in der Zentrale von „Aktion Sühnezeichen“ als Hausmeister und Koch in Jerusalem.

Weil das Team das Haus während der Exkursion nicht alleine lassen will, lösen er und Hausleiterin Agathe, wer dableiben muss. Höke hat Pech. Oder Glück? Jedenfalls kann er nicht mit auf den Kurztrip und bleibt im Gästehaus „Beit Ben Jehuda – Haus Pax“ in Jerusalem. Höke sagt rückblickend: „Ich habe dann sehr schnell begriffen, dass der christliche Glaube kein Zufall ist.“ Die Gruppe der Opfer gehörte zu seinen Freunden. „Da hätte ich sicher dabeigessen“, vermutet er.

Die Frage nach dem Sinn

Nach dem Anschlag ist für Gaede nicht klar, wie es für ihn weitergeht. Er fragte sich, ob ASF den Mut hat, den Vorfall so zu beschreiben, wie er aus seiner Sicht war – nämlich als „eine politische Aktion“. Er befürchtete, ASF würde den Anschlag als Schicksalsschlag herunterspielen, was dann aber nicht geschah. Gaede hält es nicht für hilfreich, den Anschlag als „sinnvoll“ oder „sinnlos“ zu beschreiben.

„Im Rückblick fügt sich sehr viel zusammen. Es ist viel mehr die Frage, welche Kräfte und Unterstützung bekommt man, um damit umzugehen, damit es etwas Sinnvolles wird“, sagt er heute. Höke weiß nicht, ob der Anschlag einen Sinn hatte. „Der erschließt sich mir auch nach 40 Jahren noch nicht.“ Als gläubiger Christ will Höke einfache Erklärungen und vereinfachte Ursache-Wirkung-Muster nicht



Das Logo der bekannten Hilfsorganisation

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

akzeptieren. „Es wird die Zeit kommen, da wird man es erfahren.“

„Dein Wille geschehe“

Höke ist der Meinung, dass beide Seiten ihr Recht hätten. Israels einstige Premierministerin Golda Meir habe diesen Gedanken formuliert. Hat das Erlebte die jungen Männer einst in ihrem christlichen Glauben bestärkt? „In der langen Perspektive würde ich sagen: Ja, weil das meine hauptsächlichen Wurzeln sind. Aber ich habe auch in der Zeit Christen kennengelernt, mit denen ich nichts anfangen konnte“, sagt Gaede. Höke hatte das Gefühl, getragen zu werden. In ihrer Gruppe habe es einen entschiedenen Christen gegeben, der sei „ins Heilige Land“ gefahren und habe die Bibel fast immer dabei gehabt. Nach dem Anschlag habe der sofort gesagt: „Dein Wille geschehe.“ Das sei dessen Einordnung gewesen.

Die Mitglieder der Gruppe hätten unterschiedliche Formen gefunden, um mit dem Ereignis umzugehen. Was den Anschlag damals und den Konflikt zwischen Israel und den „Palästinensern“ heute angeht, ist Gaede kein Freund einfacher Erklärungen. Ihn stört das Rechthaberische der Konfliktpartner. „Entlasten – in dem Sinne, dass keine Seite anders kann – oder Verurteilen, beides hilft nicht weiter.“ Für Gaede ist „Gewalt ein Ausdruck von Schwäche, weil man sich sonst nicht durchsetzen kann und gehört wird“. Ihm geht es auch nicht um Rechtfertigung oder billiges Verständnis, sondern darum, durch die Beschäftigung mit dem Konflikt einen Ausweg zu finden.

Hilfe von Holocaust-Überlebenden

Nach dem Anschlag kümmerten sich auch Holocaust-Überlebende vor Ort um die deutschen Opfer. Gaede empfindet das rückblickend als Glück. „Wer Auschwitz überlebt hat, weiß, dass ein Opfer Hilfe benötigt, nicht Mitleid, um selbst wieder auf die Beine zu kommen.“ Zurück in Deutschland studierte Gaede Politikwissenschaften mit dem Schwerpunkt Friedens- und Konfliktforschung. Von 1996 bis 2014 war er Pädagogischer Leiter der Gedenkstätte Buchenwald. „An der Stelle hatte ich viel mit den eigenen Erfahrungen zu tun“, sagt er. Als Überlebender eines Attentates habe er in Bezug auf Überlebende der Schoah eine andere Gesprächsebene als jemand, der sich mit Opfersituationen rein wissenschaftlich beschäftigt habe.

Der Gedenkgottesdienst für die Opfer findet 1978 wenige Tage später am 30. April zeitgleich in Jerusalem und in Berlin statt. 20 Jahre zuvor war an dem Tag in Berlin „Aktion Sühnezeichen“ im Rahmen der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland ins Leben gerufen worden. Die Initiative von Lothar Kreyszig

wurde ein Mosaikstein für die kirchliche Aussöhnungsarbeit nach dem Versagen der protestantischen Kirche während des Nationalsozialismus. ASF bat darum, den von der Vernichtung bedrohten Völkern und Menschengruppen Hilfe leisten zu dürfen. Dazu entsendet der Verein in der Weiterführung seines Gründungsauftrages bis heute Freiwillige zu Diensten in Länder West- und Osteuropas sowie nach Israel. Damals habe ASF durchaus auch Sympathien für kommunistische Friedensmotive gehabt, sagen Gaede und Höke.

„Wir sind da nicht blauäugig hingeschickt worden.“

Auf ihren Dienst in Israel und damit in einem Konfliktgebiet waren die beiden Freiwilligen vorbereitet. „Wir sind da nicht blauäugig hingeschickt worden“, sagt Höke, und weiter: „Das konnte uns niemand in der Theorie erklären. Das musste erlebt werden.“ Die politische Situation im Lande war nicht beherrschend in der Vorbereitung auf den Dienst in Israel. Für Höke war es die Zeit in Auschwitz, um sich auf das einzustellen, womit er zu tun haben würde – Überlebende der Schoah.

„Der Konflikt mit den Palästinensern stand für uns junge Leute hinten an“, erinnert er sich. Damals, als die Einladung nach Nablus ausgesprochen wurde, habe keiner mit Problemen gerechnet. Auch nicht die israelischen Freunde. „In den Konflikt ist man so hineingewachsen“, sagt Höke. Seine Eltern, erinnert er sich, hätten damals von Anschlägen im Land früher gewusst als er vor Ort.

Mit dem Trauma des Anschlags gingen die Freiwilligen unterschiedlich um. Gaede erhielt im Krankenhaus Besuch von einem Mann. Der sagte: „Ich bin dein Vater.“ Es war Simcha Holtzberg, ein Jude, der das Warschauer Ghetto überlebt hatte und es sich zur Aufgabe gesetzt hatte, alle Menschen, die in Kriegshandlungen verletzt worden waren, zu unterstützen. Eigentlich hätte Holtzberg durch eigene Erfahrung völlig deprimiert sein müssen, findet Gaede, aber er „war mit sich und seiner Geschichte klargekommen“, hatte wieder Vertrauen in andere Menschen entwickelt.

Einige der Gruppe kämen bis heute nicht zurecht und wollten nicht erinnert werden. Andere würden nun, nach 40 Jahren, mit einer Therapie anfangen. Gaede will sich nicht auf die Rolle eines Opfers reduzieren lassen. „Jeder hat Verantwortung für sein Leben“, sagt er. Es gehe darum zu erkennen, an einer Situation selber auch Anteil zu haben. „Das führt dazu, sich nicht wehrlos zu fühlen.“

Beten für die Mörder

Höke ist sich unschlüssig, ob der Anschlag vergeben werden kann. „Ich kann das nicht beantworten. Was den Tod von Susanne

und Christoph angeht, steht mir das nicht zu.“ Vergabe setzt seiner Auffassung nach ein Eingeständnis der Schuld beim Gegenüber voraus. Er erinnert sich an den Gedenkgottesdienst. Darin hatte Jürgen Strache, der Chef von ASF Israel, im Fürbittengebet in der Erlöserkirche in Jerusalem für Einsicht bei den Mördern gebetet. „Wir haben ganz bewusst für die Mörder gebetet“, sagt Höke. Das sei ASF im Nachhinein negativ ausgelegt worden.

Er erinnert sich an einen Zeitungstitel: „Opfer beten für ihre Mörder!“ Ihm sei damals der Gedanke gekommen: „Ja, und das war so wichtig, dass wir genau das getan haben. Genau das!“ Seitdem ist sein Verhältnis zur Presse gespalten. Der Artikel, der sich angeschlossen habe, sei voller Polemik und Unverständnis darüber gewesen, dass man für Erkenntnis und Gnade für Mörder bitte. „Das fand ich abgrundtief.“ Gaede war frei von „Hass und Gebundenheit an den, der die Bombe geworfen hat“. Auch die Fixierung auf die Frage „Warum hat er mir das angetan?“ führt seiner Meinung nach in eine Sackgasse.

Kritischer Blick auf die Berichterstattung in deutschen Medien

Die Berichterstattung in den deutschen Medien über Israel beurteilen beide heute noch kritisch. Höke findet sie teilweise populistisch, einseitig und wenig reflektiert. Sie sei „unglaublich dem Zeitgeist unterworfen“ und spiegele kaum die Realität wider. Höke will da keine Ausnahme gelten lassen. „Die Berichterstattung ist auf den Leser ausgerichtet und das, was er hören will.“ Es werde nur das Nötigste berichtet ohne den Anspruch, Hintergrundwissen aufzubauen.

„Berichte sagen oft mehr über die Berichterstatte, als über das, was sie berichten“, sagt Gaede. „Zum Glück“, findet er, gebe es „israelische und palästinensische Quellen, wo man mehr erfahren kann“. Gaede erkennt eine Scheu, sich differenziert in den Medien mit den Themen und Konflikten im Nahen Osten auseinander zu setzen. Als Grund sieht er eine Form des „Schweigens aus Schuld“ und der Frage dahinter: „Dürfen Deutsche Israels Politik kritisieren?“

Dass der Konflikt im Land von außen gelöst werden kann, glaubt er nicht. Es brauche Abkommen auf der Basis der Menschenrechtskonventionen, die für alle involvierten Parteien gleich gelten. „Vertrauen“ sei das Schlüsselwort. „Leider macht man sich leicht unbeliebt, wenn man Menschenrechte für alle fordert.“ Noch heute hat der 26. April außergewöhnliche Bedeutung für beide: Er beginnt immer mit Erinnern und Gedenken. Höke wird später an diesem Tag zum Prädikanten ordiniert. Gaede hat zwei Tage vorher Geburtstag. Am 26. April darf er noch mal feiern. Es ist so etwas wie sein zweiter Geburtstag.

Israel 2018 – ein Jahres-Rückblick in 10 Punkten

Was Israel im letzten Jahr ertragen musste und trotzdem erreicht hat

Von Yochanan Visser (Israel Heute)

Im vergangenen Jahr hat Israel einige schwierige Momente durchgemacht, während 2018 gleichzeitig historische Entwicklungen stattfanden, die dem jüdischen Staat und seinen Beziehungen zu anderen Ländern des Nahen Ostens Hoffnung, Aufregung und positive Veränderungen brachten.

Beginnen wir mit den positiven Entwicklungen.

1. Zweifellos war die Entscheidung von Präsident Trump, die US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen und ganz Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen, aus historischer und diplomatischer Sicht das wichtigste Ereignis.

Nur die Entscheidung des ehemaligen US-Präsidenten Harry Truman, den Staat Israel nur elf Minuten nach der Unabhängigkeitserklärung durch den ersten israelischen Ministerpräsidenten David Ben Gurion im Mai 1948 anzuerkennen, steht in ihrer Bedeutung noch vor der Entscheidung Trumps.

2. Eine weitere positive Entwicklung an der diplomatischen Front war, dass die USA und einige andere westliche Länder sich schließlich dazu entschieden haben, gegen die Zahlung von Gehältern an Terroristen durch die „Palästinensische Autonomiebehörde“ (PA) vorzugehen.

Die PA gibt jährlich etwa 355 Millionen US-Dollar für Zahlungen an „palästinensische“ Terroristen und ihre Familien aus.

Die USA beschlossen im Rahmen der „Taylor Force Akte“, die nach einem amerikanischen Touristen benannt wurde, der in Tel Aviv von einem „palästinensischen“ Terroristen erstochen wurde, rund 215 Millionen Dollar an Hilfen an die PA einzubehalten.

3. Die Trump-Administration stellte auch die Finanzierung der Hilfsorganisation der Vereinten Nationen (UNRWA) ein. Diese UN-Organisation bietet Millionen von „palästinensischen“ Flüchtlingen und ihren Angehörigen, die in Flüchtlingslagern in Libanon, in Syrien, Jordanien, Gaza und im sogenannten „Westjordanland“ (Judäa und Samaria) leben, Hilfe und Bildung.

4. Dann gab es die Vereinten Nationen, die bewiesen haben, eine der anti-israelischsten internationalen Organisationen der Welt zu sein und Israel bei praktisch jeder Gelegenheit verurteilt.

Anfang Dezember stimmten jedoch 87 Staaten der UN-Generalversammlung, bei der die Anti-Israel-Front aufgrund der muslimischen Länder automatisch die Mehrheit hat, für eine Resolution, die die Hamas verurteilte, während 57 andere Nationen gegen die Resolution stimmten.

Der Antrag wurde von Nikki Haley eingereicht, der US-Botschafterin bei der UNO, die unermüdlich daran gearbeitet hat, die anti-israelische Voreingenommenheit der Vereinten Nationen zu bekämpfen und eine neue Strategie zu entwickeln, die darauf abzielt, die Heuchelei der Organisation in Bezug auf die Menschenrechte und den angeblichen „Kriegsverbrechen“ Israels aufzudecken.

5. Auch besserten sich im Jahr 2018 die Beziehungen zwischen Israel und den sunnitischen arabischen Ländern. Der saudi-arabische Kronprinz Mohammed Bin Salman machte pro-israelische Kommentare und andere Golfstaaten wie der Oman, die ihre Beziehungen zu dem jüdischen Staat nicht mehr geheim hielten.

Ministerpräsident Benjamin Netanjahu besuchte auch größtenteils muslimische Staaten wie den Tschad und Aser-



Ivanka Trump weiht die US-Botschaft in Jerusalem ein; Premier Netanjahu warnt vor Iran; Nikki Haley kämpft für Israel; Sebastian Kurz trifft den israelischen Regierungschef.

bajdschan, wo er sagte, das Land sei ein Licht für das Zusammenleben von Muslimen und Juden.

Netanjahu war auch in Indien sehr erfolgreich und wurde dort sehr herzlich empfangen. Jetzt ist er in Brasilien, wo eine pro-israelische Regierung gewählt wurde.

6. Eine weitere positive Entwicklung im Jahr 2018 war, dass die Europäische Union endlich begann, gegen den aufkommenden Antisemitismus vorzugehen, der nach neuesten Studien ein besorgniserregendes Niveau erreicht hat.

Der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz legte dem Europäischen Rat eine Reihe von Vorschlägen vor, um die älteste Form von Rassenhass zu bekämpfen.

7. Im Sicherheitsbereich begann das Jahr mit einem großen israelischen Erfolg, als es einem 100 Mann starken Mossad-Team gelang, einen großen Teil des geheimen iranischen Atomarchivs vor den Nasen der Mullahs in Teheran zu stehlen. Die über 11.000 Dokumente und Disketten, die der Mossad nach Israel geschmuggelt hatte, zeigten, dass der Iran seinen Plan, Atomwaffen zu erhalten, nie aufgegeben hat.

Die Operation des Mossad wurde Anfang Mai von Netanjahu enthüllt, kurz bevor Präsident Trump beschloss, die Beteiligung der USA am Atomabkommen (JCPOA) zwischen dem Iran und den sechs Weltmächten zu annullieren und die strengen Sanktionen gegen die Isla-

mische Republik wieder einzuführen.

Abgesehen von der amerikanischen Entscheidung, den JCPOA zu verlassen, führte die Enthüllung nicht zu einer wirklichen Änderung der internationalen Haltung gegenüber dem Iran, der versucht, sich bei einigen wichtigen arabischen Ländern wie dem Irak und Syrien zu verankern, und damit zunehmend die israelische Sicherheit bedroht.

8. Die zunehmende iranische Bedrohung von Syrien aus, wo der Bürgerkrieg zu einem regionalen Konflikt zwischen der Türkei, Russland, dem Iran, Israel, dem Irak und den USA wurde, führte dazu, dass Israel eine Reihe abschreckender militärischer Aktionen zur Zerstörung der iranischen militärischen Infrastruktur im Land durchführte.

Am 10. Mai startete die israelische Luftwaffe (IAF) zum Beispiel die „Operation Chess“, bei der eine große Anzahl israelischer Kampfflugzeuge mehr als 50 iranische Stützpunkte und Raketenanlagen in Syrien zerstörte.

Die Operation wurde notwendig, nachdem der Iran versucht hatte, die Grenzregion mit Israel auf den syrischen Golanhöhen zu übernehmen, und stand kurz davor, eine Landbrücke von Teheran über den Nordirak zum Mittelmeer zu bauen.

9. Der Iran versuchte später, einen Mehrfrontenkrieg mit Israel auszulösen, als er den „palästinensischen“ Terrorgruppen in Gaza befahl, am 13. November eine beispiellose Anzahl von Raketen auf den Süden Israels abzufeuern.

Als die IAF mit 150 Luftangriffen reagierte, die die militärischen Fähigkeiten der Hamas und des Islamischen Dschihad in Gaza dezimierten, wurde ein (vorübergehender?) Stopp im Raketenterror erreicht.

Der vom Iran finanzierte Terror an der Grenze zu Gaza in Südisrael sowie in Judäa und Samaria ist unvermindert geblieben und hat zu erneuten Forderungen nach einer Annexion des Westjordanlandes geführt, da sich die „Zwei-Staaten-Lösung“ als Fantasie erwiesen hat.

10. Dann gibt es die Front entlang der libanesischen Grenze, an der die IDF Anfang Dezember ein Netzwerk von Angriffstunnel der Hisbollah entdeckt hatte.

Die Operation „Nördliches Schild“, wie die Erkennung und Zerstörung des Tunnelnetzes von der IDF genannt wurde, ist noch nicht abgeschlossen.

Die Entdeckung der Hisbollah-Angriffstunnel zeigt, dass die sogenannte „Widerstandsfront“ der vom Iran unterstützten Terrorgruppen und schiitischen Milizen Hunderte Millionen Dollar in die Zerstörung Israels investiert.

Es ist schwer vorherzusagen, was das Jahr 2019 bringen wird, aber eines ist sicher: Die Feinde Israels werden ihren Kampf gegen das, was sie als „Fremdkörper“ im Nahen Osten betrachten, fortsetzen, während Israel weiter blühen wird, so wie wir es in der nun 70-jährigen Geschichte des jüdischen Staates gesehen haben.

Das jüdische „Klein-Manhattan“ in der Ukraine

Das Menora Center in Dnipro ist das größte jüdische Kulturzentrum der Welt



Von Matthias Dornfeldt

Das „Menora Center“ hat gigantische Ausmaße.

Die Stadt Dnipro, die bis 2016 Dnipropetrowsk (russisch Dnjepropetrowsk) und bis 1926 Jekaterinoslaw hieß, befindet sich 400 km südöstlich der ukrainischen Hauptstadt am gleichnamigen Fluss. Bereits nach der Stadtgründung durch Kaiserin Katharina II. 1776 siedelten sich dort Juden an. Die Stadt entwickelte sich zu einem bedeutenden Industriezentrum im Russischen Reich. Im Laufe der Zeit kamen immer mehr Menschen mosaischen Glaubens in die Metropole. Mit einer signifikanten jüdischen Gemeinde, zahlreichen Gebetshäusern, Schulen und Vereinen war der Ort ein bedeutendes jüdisches Zentrum im damaligen Gebiet Neurussland.

1883 erreichten allerdings antijüdische Ausschreitungen und Pogrome Jekaterinoslaw, wobei zahlreiche jüdische Häuser und Geschäfte geplündert wurden. Es kam zu Vergewaltigungen und Morden, deren Zahl nur zu schätzen ist. Diese Unruhen begannen 1881 und erstreckten sich über große Teile des südlichen Ansiedlungsrayons insbesondere im Gouvernement Cherson als Ausgangspunkt, aber auch über Kiew und Jekaterinoslaw. Es wurde davon ausgegangen, dass Juden hinter dem Attentat auf Zar Alexander II. vom 13. März 1881 standen. Tatsächlich wurde der Anschlag von der linksterroristischen Organisation „Narodnaja Wolja“ verübt.

Deutscher Einmarsch

Auch in der Sowjetunion blieb die jüdische Gemeinde stark. Von 526.000 Stadtbewohnern waren etwa 90.000 jüdischer Herkunft. Vor dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht am 25. August 1941 wurden hunderttausende Einwohner von den sowjetischen Behörden evakuiert oder flohen, unter ihnen auch 60.000 jüdische Menschen. Jedoch verblieben noch 30.000 bis 35.000 Juden in der Stadt. Ihnen drohte die Hölle. Es kam zum Mas-

senmord an jüdischen Einwohnern durch die deutschen Besatzer. An den Massenerschießungen waren der SS-Führer Friedrich Jeckeln und das Polizeibataillon 314 maßgeblich beteiligt. Dabei wurden am 13./14. Oktober 1941 12.000 Juden im Botanischen Garten sowie auf dem alten jüdischen Friedhof ermordet. Als im Herbst 1941 eine Hungersnot in der Stadt nicht mehr zu übersehen war, untersagte – so die „Ereignismeldung UdSSR“ Nr. 135 der SS-Einsatzgruppe C vom 19. November 1941 – der NS-Staatssekretär für Ernährung und Landwirtschaft, Herbert Backe, die Einführung von Lebensmittelkarten, „da diese Rechtsansprüche auf Belieferung darstellten“. Am 19. Oktober verkündete die Wehrmacht, dass die „Judenfrage“ in Dnjepropetrowsk als gelöst zu betrachten sei.

Auswanderung nach Israel

Die präzise Opferzahl in der Stadt ist nicht bekannt. Die deutschen Okkupanten gaben in internen Berichten an, ca. 15.000 Juden ermordet zu haben. Im Oktober 1943 kehrte die Rote Armee nach Dnjepropetrowsk zurück. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges kehrten viele Menschen jüdischen Glaubens in die Dnjeprometropole zurück. 1970 lebten hier wieder 70.000 Juden, allerdings gab es nur eine Synagoge als einzige jüdische Einrichtung. In den 1970er Jahren begann dann die erste Auswanderungswelle nach Israel.

Das am 21. Oktober 2012 eröffnete Menorah-Zentrum ist ein multifunktionales jüdisches Kulturzentrum in Dnipro. Das Gebäude beheimatet unter anderem ein Hotel, eine Konzerthalle, eine Galerie, ein koscheres Restaurant sowie das „Museum zur jüdischen Geschichte und der Schoah in der Ukraine“ und das „Tkuma-Zentrum – Ukrainisches Institut für Schoah-Studien“. Es gilt mit seiner Gesamtfläche von 50.000

Quadratmetern als größtes jüdisches Zentrum der Welt.

Die Stifter

Das Zentrum verfügt, an die namensgebende Menorah angelehnt, über sieben Türme, welche die städtische Goldene-Rosen-Synagoge umfassen. Finanziert wurde der 60 Millionen US-Dollar teure Komplex unter anderem von Gennadij Boholjubow und Igor Kolomojski, Präsident der „European Jewish Union“ und der „United Jewish Community of Ukraine“.

Die Geschichte der Gründung des ukrainischen Instituts für Holocaust-Studien „Tkuma“ reicht bis ins Jahr 1999 zurück. Damals wurde das „Tkuma“-Studium für wissenschaftliche Bildung („Revival“) registriert. Es war das erste nationale Zentrum, in dem die Geschichte der ukrainischen Juden und des Holocausts studiert werden konnte. „Tkuma“ ist in der Ukraine und im Ausland durch seine veröffentlichten wissenschaftlichen Monographien und Lehrbücher, sowie durch wissenschaftliche Konferenzen und Schulungsseminare, die sich der jüdischen Geschichte in der Ukraine sowie der Schoah widmen, weithin bekannt.

Das Ukrainische Institut für Holocaust-Studien „Tkuma“ hat folgende Schwerpunkte, Ziele und Aktivitäten:

1. Die Bildung und Stärkung der jüdischen nationalen Identität.
2. Die Verbesserung der ukrainisch-jüdischen Beziehungen in Dnipro und in der gesamten ukrainischen Gesellschaft.
3. Etablierung eines führenden Forschungszentrums für Schoah-Studien in der Ukraine.
4. Einrichtung eines pädagogisch-methodologischen Zentrums für Lehrer.
5. Weiterentwicklung des Bildungssystems zur jüdischen Geschichte und zur Schoah.

6. Organisation eines internationalen, interreligiösen, interkonfessionellen Dialogs.

7. Einrichtung relevanter Forschungsprogramme, Bildungsprogramme und Aktivitäten.

8. Veröffentlichung von wissenschaftlicher, pädagogischer und methodologischer Literatur zur jüdischen Geschichte der Ukraine und zur Schoah.

Ein wichtiges Resultat der Tätigkeit von „Tkuma“ ist die Etablierung des „Museums zur jüdischen Geschichte und der Schoah in der Ukraine“. Die offizielle Eröffnungszeremonie des Museums fand am 16. Oktober 2012 statt.

Das Museum widmet sich der langen Tradition jüdischen Lebens in der Ukraine, insbesondere aber in der Region des heutigen Dnipro, vom Shtetl bis zur Gegenwart. Durch die Schoah, die intensiv im Museum thematisiert wird, und die später einsetzende Emigration zu Zeiten der späten Sowjetunion, hat sich das jüdische Leben vor Ort marginalisiert. Viele historische Photographien, religiöse Gegenstände und Schriften sind gut und verständlich auf Ukrainisch und Englisch präsentiert. Ein Schwerpunkt stellt die deutsche Besatzung sowie die „Endlösung der Judenfrage“ in der Ukraine auf der zweiten Etage des großzügig geschnittenen Museums dar. In einem separaten Raum wird auch die Judenrettung durch neutrale Diplomaten und Ukrainer, die später in Israel als „Gerechte unter den Völkern“ ausgezeichnet wurden, dargestellt. Zudem gibt es Ausstellungsräume, die dem jüdischen Leben in der Sowjetunion und der Zeit seit der Unabhängigkeit der Ukraine gewidmet sind. Der Besucher kann hier mehr als zwei Stunden verbringen, dazu tragen auch audio-visuelle Medien bei. Das Museum ist einer der wichtigsten Gründe die Stadt Dnipro zu besuchen!

Juden in der Slowakei heute

Ein Interview mit dem Vorstandmitglied der jüdischen Gemeinde von Košice (Kaschau), Jana Teššerová

Von Daniela Capcarova-Schwigar
(Košice, Slowakei)

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Frau Teššerová, bitte stellen Sie uns kurz die jüdische Gemeinde in Košice vor.

Jana Teššerová: Juden durften in Košice (Deutsch: Kaschau) in der Ostslowakei erst seit 1840 wohnen, in der Zeit davor durften sie in den Königstädten nur arbeiten, abends mussten sie die Stadt wieder verlassen. Für ein jüdisches Leben in der Stadt brauchten damals vor allem die orthodoxen Juden Synagogen, einen Friedhof und ein Kulturhaus, wo sie sich treffen konnten. So entstand die erste große Synagoge in Košice schon 1866. Sie zählte zu den zehn schönsten Synagogen in Osteuropa, leider wurde sie 1958 niedergerissen. Dann haben wir hier die alte, innen aber ziemlich heruntergekommene Synagoge aus dem Jahr 1883 in der Zvonárska-Straße. 1927 baute man die neue orthodoxe Synagoge und die ehemalige neologische Synagoge, in der heute der Sitz der Košicer Philharmonie ist. Am Anfang der Besiedlung gab es in Košice etwa 800 Juden, vor dem Zweiten Weltkrieg bildeten die Juden 17,5 Prozent der Bevölkerung in Košice, das waren etwa 10.000 Juden. 1944 wurden aus Košice und Umgebung 15.702 Juden deportiert. Es gab hier ein Sammelager, aus dem vom 15. Mai 1944 bis zum 3. Juli 1944 Juden nach Auschwitz transportiert wurden. Von diesen Košicer Juden kamen nur etwa 300 zurück. Aktuell sind in der jüdischen Gemeinde etwa 250 Mitglieder jüdischer Herkunft registriert, weitere etwa 200 Juden leben in der Stadt, sind aber keine Gemeindeglieder.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Im Dezember gab es einen Auftritt der Kaschauer Klezmer-Band, bei dem die jüdischen Sprichwörter zitiert wurden. Wie ist das Ganze verlaufen?

Jana Teššerová: Diese Veranstaltung wurde von der jüdischen Frauenorganisation „Esther“ organisiert. Die Kaschauer Klezmer-Band spielte dort, witzige jüdische Aphorismen wurden vorgelesen. Sie sind reich an Klugheit und Geschichte. Herr Vilhan hat sie vorgelesen, er kommt aus einer künstlerischen Familie. Es waren viele Leute dabei, es war der zweite Jahrgang dieser Veranstaltung. Die Kaschauer Klezmer-Band hat die klassische Musik der osteuropäischen Juden gespielt. Ihre Musik hat einen religiösen Unterton, bei uns kam es erst ab 2011 zur Entwicklung dieser Art der jüdischen Musik. Jetzt gehört diese Band zu den ausgezeichneten Musikgruppen mit einer hervorragenden Sängerin, sie ist in Košice sehr populär. Dabei ist nur ein Mitglied der Band jüdischer Herkunft, alle anderen spielen diese Musik, weil sie sie liebgewonnen haben. Die Band tritt auch in anderen slowakischen Städten auf und vor kurzem spielte sie sogar in Kiew. Die Band bereitet den Leuten viel Freude und gibt dabei jüdische Kultur weiter.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Welche jüdischen Feste stehen aktuell an?

Jana Teššerová: Hanukkah ist ein fröhliches Fest und wird vor allem in den Familien gefeiert. Meine Generation ist aber die Generation, die die sozialistische Totalität überlebt hat, die Bräuche haben wir nur von unseren Eltern vermittelt bekommen. In der Öffentlichkeit war das vor 1989 nicht möglich, es war verboten. Jetzt zünden wir am ersten Hanukkah-Tag zwei Kerzen an, eine davon ist der Diener – Schames, an den folgenden acht Tagen werden in den Familien weitere Kerzen angezündet und Lieder gesungen. Es werden Gerichte gegessen,



Die Synagoge auf der Puskinova-Straße von Kaschau

die an die Rettung der Makkabäer im Tempel erinnern – also Gerichte, die mit Öl zubereitet werden, zum Beispiel Krapfen-Sufganiyot. Während dieser acht Tage, in der Zeit, die aufs Wochenende fällt, treffen sich die Menschen, sie zünden gemeinsam Kerzen an und es wird an die Geschichte dieses Festes erinnert. Kinder bekommen zu diesem Fest kleine Geschenke oder das sogenannte Hanukkah-Geld. Einen Teil von diesem Geld sollen die Kinder denjenigen geben, die das Geld mehr brauchen als sie – die Kinder sollen so lernen, ärmeren Menschen jüdischer Herkunft zu helfen.

Wenn wir über das nächste jüdische Fest Pessach sprechen, müssen wir betonen, dass in unserer Diaspora dieses Fest zwei Tage lang gefeiert wird – im Mittelpunkt steht der Sederabend. Hier wird am ersten Tag an die Geschichte des Festes erinnert und das Buch Haggada wird den Kindern vorgelesen. Der zweite Tag wird dann in Gesellschaft gefeiert mit denselben Aktivitäten wie am ersten Tag. Es wird nichts gegessen, was aus gesäuertem Teig zubereitet wurde – kein Brot, keine Nudeln. Vor dem Fest wird der Haushalt von Krümeln gereinigt. An diesen Tagen wird eine Woche lang Mazzen gegessen, wir haben zum Beispiel zu Hause den sogenannten Mazzenbrei und die Mazzentorte. Im nächsten Jahr planen wir zu Pessach einen Sederabend mit einer Lesung zu diesem Fest und einer Verkostung der Pessach-Gerichte für die breite Košicer Öffentlichkeit, nicht nur für die jüdische.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Wie bereits erwähnt gibt es in Košice auch eine jüdische Frauenorganisation namens „Esther“. Was genau macht diese Organisation?

Jana Teššerová: Diese Organisation veranstaltet vor allem Lesungen und Treffen wie zum Beispiel Schabbat-Abende. Dafür nutzt sie auch Projektgelder des Slowakischen Kulturministeriums. Hauptziel dieser Organisation ist der Erhalt der jüdischen Traditionen und des Kulturerbes, das den Juden von ihren Vorfahren vermittelt wurde. Esther betreibt mit Projekten, Workshops und Vorlesungen

viel Aufklärung für das breite Publikum und macht die Öffentlichkeit mit der jüdischen Kultur bekannt. Sie bieten auch Konsultationen für Studenten und Doktoranden, die ihre Diplom- oder Doktorarbeiten zu Themen der jüdischen Kultur und Geschichte schreiben.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Wie sehen die Vortragsaktivitäten der jüdischen Gemeinde in Košice aus?

Jana Teššerová: Am 27. Januar 2019, am Tag der Opfer des Holocausts und der Rassengewalt, bereiten wir eine Vortragsreihe zur Erinnerung an die Holocaust-Überlebenden vor. Wir planen ein Treffen und eine Ausstellung von Bildern des Holocaust-Überlebenden und Hofzeichners von Dr. Mengele in Auschwitz, Ludovít Feld. Er gilt für uns als Symbol für alle, die in Auschwitz ermordet wurden. In der Synagoge in der Puskinova-Straße bieten wir immer in dem Monat, in dem ein jüdisches Fest stattfindet, Vorträge zu den einzelnen Festen an. Wir planen demnächst Vorträge zu Pessach und Purim. Ich selbst spreche in Mittelschulen und Gymnasien über das Judentum und den Holocaust, denn wir leben in einer Zeit, in der Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit wieder zunehmen. Jeden zweiten Sonntagnachmittag halte ich einen Vortrag zur Ausstellung von Ludovít Feld und zeige den Besuchern das Innere der Synagoge in der Puskinova-Straße. Diese Synagoge ist ein glanzvolles Werk des berühmten Architekten Ludovít Oelschläger. Auch bieten wir Vorträge über berühmte jüdische Persönlichkeiten in der Ostslowakei an.

JÜDISCHE RUNDSCHAU: Viele unserer Leser leben im fernen Deutschland. Aus Ihrer Region der Ostslowakei kommen weltberühmte jüdische Persönlichkeiten. Nennen Sie uns ein paar von ihnen?

Jana Teššerová: Hier in der Ostslowakei lebte der berühmte Rabbiner Emmanuel Ernten, und 1838 wurde in unserer Region der berühmte Porträtmaler Leopold Horowitz geboren. Er porträtierte den Wiener und Budapester Adel. Weitere berühmte Künstler waren

Imrich Emanuel Roth und der Graphiker Eugen Kron – der Gründer der Kaschauer Grafischschule. Aus der ostslowakischen Region, aus Humenné kommt der berühmte Komponist, Dirigent und Pianist Peter Breiner. Er lebt und wirkt zurzeit in New York. Ladislav Grosman, der Drehbuchautor des ersten slowakischen Films, der mit einem Oscar ausgezeichnet wurde, „Obchod na Korze“ von 1966, kommt auch aus unserer Region. In seinem Film wird die Tragödie der Juden in der Slowakei dargestellt. Seine Ehefrau Edita Grosman war im ersten Transport der tausend ledigen Mädchen, der am 25. März 1942 aus der Slowakei nach Auschwitz ging. Sie überlebte den Holocaust, lebt heute in Toronto und ist inzwischen 95 Jahre alt. Sehr berühmt ist der Fotograf Yuri Dojč ebenfalls aus Humenné, dessen Werke auch in einer privaten Galerie in Köln zu sehen sind. Er lebt zurzeit in Toronto. 2007 gab es hier von ihm eine Ausstellung von Fotos von Holocaust-Überlebenden. Der Schmerz in den Gesichtern der Fotografieren war sehr deutlich zu sehen, jeder von ihnen war psychisch tief verletzt.

PhDr. Jana Teššerová ist Vorstandmitglied der Jüdischen Gemeinde in Košice. Am 9. September 1941 kam in der Slowakei der Jüdische Kodex heraus, dessen antijüdische Gesetze noch schärfer waren als in Deutschland. Den Eltern von Jana Teššerová gelang es, sich in der ursprünglich deutschen Stadt in der Slowakei, in Kásmark – Kežmarok, vor den Nazis zu verstecken. Die katholische Familie Žihalových versteckte ihre Eltern auf ihrem Dachboden, die Mutter von Teššerová wog bei der Befreiung nur noch 32 Kilo. Bei jeder stressigen Situation in der Nachkriegszeit verlor sie die Sehkraft, die dann zum Glück wieder zurückkehrte. Nach der Wende war Jana Teššerová viele Jahre lang Direktorin des Gymnasiums in der Šrobárová-Straße in Košice. Als studierte Germanistin hält die 70-Jährige regelmäßig Vorträge auf Deutsch in der Ludovít-Feld-Galerie auf dem Gelände der Synagoge in der Puskinova-Straße in Košice.

Jesus war Jude – eine gern vergessene Tatsache

Jahrhundertlang hat ein Fest im katholischen Kalender daran erinnert, dass Jesus Sohn einer jüdischen Mutter war und als Jude beschnitten wurde.

Von Jan-Heiner Tück

Der Antisemitismus nimmt wieder zu. Gewiss, in den Hinterzimmern der extremen „Rechten“ waren judenfeindliche Überzeugungen nie ganz verstummt. Aber seit kurzem werden auch in der politischen Linken Stimmen lauter, die unter dem Mantel des Antizionismus und der Kritik am Staat Israel antisemitische Ideen verbreiten. Hinzu kommen neue Formen eines islamischen Antisemitismus – ein Problem, das durch Migranten aus dem arabischen Raum nicht geringer geworden ist.

Die katholische Kirche, die jahrhundertlang selbst antijüdische Denkweisen gefördert hat, sollte dazu nicht schweigen. Sie hat aus dem Schrecken der Schoah gelernt und ihr Verhältnis zum Judentum nach dem II. Vatikanischen Konzil auf eine neue Grundlage gestellt. Sie sucht seitdem nicht nur das Gespräch mit den „älteren Brüdern im Glauben“, sondern ist auch bestrebt, Schulter an Schulter tragfähige Allianzen zu bilden. Das Postulat der Erinnerungssolidarität mit den jüdischen Opfern, das der Theologe Johann Baptist Metz wiederholt angemahnt hat, ist nur dann glaubwürdig, wenn sich die Kirche praktisch für die heute bedrängten Juden einsetzt.

Zeichen des Bundes

Immer mehr Juden aber, ob gläubig oder nicht, fühlen sich mit dem Problem des zunehmenden Antisemitismus allein gelassen. Neben Solidaritätsbekundungen und Aufklärungsarbeit könnte die Kirche einen symbolischen Akt setzen, um ihrer Verbundenheit mit dem Judentum Ausdruck zu verleihen. Sie könnte ihren liturgischen Kalender ändern und ein Fest wiederbeleben, dessen Wurzeln ins 6. Jahrhundert zurückreichen und das bis 1969 am Neujahrstag gefeiert wurde: die Beschneidung des Herrn.

Ausgerechnet im Gefolge des Konzils, das eine kritische Aufarbeitung antijüdischer Spuren in Theologie und Gottesdienst gefordert hat, wurde dieses Fest abgeschafft. Und spontan könnte man meinen, die Liturgiereform habe einen alten Zopf abgeschnitten. Beschneidung Christi – das dürfte bei den meisten Gläubigen Achselzucken, wenn nicht Unverständnis hervorrufen. Doch bei näherem Hinsehen hat dieses Fest gerade für das Verhältnis zum Judentum eine zentrale Bedeutung.

Jesus von Nazareth war nicht Christ, sondern Jude. Er ist als Sohn einer jüdischen Mutter geboren und nach den Vorschriften des Gesetzes am achten Tag beschnitten worden. Schon der Apostel Paulus bezeichnet Jesus als „Diener der Beschneidung“ (Römer 15,8). Der Zusammenhang zwischen Altem und Neuem Bund, der von Markion über die Deutschen Christen bis in die populäre Jesus-Literatur heute immer wieder infrage gestellt wurde, findet im Ritus der Beschneidung symbolisch prägnanten Ausdruck. Das könnte neu ins allgemeine Bewusstsein gerückt werden.

Die Praxis der Beschneidung ist alt. Im Buch Genesis wird sie als Bundeszeichen eingesetzt. Dem Stammvater Abraham wird aufgetragen, alles männ-



Die „Beschneidung Christi“ von Friedrich Herlin, 1466

liche Fleisch zu beschneiden. „Das soll mein Bund an eurem Leibe sein“ (Genesis 17,9). Später wird das Bundeszeichen zur Voraussetzung für die Teilnahme am Kult. Bei den Propheten Israels, die zur geistlichen Umkehr aufrufen, ist metaphorisch auch von einer Beschneidung der Lippen und des Herzens die Rede.

Jüdische Identität

Feinde des Judentums haben die Praxis der Beschneidung immer wieder attackiert. Antiochus IV. Epiphanes untersagte das Ritual im 2. Jahrhundert v. Chr. Umgekehrt gab es assimilierungswillige Juden, die das Zeichen durch Operation zu kaschieren versuchten. Nach der Zerstörung des Zweiten Tempels durch die Römer im Jahre 70 n. Chr. galt die Beschneidung – neben der Einhaltung des Sabbats und der Speisevorschriften – als zentraler Ausdruck jüdischer Identität in der Diaspora. Spinoza, der selbst aus der Synagoge von Amsterdam ausgestoßen wurde, vermerkt im 17. Jahrhundert: „Ich halte dieses Zeichen für so wichtig, dass es meiner festen Überzeugung nach an sich schon genügt, um die gesonderte Existenz der Nation für immer zu behaupten.“

Tendenzen, die Beschneidung zu problematisieren oder als überholtes Relikt verächtlich zu machen, gab es immer wieder. Sie reichen bis in die Gegenwart, wie zuletzt die Debatte um das Beschneidungsurteil des Kölner Landgerichts aus dem Jahr 2012 gezeigt hat. Dieses hatte die Zirkumzision für strafbar erklärt. Die Richter machten das Recht auf körperliche Unversehrtheit und das Recht auf Selbstbestimmung geltend, um der Beschneidung minderjähriger Knaben eine juristische Grenze zu ziehen.

Der Fall führte zu heftigen Auseinandersetzungen darüber, wie eine säkulare Rechtskultur mit der überlieferten Ritualpraxis in Judentum und Islam zusammenzubringen sei. Religionssensible Stimmen zeigten sich alarmiert, dass

ausgerechnet das Land, das unter Hitler die Vernichtung der Juden betrieben hatte, nun die Beschneidung, das uralte Zeichen jüdischer Identität, verbieten wollte. Die abschätzigen Kommentare, die sich nach dem Urteil in den sozialen Netzwerken breit machten, haben den Basler Religionshistoriker Alfred Bodenheimer veranlasst, einen Essay mit dem aufrüttelnd doppeldeutigen Titel „Haut ab!“ zu veröffentlichen.

Der Name Jesus

Die theologische Akzentuierung der Beschneidung Christi steht gegen Tendenzen, die das Christentum vom Judentum abrücken wollen. Ganz selbstverständlich erzählt das Lukasevangelium, dass Johannes der Täufer und Jesus beschnitten wurden. Die Beschneidungspraxis wird erst zum Konfliktthema bei der Frage, wie mit Nichtjuden umzugehen ist, die zum Glauben an Christus kommen. Der Apostelkonzil beschließt im Jahr 48 n. Chr., ihnen Beschneidung und Speisevorschriften nicht aufzuerlegen. Das öffnet der Evangelisierung der Völker die Tür. Die Taufe tritt an die Stelle der Beschneidung und wird zum Zeichen christlicher Initiation. Das unauslöschliche Siegel wird ins Geistige transponiert.

In den Debatten um die Deutung der Inkarnation betonten Theologen die Beschneidung, um die unverkürzte Menschheit Jesu auszusagen. Thomas von Aquin stellt in seiner theologischen Summe heraus, die Beschneidung sei aus Gesetzesgehorsam erfolgt. Sie zeige überdies, dass der Erlöser keinen Scheinleib gehabt habe. In der kirchlichen Liturgie haben die Beschneidung des Herrn und die Namensgebung Jesu lange feste Erinnerungsorte gehabt.

Nicht Hoheitstitel wie „Sohn Gottes“ oder „Herr“ wurden hier memoriert, sondern der einfache Name Jesus, dem die Semantik der Rettung eingeschrieben ist. Die in der modernen Theologie übliche Rede vom „absoluten Heilbringer“ und „universalen Erlöser“ erhält

durch das Gedenken der Beschneidung und des Namens Jesu ein Korrektiv. Gegenüber spekulativen Christus-Lehren wird an die soziohistorische Herkunft des galiläischen Juden erinnert.

Ein ökumenisches Signal

Dieses Erinnerungskorrektiv ist 1969 gestrichen und durch das altrömische Fest der Gottesmutter Maria ersetzt worden. Nun ist die katholische Kirche für ihren Marienkult bekannt. Er reicht bis in die Antike zurück und hat vor allem in Zeiten der Gegenreformation starke Blüten hervorgetrieben. Die wichtige Differenz zwischen Anbetung, die allein Gott zukommt, und Verehrung, die Maria und den Heiligen erwiesen werden kann, wurde in der Volksfrömmigkeit häufig verwischt.

Der liturgische Kalender kennt über ein Dutzend Marienfeste: das Hochfest der Gottesmutter (1. Januar), Mariä Aufnahme in den Himmel (15. August) und Mariä unbefleckte Empfängnis (8. Dezember) sind nur die bekanntesten. Vor kurzem hat Papst Franziskus das Fest „Maria, Mutter der Kirche“ eingeführt, als sei das marianische Symbolkapital im kirchlichen Kalender noch weiter aufstockungsbedürftig. Bei dieser Häufung an Marienfesten würde die Kirche nichts verlieren, aber einiges gewinnen, wenn sie das Hochfest der Gottesmutter zur Disposition stellen und die Gedenktage der Beschneidung des Herrn und des heiligen Namens wieder einführen oder – besser noch – miteinander verbinden würde.

Zunächst wäre das ein ökumenisches Signal. Die katholische Kirche würde wieder anschließen an die Praxis des Ostens und der Reformationskirchen, die das Fest der Beschneidung immer beibehalten haben. Es wäre ein Zeichen des Respekts und der Erinnerung an die jüdische Identität Jesu, die nicht geschichtsvergessen überspielt werden darf. Schließlich wäre die Wiedereinführung ein demonstrativer Akt der Solidarität mit den Juden heute, denen in Zeiten eines erstarkenden Antisemitismus auch und gerade durch Christen der Rücken zu stärken ist.

Bei seinem Besuch der Synagoge von Rom im Jahr 2016 wurde Papst Franziskus von einem älteren Rabbiner gefragt, ob er das Fest der Beschneidung des Herrn nicht wieder einführen wolle. „Eine gute Idee“, erwiderte der Pontifex. Ob diesem Wort Taten folgen werden? Und wann wäre die Gelegenheit passender, als fünfzig Jahre nach der Liturgiereform, um die Lücke in der kirchlichen Gedenkkultur wieder zu schließen?

Zuerst erschienen in der „Neuen Züricher Zeitung“

Jan-Heiner Tück lehrt als Professor am Institut für Systematische Theologie der katholisch-theologischen Fakultät der Universität Wien.

„Das SS-Ahnenerbe und die ‚Straßburger Schädelammlung‘ – Fritz Bauers letzter Fall“

Rezension des neuen Buches von Julien Reitzenstein zu den Skelett-Forschungen im Auftrag Heinrich Himmlers

Von Dr. Nikoline Hansen

Gelegentlich ist es notwendig, andere Fragen zu stellen und auch bekannte historische Narrative aus einer anderen Perspektive zu betrachten, um ein von der gängigen Erzählung abweichendes, aber enger an die historische Wahrheit angenähertes Bild zu erhalten. Gerade dann, wenn die Geschichte kompliziert und unbeliebt ist, so wie das in Deutschland für die Zeit des nationalsozialistischen Unrechtsregimes der Fall ist, und daher leicht durch eingängige Schuldzuweisungen oder Exculpation in entlastenden Aussagen vor Gericht eine kollektive Deformation erleidet. Eine derart andere Betrachtungsweise hat Julien Reitzenstein mit seinem Buch „Das SS-Ahnenerbe und die ‚Straßburger Schädelammlung‘ – Fritz Bauers letzter Fall“ jetzt vorgelegt und setzt damit eine unbequeme Tradition fort, die sich quasi durch das Denken gegen das Establishment auszeichnet. Um was geht es?

„Bruno Beger hat mit Ausnahme der Internierung und einer kurzen Untersuchungshaft nie eine Bestrafung für seine Mitgliedschaft in der SS und sein dortiges rassenideologisches Wirken erfahren. Ebenso wenig wurde er für das Erlangen von Karrierevorteilen, die einzig auf dem Missbrauch von Gefangenen beruhten – Juden und Angehörige der Roten Armee –, bestraft. Bruno Beger starb am 12. Oktober 2009 98-jährig in Königstein (Taunus) bei Frankfurt.“ Die Untersuchungshaft hatte Beger den Ermittlungen des Staatsanwalts Fritz Bauer zu verdanken, der zuvor schon die „Auschwitz-Prozesse“ ins Rollen gebracht hatte. Um so frustrierender muss es für die Ermittler gewesen sein, dass das Landgericht Frankfurt die verbliebene Reststrafe Begers am 13. Mai 1974 zur Bewährung aussetzte. Das Verfahren hatte nach den Prinzipien des Rechtsstaates im Zweifel für den Angeklagten entschieden – eine federführende Beteiligung an der Ermordung der wohl für eine Schädelammlung vorgesehenen Menschen ließ sich damals nicht zweifelsfrei nachweisen. Dass Beger nach der durch Julien Reitzenstein akribisch dokumentierten Aktenlage sehr viel stärker mit dem SS-Ahnenerbe und der Straßburger Schädelammlung verbunden war, als es der Prozess damals beweisen konnte, erschließt sich aus den im vorliegenden Buch angeführten Dokumenten und dargestellten Zusammenhängen, wobei auch die psychologischen Aspekte der Motivation von Zeugenaussagen in die Betrachtungen einfließen.

Julien Reitzenstein ist promovierter Historiker mit den Forschungsschwerpunkten der Geschichte der SS, insbesondere des „Ahnenerbes“ sowie der Wirtschafts-, Wissenschafts- und Technikgeschichte. Er betreibt Provenienzforschung 1933-1945 sowie 1945-1949 und hat sich darüber hinaus weiter zum Forensischen Historiker spezialisiert – ein Fachgebiet, zu dem neben den Geschichtswissenschaften die Forensik und die Rechtswissenschaften gehören.



Die Wissenschaft soll der Ideologie folgen

Das vorliegende Buch ist unkonventionell aufgebaut und daher auch nicht eingängig als Ganzes zu lesen, zeichnet sich aber auch in den – wie dem Vorwort zu entnehmen ist gewollten – Wiederholungen durch genaue Aufarbeitung und konsequente Betrachtung der gewählten Perspektiven aus. Wem derartiges eine Zumutung erscheint, dem sei empfohlen, mit dem chronologischen Ablauf am Ende zu beginnen. Hier fallen Dinge zusammen – oder auseinander, wenn man anhand der einzelnen geschilderten Abläufe zu der Erkenntnis gelangen kann, dass auch bei den Nationalsozialisten nicht alles geordnet verlief, sondern man eigentlich eher den Eindruck gewinnen muss, dass es sich bei der „Forschungsstelle Ahnenerbe“ um chaotische Versuche handelte, ideologisch motivierte Ideen wissenschaftlich zu belegen. So fehlt es mal an einem gültigen Reisepass oder überhaupt an koordinierter Planung, was die Präparation der Leichen der „Häftlinge“ betraf, der zur Untermauerung rassistischer Thesen ausgewählten Menschen, die im Sommer 1943 aus Auschwitz hatten beschafft werden können, um dann

in Natzweiler doch vorschnell in einer eilends für diesen Zweck gefertigten Kammer vergast zu werden.

Das schlechte Gewissen war noch nicht ganz abgestorben

Diese pseudowissenschaftlichen Untersuchungen, die von höchster Stelle unterstützt wurden, konnten dementsprechend zu keinem in irgendeiner Art und Weise verwertbaren Abschluss gebracht werden. Dass sich die Verantwortlichen allerdings der Tatsache bewusst waren, dass ihr Vorgehen ein Verbrechen war, zeigt die am Ende angeordnete Vernichtung der Unterlagen, die die Untersuchung und Rekonstruktion der Vorgänge erheblich erschwerte, da oft auf Zeugenaussagen zurückgegriffen werden musste – etwa während der Nürnberger Ärzteprozesse, die dazu beitragen konnten, insbesondere noch lebende Protagonisten zu entlasten und die Verantwortung auf einige Haupttäter zu konzentrieren. Dabei gelingt es auch, nachweislich falsche Darstellungen zu widerlegen.

Trotz der umfangreichen Aktenvernichtungen sind etwa Diensttagebücher, aber auch einschlägige Korrespondenz für die forschende Nachwelt

erhalten geblieben. Ein guter Teil des umfangreichen Buches besteht aus derartigem Material, das der Autor in logische Kontexte setzt und kommentiert. So zitiert Reitzenstein aus einem Brief eines Verantwortlichen vom 5. September 1944 und kommt daraufhin zu dem offensichtlichen Schluss:

„Dieses Schreiben Sievers zeigt, dass dieser versuchte, Himmler zu verschleiern, dass die befohlenen Arbeiten nur rudimentär ausgeführt worden waren. Ob 80 nun eine konkrete Zahl ist oder eine Rundung, muss dahingestellt bleiben. Bei nahezu allen Opfern war 13 Monate nach den Morden mit der Skelettierung noch nicht begonnen worden, dennoch wird die Ansammlung von Leichen als ‚Skelettsammlung‘ bezeichnet. Der als einziger genannte Grund für die Verzögerung sind offenbar die fehlenden Abformungen gewesen. Diese waren jedoch das Fachgebiet der Anthropologen um Beger, die parallel in Kriegsgefangenenlagern Köpfe von Innerasiaten abformten. Die aus Begers fachlicher Sicht bestehende Notwendigkeit, hinsichtlich einiger anthropologischer Fragestellungen zu verwertbaren Ergebnissen zu gelangen, setzte jedoch nicht die Abformung des Schädels des lebenden Probanden voraus, sondern die Präparation des Schädels nach dem Ableben.“ (389)

Ein zentrales Anliegen des Autors ist es, den Nummern die Namen zurückzugeben – so ist das Buch den 115 Opfern gewidmet, die diesem beispiellosen Verbrechen zum Opfer fielen und deren Biografien lückenhaft blieben. Denn:

„Dies liegt vor allem darin begründet, dass man sich in der Nachkriegszeit – wenn überhaupt – vor allem mit den Tätern befasste und die Opfer, sofern eine Beschäftigung mit ihnen stattfand, in erster Linie als Opfer gesehen wurden, nicht jedoch als Individuum mit eigener Biografie. Dieses Verblässen der Menschen, die die Opfer waren, steht in einer Reihe mit der Behandlung durch die Täter“ (406/7).

In diesem Sinne, schreibt der Autor, „ist es geboten, dass die Angehörigen nicht nur erfahren, wo und wie ihre Verstorbenen ermordet wurden – sondern auch von wem und mit welchem Motiv. Diese Absicht hat zu dem vorliegenden Buch geführt, das den Opfern und ihren Angehörigen gewidmet ist.“ (435)

Das umfangreiche und multiperspektivisch verfasste Buch, das nach einer kurzen Einführung in den Rahmen des Verbrechens die Biografien der beteiligten Akteure rekonstruiert, um sich dann nach einer chronologischen Schilderung der historisch belegbaren Vorgänge an die Ereignisrekonstruktion zu wagen kann, aufbauend unter anderem auf den Arbeiten von Michael H. Kater, Hans-Joachim Lang und Dr. Bettina Stangneth, als Standardwerk zur Aufklärung eines nationalsozialistischen Verbrechens beitragen, das vor über 70 Jahren begangen wurde.

Reitzenstein, Julien: Das SS-Ahnenerbe und die „Straßburger Schädelammlung“ – Fritz Bauers letzter Fall
Duncker & Humblot Berlin Zeitgeschichtliche Forschungen (ZGF), Band 522018. 48 Abb., 495 S.
ISBN 978-3-428-15313-8
EUR 69,90

Zur Befreiung von Auschwitz am 27. Januar 1945

Der „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“ erinnert an das schrecklichste Todeslager der Nazis

Von Tina Adcock

Auschwitz, ein Wort, ein Synonym, eine Metapher des Todes und das wohl dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte. Am 27. Januar 2019 jährt sich der Tag der Befreiung zum 74. Mal, und doch wird es einem nie leichter ums Herz, denn Freude und Leid liegen an diesem Datum nah beieinander. Freude – ob der Befreiung der Lagerinsassen und Überlebenden durch die Rote Armee, Leid – bei dem Gedanken an all die Menschen, die ihr Leben verloren – Männer, Frauen und Kinder – deren einziges Verbrechen war Juden, Sinti und Roma, Homosexuelle, Kommunisten, Kriegsgefangene uvm. zu sein, was nicht mit dem nationalsozialistischen Regime „vereinbar“ war.

Die ersten Häftlinge kamen aus Sachsenhausen

Rudolf Höß erreichte am 30. April 1940 ein ehrgeiziges Ziel, nämlich im Alter von 39 Jahren zum Kommandanten eines der ersten deutschen Konzentrationslager im Osten zu werden. Jedoch gab es noch keinen Lagerkomplex im eigentlichen Sinne, sondern nur verwahrloste ehemals polnische Kasernen. Ehemalige Häftlinge sollten sich an ihn als einen Mann erinnern, der ruhig und beherrscht war, ein Mensch, an dem man täglich vorbeigeht, ohne etwas Spezielles wahrzunehmen. Dies steht im Gegensatz zu dem Bild, das man im Kopf hat, wenn man an eine Person denkt, die eine der größten Mordindustrien der Menschheit leitete. Hannah Arendt würde wohl auch in ihm die „Banalität des Bösen“ erkennen. Die ersten Gefangenen kamen im Juni 1940 im Lager an, und waren nicht etwa Polen, sondern 30, als kriminell eingestufte Gefangene aus dem Konzentrationslager Sachsenhausen. Ihre Aufgabe bestand darin den eigentlichen Lagerkomplex zu errichten.

Neben den Gefangenen gab es, wie in den meisten anderen Lagern, Kapos, deren Aufgabe es war die anderen Häftlinge zu bewachen und zu organisieren. Diese waren ebenfalls Gefangene, jedoch waren sie meist deutscher Herkunft, definitiv nicht jüdisch und sie unterstanden den Wachmannschaften der SS. Für ihre Dienste bekamen sie bestimmte Sonderbehandlungen, wie besseres Essen und sogar Bordell-Besuche, in dem ebenfalls Insassinnen arbeiten mussten. Einer der berüchtigten und grausamsten Kapos von Auschwitz war Ernst Krankemann. Er war mit der zweiten Welle von deutschen Kriminellen am 29. August 1940 aus Sachsenhausen gekommen. Ein ehemaliger Häftling berichtete, dass Krankemann gern auf der Walze saß, mit dem die Häftlinge den Appellplatz ebneten. Da die Walze so schwer war, mussten 20-25 Männer sie ziehen. Währenddessen schlug der Kapo mit einer Peitsche auf sie ein und rief „Schneller, ihr Hunde“. Als am Abend einer von ihnen zusammenbrach und nicht mehr aufstehen konnte, zwang Krankemann die Häftlinge die riesige Walze über den am Boden liegenden Häftling zu rollen. Die SS-Männer waren bei solchen Aktionen keine gleichgültigen Zuschauer, sondern ermunterten vielmehr zu solchen Taten.

Block 11

Nicht nur die Lagerinsassen, auch die Gebäude im Lagerkomplex selbst hatten jeweils ihre eigene Aufgabe. So war der sogenannte Block 11 berüchtigt für Folter und



Eine Besucherin betrachtet ein Bild von KZ-Häftlingen

Mord. Eine vor allem im Winter angewendete Foltermethode war die, den Kopf eines Häftlings direkt über einen der Koksöfen zu halten, um ihn zu einer Aussage zu zwingen. Ein Überlebender berichtet: „Das Gesicht war dann völlig verbrannt ... Dieser Mensch war völlig verbrannt, er hatte ausgebrannte Augen und er konnte nicht sterben ... Die Angehörigen der Politischen Abteilung brauchten ihn noch, sie kamen deshalb täglich [...]“ Um das Lager herum siedelten sich Firmen an, die teilweise auch heute noch bestehen, so zum Beispiel I. G. Farben und Siemens. Sie nutzten die Häftlinge als Arbeiter für ihre Fabriken. Ebenfalls war I. G. Farben in derjenigen Beteiligungsgesellschaft involviert, die das Schädlingsbekämpfungsmittel Zyklon B herstellte, mit dem Juden in den Gaskammern vergast wurden. Die Firma wusste nachweislich von der Nutzung. Fluchtversuche waren in Auschwitz eine Seltenheit. Im Jahr 1940 versuchten es zwei Häftlinge, 1941 stieg die Zahl dann auf 17 an und dann auf 173 im Jahr 1942, 295 in 1943, 312 in 1944. Die Strategie zur Eindämmung dieser Versuche lag in brutaler Vergeltung. Die Verwandten des Geflüchteten wurden in den Keller von Block 11 gesperrt, in dem man sie verhungern ließ. Im Jahr 1941 wurde mittels eines Erlasses, Hunderte von Kilometern entfernt, beschlossen, Häftlinge gezielt durch Vergasung zu töten. Diese schreckliche Aktion hatte seine Wurzeln in einem Führererlass aus dem Jahre 1939, in dem es Ärzten erlaubt wurde, geistesranke und körperbehinderte Menschen zu töten. Dies geschah von Oktober 1939 - Mai 1940 mittels Gaskammern auf Rädern.

Mobile Gaskammern

Das Euthanasieprogramm wurde schlussendlich im Jahr 1941 auf bestimmte Konzentrationslager ausgeweitet – am 28. Juli sollte es Auschwitz erreichen. In den Aufzeichnungen von Rudolf Höß ist über die sogenannten mobilen Gaskammern folgendes zu finden: „Bei dem Besuch von Kulmhof sah ich auch die dortige Vernichtungsanlage mit den Lastwagen,

die zur Tötung durch die Motorenabgase hergerichtet waren. Der dortige Kommandoführer bezeichnete aber die Art als sehr unzuverlässig, da das Gas sehr unregelmäßig sich bilde und oft zur Tötung gar nicht ausreichte.“ Aus diesem Grund wurde der gefürchtete Block 11 zur ersten Gaskammer von Auschwitz umgebaut und man begann Zyklon B, das Insektenvertilgungsmittel einzusetzen. Mit dem einfachen Einschütten der Kristalle des Mittels vereinfachte es den Mordvorgang. Höß schrieb, dass er „erleichtert“ gewesen wäre somit kein Blutbad anrichten zu müssen, er sollte sich täuschen. Die Schreie der Todgeweihten aus den Gaskammern machten den SS-Männern zu schaffen und so wurden Methoden, wie das Laufenlassen von Motorrädern eingeführt, um die Schreie zu übertönen – was aber nie zur Gänze funktionierte.

Birkenau

Im Jahr 1941 wurde das zweite Lager „Birkenau“ erbaut. Die Pläne zeigen, dass von Anfang an geplant war die Unterkünfte stark zu überfüllen und somit menschenwürdiges Leben nahezu unmöglich zu gestalten. Je Block sollten 744 Häftlinge aufgenommen werden – ein Viertel von dem, was Häftlingen in Deutschland zugestanden wurde. Auch hier mussten Häftlinge das Lager wieder selbst errichten. Eine neue „Herausforderung“ stellte sich der Verwaltung mit den wachsenden Häftlingszahlen und dem industriellen Töten – wie sollte man all die Todesfälle in einem Sterbebuch erklären? Die Lösung war so einfach wie grausam, man dachte sich Sterbegründe wie Herzinfarkte u.ä. einfach aus. Im neuen Lager wurden Gaskammern gebaut, eine davon wurde das „rote Häuschen“ genannt, indem 800 Menschen gleichzeitig vergast werden konnten. Hinzu kam das „weiße Häuschen“, was ein Fassungsvermögen von 1.200 Personen aufwies. Später wurden mehr und vor allem größere Kammern gebaut, mit angeschlossenen Krematorien, um die Kapazitäten zu erhöhen – Auschwitz, die Mordindustrie.

Neben den sadistischen Folterungen, unmenschlichen Arbeitseinsätzen und Tötungen gab es auch Mediziner, die ihren Hypokratischen Eid vergaßen, und im Namen des Führers Experimente an den Gefangenen vornahmen. So zum Beispiel Zwangssterilisationen, Amputationen oder die berüchtigte Zwillingsforschung des Dr. Mengele, bei der unter anderem beiden Opfern eine tödliche Injektion verabreicht und zugesehen wurde, wer wie genau und zuerst starb. Als die Rote Armee näherrückte, wurde eine behelfsmäßige Räumung des Lagers vorgenommen, bis auf diejenigen Insassen, die zu schwach waren. Am 20. Januar 1945 traf der Befehl von SS-Obergruppenführer Heinrich Schmausen ein, alle zu töten, die noch im Lager waren. In den folgenden sieben Tagen wurden rund 700 Menschen von einem Sonderkommando der SS ermordet, knapp 800 entkamen den Klauen des Todes jedoch durch das schnelle Vorrücken der Roten Armee.

Viele Deutsche fragen sich heute „Warum noch darüber reden? Das war ein anderes Deutschland, das waren nicht wir!“. Richtig, doch erinnern an die Schoah, an den Tod von über 6 Millionen Juden ist wichtig. Denn nur durch Erinnerung können wir zumindest versuchen zu vermeiden, dass sich solch eine Tragödie wiederholt. Niemandem wird die Schuld der Großväter auferlegt, aber die Verantwortung dafür zu sorgen, dass dies nie wieder geschehen kann, dass niemand mehr seinen Nachbarn, Freund oder Kollegen, mit dem er noch vor ein paar Tagen zusammensaß und plauderte, am nächsten Tag verraten kann und in Kauf nimmt, diesen in seinen sicheren Tod zu schicken.

George Santayana sagte einmal: „Wer sich nicht an die Vergangenheit erinnern kann, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen.“ Erinnerungskultur ist wichtig und so lasst uns alle der Opfer der Schoah gedenken und dem Tag, an dem die größte Tötungsmaschinerie ihre Mühlen stoppte und „Am Israel Chai“ rufen!

Tod eines jüdischen Helden

Am 22. Dezember starb Szymon Rathajzer (Simcha Rotem) im Alter von 94 Jahren in Jerusalem. Bekannt unter seinem Kriegsnamen Kazik, war er einer der beiden letzten Überlebenden des jüdischen Aufstandes im Warschauer Ghetto von 1943.

Von Oliver Vrankovic

Simcha „Kazik“ Rotem war der letzte Überlebende der jüdischen Widerstandskämpfer aus dem Warschauer Ghetto. Er starb am 22. Dezember 2018 im Alter von 94 Jahren.

Der Leiter von Yad Vashem betrauerte den „Verlust eines besonderen Charakters, da Rotem in jeder Hinsicht ein wahrer Kämpfer war“.

Im Jahr 2013 wurde Kazik zum 70. Jahrestag des Aufstands im Warschauer Ghetto am Monument der Ghetto-Helden geehrt.

Am Tag nach dem Tode Rotems erinnerte Bildungsminister Bennett während der wöchentlichen Kabinettsitzung daran, dass der Holocaust auch große Helden hervorgebracht hatte.

Einat Wilf von der Arbeiterpartei, eine enge Freundin von Rotem, sagte über den Ghettokämpfer: „Wir verwenden oft das Wort Held, aber manchmal gibt es wahre Helden – und Kazik war einer von ihnen.“

Wilfs Mutter, die Drehbuchautorin Miri Wilf, hat Rotem jahrelang für einen noch nicht veröffentlichten Spielfilm interviewt. Im Interview sagt Rotem, dass die im Ghetto verbliebenen Juden wussten, dass die Deutschen sie ermorden würden, und beschlossen hätten, sich bis zum letzten Mann zu widersetzen.

Der 1924 in Warschau als Szymon Rathajzer geborene Rotem beschreibt in seinen Memoiren „Kazik – Erinnerungen eines Ghettokämpfers“, wie deutsche Bomben beim Ausbruch des Zweiten Weltkriegs das Haus seiner Familie zerstörten und seinen Bruder, seine Großeltern, seine Tante und seinen Onkel töteten. Er und seine Mutter wurden verletzt. Rotem wurde von seiner Mutter nach Klwow bei Radom geschickt, wo er Mitte 1942 zum ersten Mal zusehen musste, wie ein Deutscher einen Juden umbrachte. Rotem kehrte nach Warschau zurück, wo er sich den Untergrundkämpfern unter der Führung von Mordechai Anilewicz anschloss.

In einem Interview mit Yad VaShem erinnerte sich Rotem, dass die Bewohner des Ghettos wussten, dass etwas geschehen würde, aber sich die totale Vernichtung eines ganzen Ghettos Mitte des 20. Jahrhunderts im Herzen Europas nicht vorstellen konnten.

Simcha „Kazik“ Rotem war einer Zehnergruppe von Männern und Frauen unter dem Kommando von Hanoch Guttman im Areal der Bürstenmacherwerkstätten zugeteilt, wo unter dem Tor ein Tunnel gegraben und darin Sprengstoff deponiert wurde.

Am 19. April, dem Vorabend des Passahfestes, rückten die Deutschen an, um das Ghetto zu liquidieren. Rotem schreibt in seinen Memoiren: „Sie marschierten, endlos. Nach ihnen kamen Panzer, Panzerwagen, leichte Artillerie und hunderte Männer der Waffen-SS auf Motorrädern. [...] Plötzlich spürte ich wie schwach wir waren. Wer waren wir, was galt unsere Widerstandskraft gegen Panzer und Panzerwagen? Wir hatten nur Pistolen und Handgranaten. Trotzdem blieb mein Kampfgeist uner-



Simcha Rotem 2013 bei einer Gedenkfeier in Warschau

schüttert. Endlich kam die Zeit mit ihnen abzurechnen.“

Im zentralen Ghetto trafen die Deutschen auf erbitterten Widerstand und Berichte über Erfolge der Aufständischen motivierten die Kämpfer auf dem Bürstenmacherareal.

Von seinem Beobachtungsposten sah Rotem am Tag nach dem Ausbruch des Aufstandes im zentralen Ghetto, wie sich eine SS-Einheit dem Bürstenmacherort näherte. Guttman kam hinzu, wartete den besten Augenblick ab und zündete den Sprengstoff.

Kazik im Interview mit Yad VaShem: „Ich war nach der massiven Explosion mit dem Anblick zerschlagener Gliedmaßen und deutscher Körper in der Luft geschockt. Dieses deutsche Volk, das Europa erobert und vor den Toren Moskaus geklopft hatte - dies war kein Schauspiel, an das wir gewöhnt waren, und sicherlich nicht in einem Ghetto. Juden töteten Deutsche. Es war etwas Außergewöhnliches... Ich war tatsächlich einige Zeit gelähmt, als die Deutschen vor dem Chaos davonliefen. Bis zu diesem Zeitpunkt waren wir jahre-

lang daran gewöhnt, dass Juden um ihr Leben rannten [...] Es war das erste Mal seit dem Ausbruch des Krieges, dass die Deutschen flüchteten.“

Die Aufständischen begannen, auf die Deutschen zu schießen und sie mit Molotow-Cocktails zu bewerfen, worauf einige Deutsche in Flammen aufgingen.

„Rotem half mit 19 Jahren den Warschauer Ghetto-Aufstand anzuführen“, erinnert Einat Wilf. „Oft vergessen wir, dass diese Kämpfer Kinder waren. Einige von ihnen waren im Alter von zehn oder Anfang 20. Er war 19 und er wurde 94 Jahre alt. Mit seinem Tod haben wir wirklich das Ende einer Ära erreicht.“

Der Straßenkampf dauerte 5 Tage. In dieser Zeit hatten die Juden in der Nacht die Macht im Ghetto erlangt und das Gefühl des Mutes sich zu wehren. Mordechai Anilewicz schrieb in seinem letzten Brief vom 23. April: „Was wir durchgemacht haben, lässt sich unmöglich mit Worten ausdrücken. Wir sind uns darüber klar, dass das Geschehene unsere kühnsten Träume übertrifft. Die

Deutschen waren zweimal genötigt, aus dem Ghetto zu flüchten.“

Dann aber begannen die Deutschen das Ghetto abzubrennen. Es gab keine direkten Konfrontationen mehr und die Widerstandskämpfer und verbliebenen Bewohner des Ghettos mussten sich in den stickigen und heißen Bunkern verstecken. In „Kazik – Erinnerungen eines Ghettokämpfers“ ist die Feuerhölle sehr eindrücklich beschrieben.

Eine der wichtigsten Missionen von Rotem war es, Kontakt mit Anilewicz' Stellvertreter Antek Zuckermann aufzunehmen, der als Verbindungsmann zum polnischen Widerstand auf der nicht-jüdischen Seite diente, und einen Weg zu finden, die letzten Juden aus dem brennenden Warschauer Ghetto zu schmuggeln. Kazik fand einen Tunnel, der das Ghetto mit der Außenwelt verband. Wie sich später herausstellte, war er von Mitgliedern der Betar-Bewegung gegraben worden. Als Kazik schließlich durch den Tunnel auf die andere Seite gelangt war, wurde der Durchgang von den Deutschen entdeckt und bewacht.

Zwei Kanalarbeiter, gegenüber denen sich Kazik als Mitglied des polnischen Untergrunds ausgab, zeigten Kazik einen Weg durch die Kanalisation ins Ghetto. Alle paar Meter mussten sie rechts oder links abbiegen und manchmal kriechen, um durch sie hindurchzukommen. Als sie deutsche Soldaten oben hörten, wollten die Kanalarbeiter zurückkehren, doch Rotem bedrohte sie mit einer Waffe und zwang sie weiter, bis sie das Ghetto erreichten.

Als Rotem aus dem Kanal kam, sah er das Ghetto leer und die Gebäude niedergebrannt. Die meisten seiner Mitstreiter waren tot. Rotem gelang es Dutzende Kämpfer, die noch am Leben waren, zu retten.

Im Jahr 2010 errichtete die polnische Regierung ein Denkmal in der Prosta-Straße, wo Kazik mit den Kämpfern, die er aus dem Ghetto geführt hatte, aus der Kanalisation gestiegen war.

Im Frühling 1944 wurde Rotem in einer Untergrundwohnung von Antek Zuckermann gedrängt, seine Erinnerungen aufzuschreiben. Die überlebenden Ghettokämpfer beteiligten sich im August 1944 am polnischen Aufstand in Warschau.

Nach dem Krieg diente Rotem bei der Fluchthilfe Bricha, die Juden, die den Krieg überlebt hatten, illegal in das vom britischen Mandat kontrollierte Palästina geschleust hat.

Premierminister Netanjahu drückte seine Trauer über den Verlust des Mannes aus, der „die Nazis bekämpfte, Juden rettete, nach dem Holocaust Aliyah machte und vielen Israelis seine Geschichte vom Heldentum erzählte.“

Anfang der 80er Jahre, wieder von Antek Zuckermann gedrängt, ergänzte Rotem seinen Bericht um einige schmerzhaftere Erinnerungen. 1984 wurde das absolut lesenswerte Buch „Kazik – Erinnerungen einer Ghettokämpfers“ veröffentlicht.

Gegenüber Miri Wilf sagte Rotem: „Wenn wir eine Welt wollen, in der Juden nicht massakriert werden, müssen wir verdammt sicher sein, dass diejenigen, die Juden töten, dafür den höchsten Preis zahlen.“

„Der ewige Jude am Ziel“ (erster Teil)

Der französische Journalist Albert Londres dokumentierte 1929 in seinem weitgehend vergessenen Buch in einzigartiger Art und Weise das Leben der Juden in Europa

von Michelle Wolf
(www.audiatour-online.ch)

Die Epoche um die Jahrhundertwende bietet eine spannende und vielfältige Palette an Entwicklungen in der jüdischen Welt. Auf der einen Seite assimilierten sich die westlichen Juden; gleichzeitig entstand der politische Zionismus; in Palästina eskalierte die politische Situation langsam aber sicher; und vom orthodoxen Leben der osteuropäischen Juden wissen wir nur aus fachspezifischen Quellen oder Erzählungen. Doch es gibt ein Buch, ein großartiges, relativ unbekanntes Buch, welches aus diesem Flickenteppich der Erinnerungen ein Gesamtbild zeichnet: „Der ewige Jude am Ziel“ (Original: „Le Juif errant est arrivé“, auf English: „The Wandering Jew Has Arrived“).

Das Werk wurde 1930 von dem französischen Journalisten Albert Londres verfasst. Dieser begab sich 1929 auf eine Reise um die Welt der Juden, in der er deren Schicksal in allen Formen erleben und verstehen wollte, nicht zuletzt, um seine französischen Mitbürger aufzuklären. Dafür begann er in London, nahm seinen Verlauf in weiten, intensiven Flächen Osteuropas und landete schließlich im damaligen britischen Mandat von Palästina. Das Außergewöhnliche an seiner Erzählung ist, dass er sich an keinerlei Propagandazwecken bediente, sondern empirische und gerechte Urteile fällte. Diese couragierte Vernunft spiegelt sich auch in anderen Reporten des universellen Ermittlers wieder: er reiste zuvor nach China, um den dort herrschenden Bürgerkrieg aufzuzeichnen, oder machte auf Sachverhalte wie den argentinischen Mädchenhandel aufmerksam. Er ging stets dorthin, wo kein anderer leicht hinkam; und so sehr der Journalist Unrecht und Grausamkeit verurteilte, so präzise und authentisch berichtete er darüber. Das wird sich auch in „Der ewige Jude am Ziel“ zeigen, denn neben den bekannten Fakten und jüdischen Lebensstilen erlebte er brutale und erschauernde Szenen, die in ihrem wahren Ausmaß an Not nicht unbedingt zu der Geschichtserzählung dazugehören. Doch der erste Teil dieser Nacherzählung beginnt optimistisch:

Das Herz von Israel schlägt auch in London

1929 befindet Londres sich auf einer Fähre in Richtung des Geburtslandes der Aufklärung: England; das Land, das den Juden 11 Jahre zuvor das Recht auf Rückkehr ins Heilige Land zugesagt hatte. Auf seiner Schiffsreise setzt er sich gegenüber einer „bizarren Figur“, komplett in schwarz gekleidet, mit eingeweichtem Fellhut, langem schwarzen Mantel, Bart und zwei Löckchen an den Schläfen. Er identifiziert ihn als osteuropäischen Juden, und spekuliert, dass er wahrscheinlich nach London reist, um Spenden zu sammeln. Der Journalist beschließt, dem Fremden zu folgen, und landet auf der Whitechapel Road im East End von London. Er bemerkt die Namen auf den Ladenaushängen: Lipovich, Rapaport, Goldberg, Landau, Lewinstein, Israel und viele



mehr. Den einheimischen Begleiter, den Londres am folgenden Tag im zentralen Büro der zionistischen Organisation anfordert, klärt ihn über deren Charakter auf: „Wir verstecken das Judentum nicht, aber wir sind auch stolz, Engländer zu sein.“ Er führt weiter an, alle wären hauptsächlich dankbar, vor den Pogromen in Osteuropa geschützt zu sein, und als Menschen, nicht als Teufel, angesehen zu werden. Londres schätzt, dass im East End 100.000 geflüchtete Juden leben. „Atmen, oder nicht atmen“ ist sein persönliches Fazit der Judenfrage.

Die englischen Juden scheinen sich in ihrer Doppelidentität gefunden zu haben, doch für den osteuropäischen Rabbiner, auf den Londres erneut trifft, ist ihre Annahme der westlichen Lebensweise fragwürdig: „Sie sind verrückt geworden, sie haben den göttlichen Bund gebrochen. Sie haben alles verloren. Für uns sind sie keine Juden mehr, aber für den Westen [trotz aller Mühe] schon.“ Der Journalist spaziert an einer Thora-Schule, die von den Kindern nach der regulären Schule besucht

wird, vorbei. Die ansteckenden Melodien, zu denen die hebräischen Schriften gesungen werden, bewegen ihn. Er versteht, dass das Herz vom Volke Israel auch im East End von London schlägt.

Die Reise des jüdischen Volkes

In den darauffolgenden Kapiteln beschreibt der Reporter die Geschichte der Juden, die Persönlichkeit Theodor Herzls und dessen Gründung des politischen Zionismus. Er fasst die Ereignisse der Bibel zusammen: von Abrahams Bündnis mit Gott, über die Sklaverei und den Auszug aus Ägypten, bis hin zu der Eroberung Jerusalems, die beiden Tempel und der Exodus. Eine kleine Gruppe an Israeliten verließ Israel nie, sie nahmen arabische Traditionen auf und leben bis heute im Dorf Peki'in in Galiläa. Doch die Masse segelte davon. In Europa entstand der christliche Antisemitismus; im Mittelalter wurden Juden in Ghettos eingesperrt; dann kam die spanische Inquisition, wobei die Konvertiten als „Marranos“ bekannt sind, und die Mehrheit von ihnen wieder einmal aufbrach und floh. Teilweise

konnten sich die Juden in Mittel- und Osteuropa hocharbeiten, sie wurden zum Beispiel oft als rechte Hand des Königs eingesetzt, und mit der Französischen Revolution und Epoche der Aufklärung wurden ihnen bürgerliche Rechte zugeschrieben. Die Welle der modernen Assimilierung im Westen stand im Gegensatz zum aufstrebenden Chassidismus im Osten – einer orthodoxen und spirituellen Ausrichtung, die weiterhin alles Weltliche ablehnen sollte.

Die Vision einer besseren Zukunft für das jüdische Volk

Der 1860 in Budapest geborene Herzl war einer der assimilierten Juden des Westens. Er arbeitete gerade als Korrespondent für die „Neue Freie Presse“ in Paris, als sich 1894 die Dreyfus-Affäre ereignete, bei der ein unschuldiger jüdischer Offizier des Landesverrates angeklagt und verurteilt wurde. In den Straßen von Paris wurde „Tod den Juden!“ gerufen. Herzl verstand seine Mission und drehte sein Schicksal um. Er verfasste das Buch „Der Judenstaat“ und wurde Aktivist zur Lösung der jüdischen Frage. Herzl organisierte 1897 den ersten Jüdischen Kongress in Basel. Londres poetisiert ihn:

„Ah, diese Tage in Basel. Was für ein Spektakel. Israel wurde vereint, nach 20 Jahrhunderten. Es gab Osteuropäer, Westeuropäer, Amerikaner, Ägypter, Mesopotamier, Jemeniten [...]. All diese Brüder, die sich noch nie gesehen haben, stehen nun voreinander.“

Herzl verbrachte sein restliches Leben damit, Spenden zu sammeln, Einflüsse zu suchen; er korrespondierte sogar mit Kaiser Wilhelm II.. Der Begründer des modernen Zionismus

hielt einmal eine Rede im litauischen Wilna, dem „Jerusalem des Nordens“, vor zehntausenden von Juden. Doch der russische Gouverneur rief die Kosaken zusammen, die mit ihren Waffen, sogenannten Nagaikas, auf die Zuhörer einschlugen. Die Szene verwandelte sich in ein Blutbad. Herzl musste zurück zur Zugstation eskortiert werden; er verstand den Gewaltausbruch nicht. Während die geprügelten Juden ihm Segen nachriefen, schaute er nur perplex um sich: „Was passiert hier? Warum schlagen sie diese Leute?“ Er hatte offensichtlich noch nie einen Fuß in diese Region Europas gesetzt. Albert Londres machte sich nun auf den Weg dorthin, um die ganze, unbekannt Wahrheit herauszufinden.

Diese soll im nächsten Teil aufgedeckt werden.

Michelle Wolf entstammt einer Wiener Familie, ist in München aufgewachsen und lebt nun in Israel. Sie studiert Government an der IDC in Herzliya mit Spezialisierung auf Counter-Terrorism und Conflict Resolution.

Die Legende vom harmonischen jüdischen Leben unter muslimischer Herrschaft

Das Buch der Autoren David Littman und Paul Fenton, „Exil im Maghreb“, räumt mit gerne geglaubten Schönfärbereien der Koexistenz des herrschenden Islams mit seiner jüdischen Minderheit in Nordafrika auf

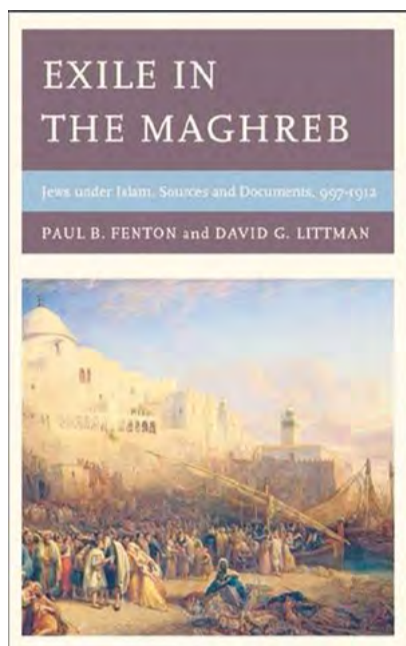
Von Ruthie Blum
(www.audiatur-online.ch)

„Exile in the Maghreb“ (Exil im Maghreb) von den Co-Autoren und großartigen Historikern David G. Littman und Paul B. Fenton, ist ein ambitioniertes Werk, das den Mythos widerlegt, wie leicht das Leben für die Juden in ihren Heimatländern im Nahen Osten und Nordafrika war, als sie unter muslimischer Herrschaft waren. „Seit dem Mittelalter“, veranschaulicht das Buch erschütternd, „ist die antijüdische Verfolgung im muslimischen Nordafrika beheimatet.“

Bevor Littman 2012 letztlich seinem Leukämieleiden erlag, hatte er geplant, dass dieses Buch über den Maghreb das erste einer Reihe sein sollte, welche die sozialen Bedingungen der Juden in Tunesien, Libyen, Ägypten, Syrien, Palästina, Irak, Jemen, Iran und der Türkei erfassen sollte – ein ambitioniertes Projekt, das er in seiner Gesamtheit nicht zu Ende führen konnte.

Die treibende Kraft hinter dem Buch, welches erstmals 2010 in französischer Sprache und 2016 auf Englisch veröffentlicht wurde, war der Wunsch, die Fehlinterpretation einiger Historiker im Hinblick auf die Beziehungen zwischen den Juden Marokkos und Algeriens und ihren arabischen Herrschern aufzudecken. Einer dieser Historiker, der auch im Buch zitiert wird, war der französische Orientalist Claude Cahen, der in seinem Kapitel über die „Dhimma“ in der Encyclopaedia of Islam (Enzyklopädie des Islams) weltfremd schrieb:

„Im Islam des Mittelalters gibt es nichts, das man konkret als Antisemitismus bezeichnen könnte ... Zahlreicher Unruhen zum Trotz hat der Islam



eine größere Toleranz als Europa gegenüber Juden gezeigt, die in muslimischen Ländern verblieben.“

Die ursprüngliche Idee für das Buch – eine umfassende Sammlung von Zeitzeugenberichten, Fotos und Dokumenten aus einem Zeitraum von zehn Jahrhunderten (von 997–1912) – kam Littman, als er 1961 aus humanitären Gründen Marokko bereiste. Littman notierte:

„Nachdem ihr Land im Jahr 1956 die Unabhängigkeit erlangt hatte, hatten die Juden Marokkos begonnen, ihre Hoffnungen im Hinblick auf die Zukunft neu zu definieren. Wenngleich sich am Horizont neue Möglichkeiten für sie abzuzeichnen begannen, war ich überrascht zu beobachten, dass die marokkanischen Juden alles in ihrer Macht Stehende taten, um ihr Geburtsland zu verlassen und in den aufstrebenden jun-

ger Staat Israel oder gar nach Europa auszuwandern, dessen Gemeinschaften sich noch immer schmerzlich von den Tragödien des Zweiten Weltkriegs erholten.“

In einem Artikel für die „Jerusalem Post“ – mit dem Titel: „Exploding the Myth of Moroccan Tolerance“ („Schluss mit dem Mythos der marokkanischen Toleranz“) – beschrieb Lyn Julius einen anti-israelischen Dokumentarfilm von „Al Jazeera“, in dem der Mossad wie folgt beschuldigt wurde:

„Er spielt[e] eine zentrale Rolle dabei, Tausende marokkanische Juden davon zu überzeugen, sie befänden sich in Gefahr, und unterstützte insgeheim ihre Ausreise“ in den neu gegründeten Staat Israel. Zuvor, so die TV-Dokumentation, „begannen Juden erstmals vor über 2000 Jahren, sich in Marokko anzusiedeln und jahrhundertlang lebten sie dort glücklich Seite an Seite mit den Muslimen“.

Julius schreibt, dass „Exile in the Maghreb“ „diese verbreitete historische Verfälschung richtigstellt“.

Da wäre beispielsweise der Bericht von Samuel Romanelli (1758–1814), einem italienischen Juden, der Marokko gegen Ende der Herrschaft von Sultan Sidi Mohammad III. (1757–1790) besuchte und über seine Reisen in „Oracle from an Arab Land“ (Orakel aus einem arabischen Land) (1792) berichtete:

„Die meisten von ihnen [den marokkanischen Juden] sterben keines natürlichen Todes, noch teilen sie das Los der gewöhnlichen Sterblichen: Hinrichtung, Folter, Enteignung, Einkerkierung sind ihr Schicksal. Häufig werden ihre Leichen verstümmelt und ihre Häuser in Jauchegruben verwandelt ...“

In dem Anfang dieses Jahres veröffentlichten Artikel: „Was ist ein ‚Flücht-

ling‘? Die Juden aus Marokko versus die Palästinenser aus Israel“ stellt der renommierte Rechtsanwalt Alan Der-showitz fest:

„In Marokko lebten jahrhundertlang Juden, bevor der Islam in Casablanca, Fez und Marrakesch Einzug hielt. Gemeinsam mit den Berbern waren die Juden das Rückgrat der Wirtschaft und Kultur. Noch heute ist ihre historische Präsenz vor allen Dingen an den Hunderten jüdischer Friedhöfe und verlassenen Synagogen zu erkennen, die in den Städten und Ortschaften im gesamten Maghreb allgegenwärtig sind ...“

Heute gibt es in Marokko nur noch wenige von ihnen und aus den anderen Ländern sind sie vollends verschwunden. Nach 1948 verließen einige diese Länder aus freien Stücken, um nach Israel auszuwandern. Viele von ihnen wurden jedoch durch Drohungen, Pogrome und Rechtserlässe zur Flucht gezwungen. Dabei ließen sie nicht nur Besitztümer im Wert von Milliarden an Dollar, sondern auch die Gräber ihrer Vorfahren zurück.

Heute zählt die jüdische Bevölkerung in Marokko weniger als 5.000 Menschen – zu ihrer Blütezeit waren es 250.000. Zur Ehrenrettung von König Mohammad VI. muss gesagt werden, dass er es sich zur Aufgabe gemacht hat, das jüdische Erbe in Marokko zu bewahren, insbesondere die Friedhöfe. Er hat eine bessere Beziehung zu Israel als andere islamische Länder, dennoch erkennt er Israel nicht an und unterhält keine diplomatischen Beziehungen zum Nationalstaat des jüdischen Volkes. Dies ist etwas, an dem gearbeitet wird. Seine Beziehungen zu der kleinen jüdischen Gemeinde, von denen die meisten leidenschaftliche Zionisten sind, sind hervorragend ...“

„Exile in the Maghreb“ ist ein besonders wichtiges Buch, welches den Sachverhalt über die wahre Not der Juden nach den Eroberungen der Länder, in denen sie zuvor friedlich gelebt hatten, richtigstellt.

Um andere zur Fortführung dieser Arbeit zu ermutigen, zitierte Littman Rabbi Tarphon in „Sprüche der Väter“ mit den Worten: „Es obliegt Euch nicht, die Arbeit zu vollenden, ebenso wenig jedoch habt Ihr die Freiheit, davon abzulassen.“ Littman schlussfolgerte:

„[D]as Ziel, diese Erforschung der historischen Realität der jüdischen Existenz unter dem Halbmond zu vollenden, ruht auf zukünftigen Forschergenerationen, denen, so hoffen wir, unser bescheidener Beitrag als eine Inspiration dienen wird.“

Paul B. Fenton and David G. Littman
Exile in the Maghreb, Jews under Islam
Sources and documents, 997-1912
Fairleigh Dickinson University Press
674 Seiten
ISBN: 978-1611477870
Erschienen: 2016

Ruthie Blum ist eine amerikanisch-israelische Journalistin, Kolumnistin, ehemalige Redakteurin der „Jerusalem Post“. Auf Englisch zuerst erschienen bei Gatestone Institute. Übersetzung Audiatur-Online.

BEAUVITÉ®

... wo die Schönheit zu Hause ist.

Kosmetik • Friseur • Maniküre • Pediküre • Permanent Make-up • Wimpernverlängerung
Dauerhafte Haarentfernung • Lipolaser • Kryolipolyse • Kavitation • Mesotherapie
Faltenunterspritzung • Multipolare Radiofrequenz

Fasanenstraße 40 • 10719 Berlin • Tel.: (030) 88 91 64 59

WWW.BEAUVITE.DE



Vom Jid zum Evrej

Zarin Katharina die Große beseitigte die sprachliche Diskriminierung der Juden durch die Einführung eines neuen Begriffs für ihre jüdischen Untertanen

Von Edgar Seibel

Ein jeder Jude aus der ehemaligen Sowjetunion, und das ist immerhin eine ganze Menge der heute in Deutschland lebenden Juden, hat mit diesem als abwertend empfundenen Begriff zumindest einmal Bekanntschaft gemacht. Doch kaum jemand, und nicht einmal die Juden aus Russland selbst, kennen den genauen historischen Hintergrund, weshalb und wann Jid (J wie in Journal gesprochen; wissenschaftliche Übersetzung: Žid) in Russland in Ungnade gefallen ist und aus dem Wortschatz gestrichen wurde.

Heute übersetzt man in Russland Jude mit Evrej, manchmal auch mit Iudej. Wo hingegen in anderen slawischen Sprachen wie im Polnischen, Slowenischen, Slowakischen oder im Tschechischen noch immer die Bezeichnung Žid vorherrscht.

Schon haben wir neben der Frage „Warum entwickelte sich nur im russischen Raum der Begriff Jid zu einem verächtlichen Schimpfwort?“ noch die folgende: „Warum gibt es im Russischen für ein und dasselbe zwei Begriffe?“

Denken wir an die 1991 zerfallene Sowjetunion, so wissen wir, dass dieser Staat ein atheistischer war. In dieser Zeit kam dem Regime die Bezeichnung ihrer jüdischen Minderheit als Evrei sogar gelegen, da das Wort ein sogenanntes Ethnonym und genauer mit Hebräer oder Der von Hebräern Abstammende zu übersetzen ist. Iudej und Jid standen dagegen für Jude nach Religionszugehörigkeit (Letztere Bezeichnung galt zur Sowjetzeit bereits als Beleidigung – dazu später mehr). Theoretisch konnte man also Christ oder Atheist sein, und gleichzeitig nach Volkszugehörigkeit ein Evrej. Eine Regelung speziell für Juden war dies allerdings nicht: In dem Vielvölkerstaat Sowjetunion war es üblich, den Bürgerinnen und Bürgern des atheistisch-kommunistischen Reichs in die Pässe und Militärausweise neben der Staatsangehörigkeit sowjetisch, auch die jeweilige Volkszugehörigkeit bzw. Ethnie einzutragen; wie beispielsweise Tatare oder Tschetschene. Doch es stimmt – so ganz unspeziell war das mit den Juden dann doch nicht. Denn man hatte in Wirklichkeit aus einer Glaubensgemeinschaft eine Volksgruppe geschaffen.

Für den berühmten sowjetischen Dichter Majakowski war die Bezeichnung Jid ebenfalls eine negative, die verdrängt gehörte (z.B. Sein Gedicht Žid von 1928). Es scheint allerdings so, dass für Majakowski das Kulturell-Religiöse das eigentlich Negative ist, der Jude als Hebräer, als Evrei, ist ihm hingegen willkommen. So spricht er von „hebräischen Arbeitern“ in Moskau, aber von im westlichen Grenzland lebenden Jidy.

Geprägt hatten die Bezeichnung Evrej aber weder der Begründer der Sowjetunion Lenin noch sein Nachfolger Stalin. Wir müssen etwas tiefer in die Geschichte Russlands eintauchen.

Die „Judaisanten“

Um das Jahr 1470 strömte eine Welle der Judaisierer oder Judaisanten (Russisch, wiss. Übersetzung: Židovstujuščie) über Russland. Die Bewegung dieser als Sektierer und Mitglieder einer innerchristlichen antihierarchisch-rationalistischen Häresie gebrandmarkten wühlte das innerkirchliche Leben, besonders in Nordwestrussland, stark auf und brachte große Unruhen. Die als Ketzer abgestempelten Judaisanten wurden nicht nur wegge-



Katharina die Große, die deutschstämmige Kaiserin Russlands.

sperrt, sondern auch auf Scheiterhaufen verbrannt. In dieser aufwühlenden Zeit entsteht auch die erste vollständig in Russisch verfasste Bibel (die Nowgoroder- oder die Gennadi-Bibel von 1499). Diese Heilige Schrift ist sicher ein Beleg dafür, dass die Judaisanten bei den russischen Geistlichen, die sich vor einer Spaltung der Orthodoxie fürchteten, enormen Eindruck machten. Daher also das Negative,

biblich gebraucht, beschränkte sich also auf nichtorale Bereiche der Literatur und das Altkirchenslawische, und entstammte einer griechisch beeinflussten (von: Iudaios) jüdischen Tradition.

Katharina die Große änderte von Jid zu Evrej

Schließlich schreiben wir das Jahr 1780, als niemand anderes als die berühmte Za-

Daneben spricht man auch von Katharinas protestantisch-pietistischer Prägung und dem damit verbundenen Interesse für die hebräische Sprache und das alttestamentliche Volk der Hebräer. Dies habe bei der Bevorzugung des Ethnonyms Evrej ebenfalls eine Rolle gespielt. Katharinas evangelische Erziehung in Norddeutschland, die Einführung in pietistisch inspiriertes hebraistisches Gedankengut durch ihren Lehrer, den Judenchristen Todorski, der Einfluss des Theologen und Philosophen Johann Gottfried Herder und August Ludwig Schlözer lassen vermuten, dass die deutschstämmige Zarin auf den Spuren der pietistischen Hebraisten wandelte.

Es war die Zarin Katharina die Große, die an der religiösen Gruppe der Jidy, deren altertümliche Bezeichnung seit der Judaisanten-Bewegung in Verfall geraten war, eine Ethnisierung vornahm und damit eine neue, abstammungsmäßig jüdische Volksgruppe in Russland schuf.

Aus steuerpolitischen Zwecken entstanden, entwickelte sich Evrej zum politisch korrekten Gegenbegriff für die bis 1780 etablierte Jid-Bezeichnung, die am Endpunkt ihrer Entwicklung in einer historisierenden und falschen Deutung wie kein anderer Begriff den russischen Antisemitismus bedeuten sollte.

„ Theoretisch konnte man also in der Sowjetunion Christ oder Atheist sein, und gleichzeitig nach amtlicher Volkszugehörigkeit ein Jude sein. “

das mit dem Wort Jid/Žid in Verbindung steht. Bezeichnend ist auch, dass in der Gennadi-Bibel Jesus als Zar iudejskih bezeichnet wird, und nicht als Zar židovkih, wie das in den späteren ukrainischen Bibelausgaben der Fall war.

Ursprünglich war der Begriff Jid/Žid vom Mittellateinischen und Italischen (giudeo) über das Balkanromanische ins Slawische gelangt. Iudej, ebenfalls ein Religionym, ein Begriff für einen Juden nach Glaubensangehörigkeit, wurde eher

rin Katharina die Große mit ihrem Hebräer-Erlass das Wort Jid als Bezeichnung für die Juden offiziell aus dem russischen Sprachgebrauch verbannt und Evrej als Bezeichnung für Juden bevorzugt lässt. Katharinas Motiv ist in erster Linie fiskalpolitischer Natur: Infolge der Teilung Polens musste das Zentrum des damaligen Ostjudentums ins Russische Reich integriert, die Andersgläubigen, sprich die Juden, dort steuerlich mit einem neuen Rechtstitel versehen werden.

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen von nun an regelmäßig die historisch interessanten Titelblätter der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

Erstausgabe

Jüdische Rundschau.

Abonnementspreis
(Zusendung inbegriffen)

Vierteljährlich:

1. durch die Expedition:
a) in Berlin M. —,90
b) nach auswärts M. 1,—
c) für das Ausland M. 1,50.

2. im Postabonnement M. 1,25

3. bei Sammelbezug durch die Ortsgruppe M. —,50.

Inserate
die viergespaltene Petitzeile 25 Pf.
Inseratenbeilagen 15 Pf.

☆ Organ ☆

der

Zionistischen Vereinigung

für

Deutschland.

Adresse für Geldsendungen und Bestellungen:
Verlag Jüdische Rundschau,
E. G. m. b. H.
Berlin N 53, Auguststrasse Nr. 49.

Sprechstunden:
v. 4—5 Uhr nachmittags.

Redaktion:
Dr. Heinrich Koewe, Berlin NW. 40,
Lehrterstrasse 14 15.
Unvollständige Manuskripte werden nicht zurückgesandt.

No. 1. Berlin, 1. Januar 1904. 18. Tsebeth. 5604. IX. Jahrgang.

Inhalt.

<p>Der neue Jahrgang. Von Heinrich Koewe.</p> <p>Hygienische Betrachtungen zur Ostafrikafrage. Von Dr. med. Julius Katz.</p> <p>Vernichtung oder Befreiung. Der Epilog von Kischinew. Von Elifahu.</p> <p>Aus der Bewegung. Mitteilungen der Berliner Zionistischen Vereinigung. Mitteilungen des Zionistischen Distriktsbureaus Mannheim. Berichte.</p> <p>Rundschau.</p>	<p>Sprechsaal. Jüdische Weihnachten und der „liberale Verein für die Angelegenheiten der jüdischen Gemeinde zu Berlin“. Von Kitzelburgensis.</p> <p>Nationalfond. Goldenes Buch. Für die Ostafrikakommission. Für die Palästina-Kommission.</p> <p>Briefkasten.</p> <p>Feuilleton. Der letzte Kaddisch. Von H. Salberthal.</p>
---	---

Glaubenswechsel mit Folgen

Die Intoleranz des Islam offenbart sich besonders im Umgang mit seinen Apostaten



Von Jaklin Chatschadorian

Länder, in denen die Todesstrafe bei Apostasie gilt (Stand 2007). Alle betroffenen Länder sind islamisch.

Es gibt viele Gründe den Glauben an Gott zu verlieren und sich freiwillig aus der eigenen Glaubensgemeinschaft sowie der dazugehörigen Religion loszusagen. Persönliche Schicksalsschläge, die vieles hinterfragende Selbstfindung eines Menschen, der Kontakt oder die enge Verbindung mit Anders- bzw. Nichtgläubigen, das Nachdenken über Wissenschaft, Natur und Philosophie, das Leid so vieler Menschen auf der Erde, oder das anhaltende Leid der eigenen Gemeinschaft und das Fehlen von Antworten. Aus genau denselben Gründen kann man jedoch auch zum Glauben (zurück-)finden, aber darum soll es unter obigem Titel nicht gehen.

Die Lossagung vom Glauben ist in allen drei Weltreligionen alles andere als ein erfreulicher Umstand. Im Tanach (Dtn 17, 1-5), und damit auch nach christlichem Bibelkanon, ist der Bruch mit dem Bund Gottes ebenso wie in der islamischen Hadithliteratur (Sahih al-Bukhari 6922) mit dem Tode zu bestrafen.

Die im 21. Jahrhundert gelebte religiöse Realität aber gebietet es, den Umgang mit dieser Strafandrohung differenzierter zu betrachten. Während im Judentum ebenso wie im Christentum von der wörtlichen Interpretation der eingeforderten Strafe Abstand genommen wird, der Verlust der engen Bande zu dem Betroffenen und die Qualifizierung der Abfalls vom Glauben mitfühlend, in Sorge um das Seelenheil desjenigen als Sünde betrachtet und betrauert wird, kommt im Islam ein weiterer, entscheidender Aspekt hinzu: die Absicht zur Umsetzung der schriftlich fixierten Strafandrohung.

Taten statt Worte

Juden und Christen treten regelmäßig nur mit dem gesprochenen Wort in den Wettbewerb um den Apostaten. Im äußersten Fall wird ein jüdischen Totengebete für die als verloren empfundene Seele gesprochen bzw. die Exkommunikation aus der christlichen Kirche erklärt. Strenggläubige Muslime hingegen rufen zur Tötung des betreffenden Apostaten auf. In vielen islamischen Staaten wird die Todesstrafe regelmäßig verhängt und nicht selten vollstreckt. Dass in Staaten der westlichen Welt der Abfall vom Islam

nicht unter Strafe steht, ein solcher gar als essentieller Teil der Religionsfreiheit des einzelnen Menschen verstanden wird, hat für die internationale islamische Glaubensgemeinschaft (Umma) keine Bedeutung. Das Verständnis des Islam wird nicht nur innerhalb der Umma unterschiedlich streng umgesetzt, sondern zuweilen auch innerhalb der Kernfamilie, als kleinste Zelle einer sozialen Gemeinschaft. Es reicht ein einziges Familienmitglied, dass sich zur Tötung des Apostaten berufen fühlt und damit das, etwa aus deutscher Sicht grundgesetzlich garantierte, Bekenntnis zur Apostasie ganz ohne Unrechtsbewusstsein erschwert.

Der Koran ist wörtlich zu verstehen

Zurückzuführen ist dieser aus islamischer Sicht berechnete Eingriff in das Leben eines anderen Menschen auf die Struktur dieser Weltanschauung. Allem voran sind im Islam die Aussagen des Koran und seiner dazugehörigen Ergänzungen (Hadith und Sunna) wörtlich zu verstehen. Ersteres gilt als unveränderbares, direktes Gotteswort. Das Lesen in Gleichnissen wird mehrheitlich energisch abgelehnt. In der Folge ist die – nicht nur vom Westen – herbeigesehnte Befriedung dieser Religion noch immer nicht vorstellbar.

Gleichzeitig qualifiziert der Islam bzw. die den Islam tragende Umma jede Änderung oder Ablehnung eines Glaubenssatzes als einen Angriff auf die Religion. Dabei ist der Beurteilungsspielraum auf der Tatbestandsseite, also die Frage, ob etwas als Angriff zu bewerten ist, so weit gefasst, dass der moderne, säkulare Muslim hierunter ausschließlich den Griff zur Waffe verstehen kann und kein Problem mit der Apostasie seines Nächsten haben muss, während der Konservative bereits in dem Kontakt zu Nichtmuslimen, in der Kritik an einem islamischen Gebot oder eben in der Kündigung einen Angriff sieht.

In der neuen Türkei des amtierenden Staatspräsidenten kann man die Übertragung dieser Geisteshaltung auf den Staat sehr gut beobachten: Wer nicht für Erdogan ist, ist gegen die gesamte Türkei, gegen den Islam und alle Muslime.

Armee der Gläubigen

Als freiheitlich, westlich sozialisierter Demokrat darf man sich fragen, wie die Entscheidung etwas/jemanden zu verlassen, überhaupt als Angriff und nicht nur als Verlust gewertet werden kann. Hier ist zu beachten, dass der Leumund in der islamischen Welt einen sehr hohen Stellenwert hat und man bemüht ist, nicht nur den eigenen Ruf im Sinne der Religion hochzuhalten, sondern auch den der Religion selbst. Schon eine einfache Vorhaltung wird so als rufschädigender Tadel an göttlichem Willen verstanden und zum Angriff erklärt. Die Apostasie erweckt erst recht den Verdacht, der Apostat habe etwas Schlechtes gefunden.

Gleichzeitig wird auf der Folgenseite der Verlust eines Mitgläubigen zum Verlust eines Mitstreiters, zulasten der Schlagkraft der Truppe. Die ansteckende Wirkung dieser Entscheidung wird befürchtet. Rufschädigung und Schwächung begründen den Anspruch der Sanktionierung. An dieser Stelle ist auf Sure 2:256 hinzuweisen. Dort heißt es, es gebe keinen Zwang im Glauben. Wer jedoch hieraus dem Sanktionsanspruch als Folge seiner Abdankung etwas entgegengesetzt will, sei gewarnt. Zwar wird der Abtrünnige (zudem bereits der Agnostiker, und nicht nur der Atheist oder Konvertit gehört) in Befolgung dieser Vorgabe nicht gezwungen zurückzukehren, aber er wird bestraft, für seine zur Spaltung und zum Abfall anstiftende Auflehnung (Fitna), welche wiederum dem Ungläubigen/Feind die Tür zum Angriff öffnet.

Saudi-Arabien und Ägypten

Raif Badawi aus Saudi-Arabien ist ein prominentes Beispiel für Apostasie aus der islamischen Welt. Er forderte u.a. dazu auf, den Islam mit anderen Religionen gleichzusetzen, d.h. nicht zu überhöhen, und er plädierte für ein säkulares Verhältnis von Staat und Glaube. 2012 wurde er in Saudi-Arabien verhaftet, seitdem erduldet er grausame Peitschenhiebe.

Anfang 2018 wurde der Atheist Mohammad Hashem in einer Talkshow des ägyptischen Fernsehens, Alhadath Alyoum TV, als psychologisch behandlungs-

bedürftig beschimpft und aus dem Studio geworfen. Er wollte über die Evolutionstheorie und den fehlenden Beweis für die Existenz Gottes sprechen.

Flüchtlinge, die in Deutschland den Mut haben, sich ihres bisherigen Glaubens zu entsagen, erleben sehenden Auges überforderter Behörden ein Martyrium der Verfolgung. Gerade wenn junge Menschen mit dem Gedanken spielen, aus dem Netz der eigenen Familien- und Glaubensgemeinschaft auszubrechen, weil sie sich mit den Methoden, Überzeugungen und Geschehnissen nicht mehr identifizieren können, stehen sie nicht selten vor einem Familientribunal, dass lebensgefährlich enden kann, sich der Entführung in den Heimatstaat, der Zwangsheirat oder dem Ehrenmord bedient.

Der Vollständigkeit halber, ohne als orthodoxe Christin dem Atheismus, als eine Folge der Apostasie, das Wort reden zu wollen: Selbst der Hinduismus Indiens kann mit atheistisch-agnostischer Literatur aufwarten und Intern ohne Religion ebenso wie Nicht-Indern Menschenwürde zugestehen. Der Buddhismus kommt gar ohne einen Schöpfergott aus und lehnt das Töten von Menschen als Missachtung der im Dhammapada (Anthologie der Verse Buddhas) festgehaltenen Ratschläge ab. Mehr noch – die Tötung selbst führt eben nicht zur Belohnung, sondern zur Herabstufung im Karma.



Die Autorin ist Rechtsanwältin, ehemalige Zentralratsvorsitzende der Armenier in Deutschland, und lebt in Köln.

Tue dem Undankbaren keinen Gefallen!

Über den echten und falschen Humanismus aus jüdischer Sicht



Von E. Derewjanchenko

Der jüdische König Salomon gilt als Inbegriff des gerechten Herrschers.

Das Judentum hat der Welt die Grundlage des echten Humanismus und der Barmherzigkeit geöffnet. Aber gerade das Judentum zeigt, wie diese so wichtigen Begriffe, nicht ad absurdum geführt werden sollten und nicht ins Schlechte umgewandelt werden dürfen.

Die Hilfe, das Gute, die Unterstützung – viele Gebote der Thora schreiben diese vor. Jedoch können die Heiligen Texte, als die Quelle der echten Weisheit, auch nicht ohne Warnung vor der Kehrseite dieser noblen Bestrebungen bleiben. Gibt es aber beim Guten und bei der Barmherzigkeit wirklich eine Kehrseite? Natürlich – in unserem ganzen Leben gibt es nichts ohne Vor- und Nachteile!

Bei den Lesern der Thora kann sich der Eindruck bilden, dass darin nur die Pflichten der Reichen in Bezug auf die Armen definiert sind, und Güte und Barmherzigkeit seien eine Einbahnstraße. Dem ist es aber nicht so. Keine Handlung eines Menschen kann in Bezug auf einen anderen einseitig sein, es entsteht unbedingt Gegenreaktion und Interaktion. Nicht nur die Quantität und die Qualität der Hilfe zeigen, wie die gute Tat angekommen ist, sondern auch die Gegenreaktion darauf. Die unvernünftige Güte wirkt sich sowohl auf den Gebenden, als auch auf den Empfänger negativ aus. Im Tanach gibt es sehr viele anschauliche Beispiele dafür.

Die Ecke des Feldes

„Wenn ihr die Ernte eures Landes einbringt, sollst du den Rand deines

Ackers nicht vollständig abernten und keine Nachlese nach deiner Ernte halten. Auch sollst du nicht Nachlese halten in deinem Weinberg, noch die abgefallenen Beeren deines Weinberges auflesen, sondern du sollst es den Armen und Fremdlingen lassen“ (3. Moses 19:9-10).

Das bedeutet, dass der Bauer die Ecke seines Feldes ungeerntet lassen soll.

„Derjenige, der zum Grausamen barmherzig ist, wird mit der Grausamkeit zu den Barmherzigen enden.“

Und bezüglich des Weinbergs bedeutet es: „Nimm von ihm die späten kleinen Trauben nicht ab“, „...was weder Schulter- noch Tropfenform hat“, erklärt dazu der große Kommentator Raschi.

Es stellen sich folgende Fragen: warum sind es eigentlich nur die gefallenen Körner und nur der Rand am Ende des Feldes? Warum nicht die vollwertigen Trauben, sondern nur „die Späten und die Kleinen“? Aus welchen Gründen beschränkt G'tt so unmenschlich und undemokratisch das, was die Armen bekommen sollen? Kann ein freier Mensch nicht selbst entscheiden, in welchem Umfang einem anderem zu helfen ist? Und was, wenn er für die Bettler und die Fremden wesentlich mehr lassen möchte, als es in der Thora befohlen ist?

Wie ist diese ziemlich dürftige Unterstützung den Bedürftigen zu erklären, die von G'tt reglementiert ist? Meiner Meinung nach beziehen sich die Gebote der Thora, die solche Hilfe definieren, in erster Linie nicht auf den Geber, sondern auf den Nehmer. G'tt spricht über die Unterstützung der Armen aus ihrer Sicht und meint ihre Wahrnehmung des Empfangenen. Der Mensch

gen die Gesetze führen. Ist es zulässig in solchen Fällen nachsichtig zu sein?

Gericht

„Du sollst den Armen nicht beschönigen in seinem Prozess!“ (2. Buch Moses 23:3).

„Das Gericht, vom Gesichtspunkt der Thora, soll unparteiisch sein. Die Thora warnt den Richter davor, dass er kein Recht hat, durch das Biegen des Gesetzes den Armen zu helfen, in der Annahme, dass der Reiche dem Armen auf jeden Fall helfen soll und einen für ihn unbedeutenden Verlust des Eigentums nicht bemerken wird. Das Mitleid und das Erbarmen sind schöne Gefühle, sollten jedoch beim Richter, der gerufen ist die Wahrheit aufzuklären und die Gerechtigkeit wiederherzustellen, unterdrückt sein“, – wird im klassischen Kommentar zur Thora „Sontschino“ gesagt. Deshalb ist in Fragen der Gerechtigkeit jeder Doppelstandard verboten.

„Ihr sollt euch nicht am Recht vergreifen“ (3. Buch Moses 19:35), „Denn wer solches Unrecht begeht, ist dem HERRN, deinem G'tt, ein Gräuel“ (5. Buch Moses 25:16). „Das bezieht sich auf jede Lüge, ob sie in den Wörtern oder in den Taten der Menschen ausgedrückt wird. Bekanntlich wird jedes Reich, das nach der Errichtung der Gerechtigkeit strebt und von den Staatsangehörigen ein ehrliches Verhalten fordert, lange Zeit bestehen. Die Gerechtigkeit und die Ehrlichkeit sind wie die Wände des Hauses. Die Ungerech-

ist so gestrickt, dass ihm die Hilfe oft armselig, nicht befriedigend, nicht entsprechend seiner echten Bedürfnisse erscheint. Warum aber ist das so? „Demjenigen, der am fremden Tisch isst, erscheint die Welt düster“, – wird im Midrasch „Awot de Rabbi Nathan“ gesagt. „Der Person, die von Geschenken abhängt, scheint die Welt finster zu sein“, – erklärten dazu die Weisen des Talmuds.

Und hier entsteht ein äußerst kompliziertes moralisch-ethisches Problem. Bin ich fähig dankbar zu sein für das, was mir als ungenügend erscheint, auch wenn ich mit mehr gerechnet habe? Wenn das nicht der Fall ist, entstehen Unzufriedenheit, Missvergnügen, die oft – wie die Psychologen bemerken – zu Aggressionen und zu Verstößen ge-

tigkeit und der Betrug sind wie die Risse im Bau, die ihn sehr schnell zum Fall bringen werden“ – behauptete der jüdische Philosoph und der Tanach-Kommentator Rabbi Ibn Esra (1089–1164).

Unser Zeitgenosse Rabbiner Arje Karmel betont in der Diskussion über die Quellen der sozialen Gerechtigkeit: „Der Richter ist verpflichtet, absolut unparteiisch im Prozess zu sein. Sein einziges Ziel – die Klärung der Wahrheit. Er soll die soziale Lage der Seiten nicht beachten. Auf der Gerechtigkeit basiert die Existenz der Welt.“

Der übersättigte Bösewicht

Was geschieht, wenn bei der Behandlung von Bedürftigen und Fremden die für alle geltenden Gesetze verletzt werden?

Ich zitiere hier die Meinung des größten jüdischen Weisen, König Salomo:

„Unter drei Dingen zittert ein Land und unter vieren ist es ihm unerträglich: unter einem Knecht, wenn er zur Herrschaft kommt; unter einem Nichtswürdigen, wenn er genug zu essen kriegt; unter einer Verhassten, wenn sie zur Frau genommen wird; und unter einer Magd, wenn sie ihre Herrin beerbt.“ (Sprüche 30:21-23).

Warum darf in Bezug auf unsere Diskussion ein Sklave nicht zum Herrn werden?

Ein Neuankömmling zu sein beinhaltet einige auch der Sklaverei innewohnende Elemente. Diejenigen, die sich für die Emigration entschieden, erweisen sich oft als vollständig vom neuen Land abhängig. In die unbekannte, fremde Umgebung geraten, sind sie gezwungen das zu machen, was für sie unbekannt, ungewöhnlich, nicht immer verständlich und nötig ist. Das ähnelt sehr einer, wenn auch für Neuangekommene unvermeidlichen Sklaverei. Wenn sie gegen die Gesetze und die Traditionen des Landes, das sie aufgenommen hat, rebellieren und beginnen dem Land ihre eigene Ordnung aufzuzwingen, dann werden sie zu Sklaven, die sich als Könige vorstellen.

Jetzt über den Schuft. Wie es in mehreren Quellen erklärt wird, ist „der Schuft – das Wesen, tief und unheilbar vom Neid, Gier, Menschenhass verseucht, mit der Feindschaft zu allem, was seinen Gewohnheiten und Geschmächen widerspricht“. Warum kann er sich nicht einfach an seinem Brot sattessen und das ihm gewährleistete problemlose Leben führen? Weil er beginnt, in den Menschen, die ihm diese schöne Existenz gewährleisten haben, seine Sklaven zu sehen und versucht viel mehr als nur „den Rand am Ende des Feldes“ und „die späten kleinen Trauben“ zu bekommen. „Bei dem Egel (Unersättlichkeit) gibt es zwei Töchter: ‚gib und gib!‘“, warnte König Salomo (Sprüche 30:15). Natürlich verachtet dabei der übersättigte Schuft sowohl seine „Sklaven“ als auch die ihm unerwünschten Gesetze. Er sieht sich im Recht, entsprechend seinen eigenen Gesetzen zu leben.

Außerdem beginnt er sich in Anbetracht der erwähnten höheren Unzufriedenheiten und des Unbefriedigtseins an den Eigentümern des Feldes und des Weingartens zu rächen, weil seine Hoffnungen nicht erfüllt wurden.

Dabei lassen ihn die Abweichungen von der Rechtspflege und die Doppelstandards in der Einhaltung der geltenden Gesetzgebung vollkommen willkürlich handeln. Nach dem Motto: wenn alles erlaubt wird, dann ist alles auch zulässig...

„Die Thora der Liebe ist auch die Thora der Rechtspflege“, betont Rav Arje Karmel. Die Barmherzigkeit und die Gerechtigkeit sollen zusammenwir-



ken. Die Liebe kann ohne die Gerechtigkeit nicht existieren. In der Gesellschaft, wo die Verbrecher bestraft bleiben, gibt es keinen Platz für die Liebe. Die Liberalen, die Weichherzigkeit zu allen ohne Unterschied als das absolute Gute betrachten, widersetzen sich allen möglichen, manchmal auch harten Maßnahmen, um die Gewalt einzuschränken. Im Endeffekt zeigen sie nicht selten mehr Anteilnahme und Verständnis für den Verbrecher als für seine Opfer. Die Thora lehrt uns, dass die Barmherzigkeit, die zu nachsichtig ist, der Kriminalität hilft – jedoch die Gewalt, die gegen das Böse gerichtet ist, das Gute ist. Unsere Weisen sagen: „Derjenige, der zum Grausamen barmherzig ist, wird mit der Grausamkeit zu den Barmherzigen enden.“

Undankbarkeit

„Warum fordert die Thora von uns sogar die Erinnerung an Amalek zu zerstören? Warum ist dieses Volk so verhasst und verflucht vom Himmel? Die Antwort ist, dass dieses Volk ultimativ undankbar ist. Tatsächlich, es gibt keine Verdienste beim Amalek, nur die übelsten Taten, und was am schlimmsten ist, ist die empörende Undankbarkeit“, bemerkt Rav Jossif Skljar.

Rav Owadja Klimowski erzählt: „Die ausführliche Analyse dieses Thema (der Undankbarkeit) finden wir im Buch von Gaon HaRav Stajpler „Birkat Perez“: „Man muss verstehen, in welchen Fällen es wirklich Chessed (die Barmherzigkeit) sein wird und in welchen nicht. Die Erweisung von Chessed der Person gegenüber, die nicht fähig ist, sie zu schätzen, ist in Wirklichkeit nicht nur nichts Gutes, sondern kann sich sogar als absolutes Übel herausstellen.... Wenn wir die Barmherzigkeit dort einsetzen, wo es nicht sein sollte (und zwar bei ei-

nem undankbaren Menschen), kann es zu mehreren negativen Folgen führen. Durch diese Hilfeleistung werden wir den Stolz jenes Menschen festigen. Doch er erkennt das ihm getane Gute nicht an und wird sich nur über derjenigen erheben, der ihm dieses Gutes getan hat. Wir provozieren den Undankbaren zu anderen unerwünschten Reaktionen. Mehr noch: er beginnt oft sogar zu glauben, dass ihm auch noch Böses angetan wurde.

Der undankbare Mensch wird Barmherzigkeit künftig als Selbstverständlichkeit fordern, als ob er ein Recht darauf hätte. Mit solchem Verhalten wird er Missfallen bei der Person erregen, die ihm Gutes getan hat, und diese Unzufriedenheit kann sich in Hass verwandeln. Das heißt, wenn wir einem solchen Menschen einen Gefallen tun, riskieren wir

nicht nur seine Charaktereigenschaften zu verschlimmern, sondern sogar unsere eigene.“

Braucht man sich heute über die Ausbreitung des Nazismus in Deutschland zu wundern? Im in der jüdischen religiösen Welt wohlbekanntes Buch „Orchot Zedekim“ heißt es: „Es gibt die Barmherzigkeit, die schlechter als Grausamkeit ist, und zwar die Barmherzigkeit, die Bösewichte bemitleidet und unterstützt. Es ist die große Falle und ein tiefer Niedergang, wenn die Person den Bösewicht lobt, den Guten aber demütigt und verachtet.“

Wir müssen uns diese Gefahr ständig vor Augen halten und dort unser Chessed einsetzen, wo es tatsächlich nötig ist und auch geschätzt wird.

Übersetzung aus dem Russischen von Rabbiner Elischa Portnoy

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

**DANN HABEN WIR EIN
TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!**

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Von Sklaven-Baracken zum Gipfel

Ein Jahr voller Wunder in den Wochenabschnitt-Betrachtungen, die im Januar gelesen werden.

Von Rabbiner Elischa Portnoy

Im den Wochenabschnitten der Thora, die im Januar gelesen werden, nimmt die Erzählung über den Exodus ihren Lauf und wir bekommen damit das Gänsehaut-Gefühl des Pessach-Festes.

Es ist kaum zu glauben, aber die ereignisreichen Ereignisse der Parschijot „Vaera“, „Bo“, „Beschalach“ und „Itro“ mit den berühmten Zehn Plagen, dem Auszug aus Ägypten, der Spaltung des Schilfmeeres, dem Krieg mit Amalek und dem Empfang der Thora auf dem Berg Sinaj spielen sich innerhalb nur eines Jahres ab!

Versuchen wir aus dieser intensiven Handlung die spannenden Höhepunkte herauszupicken.

Die Dankbarkeit von Mosche

Im Wochenabschnitt „Vaera“ („Und er erschien“) lesen wir über die ersten sieben von zehn Plagen, mit denen G'tt Ägypten bestraft hat und den Auszug ermöglichte. Es fällt jedoch auf, dass auch wenn generell Mosche derjenige war, der für die Rettung der Juden verantwortlich war und mit Pharao kommuniziert hat, die ersten drei Plagen nicht er, sondern sein Bruder Aharon „umgesetzt“ hat! Und das war auch nicht die Eigeninitiative von Mosche, sondern ein Befehl von G'tt. Doch woran liegt das?

Unsere Weisen geben uns hier einen tiefen und lehrreichen Einblick: die ersten zwei Plagen hatten mit Nilus zu tun, die dritte Plage mit der ägyptischen Erde. Mosche konnte diesen beiden Substanzen nichts antun, weil er ihnen verpflichtet war, wie es der große Kommentator Raschi (Rabbi Schlomo ben Jizchak, 1040-1105) schön auf den Punkt bringt: „Weil der Fluss Mosche geschützt hatte, als er in denselben geworfen worden war, darum wurde er nicht von ihm geschlagen, weder beim Blut noch bei den Fröschen, und wurde von Aharon geschlagen“. Eine ähnliche Erklärung finden wir bei der dritten Plage mit dem Staub: „Der Staub verdiente nicht durch Mosche geschlagen zu werden, weil er ihn geschützt hatte, als Mosche den Mizri (den Ägypter) erschlagen hatte und ihn im Sande verbarg; darum wurde er (Staub) durch Aharon geschlagen“.

Diese Geschichte zeigt uns, wie groß die Dankbarkeit sein soll: wenn Mosche dem Fluss und dem Staub für ihre „Hilfe“ so dankbar sein sollte, dass er sie nicht berühren durfte, um wie viel mehr sollen wir unseren Eltern, Nächsten und Freunden Dankbarkeit erweisen, die uns oft selbstlos helfen und unterstützen?

Realitätsverlust

Die Zehn Plagen, die Ägypten erschüttert haben, hatten mehrere Zwecke: sowohl die Bestrafung der Mizrim für die grausame Unterdrückung der Juden, als auch ein anschaulicher Unterricht für die Ägypter und Juden, dass G'tt allmächtig ist und die ganze Natur in dieser Welt unter Seiner absoluten Kontrolle steht. Die Zauberer von Pharao – und zwar sehr gute – versuchten zuerst die Plagen nachzumachen, um zu beweisen, dass sie nicht von G'tt kommen, sondern ein Werk Mosches sind.

Bei den ersten zwei Plagen (Blut und Frösche) klappte das noch, doch sind



Sklaven in Ägypten

die Zauberer schon bei der dritten Plage machtlos und müssen zugeben: „Da sprachen die Zauberer zu Pharao: Das ist G'ttes Finger!“

Jedoch hindern Stolz und Arroganz den Pharao die Realität anzuerkennen. Nach dem Motto „wir überstehen das“ weigert er sich die Juden ziehen zu lassen und die schweren Schläge prasselten weiter auf Ägypten ein. Doch reichen seine Kräfte nur für die ersten fünf Plagen, danach, als die Zerstörung des Landes schon weit fortgeschritten ist, würde sogar er aufgeben. Jedoch lässt das G'tt nicht mehr zu, „verhärtet das Herz“ von Pharao und vervollständigt die Plagen.

Stellt sich die Frage, wenn G'tt selbst das Herz von Pharao „verhärtet“ hat und ihm quasi den freien Willen entzogen hat, was konnte Pharao und besonders sein Volk dafür? Darauf gibt es so viele Antworten unseren Weisen, die für ein Buch reichen würden. Jedoch liegt hier ein wichtiges Prinzip zu Grunde, das man unbedingt kennen sollte. Unsere Weisen formulieren es im Traktat „Makot“ folgendermaßen: „Den Weg, den ein Mensch gehen will, führt man ihn“. Das bedeutet, dass wenn man etwas Gutes unbedingt erreichen möchte, wird G'tt dabei helfen, wenn man jedoch unbedingt etwas gegen G'ttes Willen machen will, will G'tt den Betreffenden auch daran nicht hindern und sogar beim Versuch umzukehren (was schwer genug ist) nicht unterstützen.

Deshalb ist es wichtig die Realität und G'ttes Willen richtig zu erkennen und entsprechend zu handeln. Das Schicksal von Pharao und seinem Land zeigt deutlich, wozu Arroganz und falsche Prioritäten führen können.

G'ttesdienst nur mit Kindern!

Im Wochenabschnitt „Bo“ („Komm“) geht das Leiden Ägyptens durch die Plagen ununterbrochen weiter. Nachdem Mosche die achte Plage (Heuschnecken) ankündigt, verlieren die Leute des Pharao die Nerven: „Da sprachen die Knechte des Pharao zu ihm: Wie lange soll uns dieser zum Fallstrick sein? Lass die Leute gehen, dass sie dem HERRN, ihrem G'tt, dienen; merkst du noch nicht, dass Ägypten zugrunde geht?“. Der Pharao ruft Mosche und Aharon zurück und ist bereit die Juden in die Wüste für den geforderten G'ttesdienst ziehen zu lassen. Jedoch möchte er wissen, wer eigentlich gehen

würde. Darauf antwortet Mosche: „Wir wollen mit unseren Jungen und Alten, mit unseren Söhnen und Töchtern, mit unseren Schafen und Rindern gehen; denn wir haben ein Fest des HERRN.“ Doch dazu ist Pharao nicht bereit: „Er sprach zu ihnen: Der HERR sei ebenso mit euch, wie ich euch samt euren Kindern ziehen lasse! Nicht also, sondern ihr Erwachsenen geht hin und dienet

Juden bleiben und nicht durch Assimilation aus dem Volk verschwinden.

Und gerade in unseren Zeiten ist jüdische traditionelle Erziehung „Chinuch“ unglaublich wichtig. Und wer weiß, ob die heutige Plage, das Mobbing jüdischer Kinder in deutschen Schulen, nicht ein klares Zeichen vom Himmel ist, dass die jüdischen Kinder eine gute jüdische Erziehung in jüdischen tradi-



„Die siebte Plage“ von John Martin (1823)

dem HERRN; denn das habt ihr auch begehrt!“. Die einfache Bedeutung dieses Verses ist, dass Pharao die Kinder als „Geiseln“ in Ägypten lassen möchte, damit die Juden nicht wegläufen und nach dem G'ttesdienst nach Ägypten zurückkehren.

Jedoch erkennen unsere Weisen darin eine viel tiefere Bedeutung: Pharao wünscht sich, dass die Kinder, die neue Generation der Juden, nicht religiös gemacht werden sollen. „Wollt ihr, Mosche und Aharon, beten und den Talmud lernen? Nimmt eure Greisen mit und geht! Lasst jedoch die Kinder ohne eure Religion, ich mache aus ihnen ‚moderne‘ und ‚aufgeklärte‘ Menschen.“ Das ist jedoch nicht das, was G'tt will – und Mosche ist hier kompromisslos: „Auch Kinder gehören dazu!“ Das geistige Wachstum unserer Kinder ist uns genauso wichtig, wie das religiöse Leben der Erwachsenen. Nur wenn unsere Kinder von klein an nach unserer Tradition erzogen sind, werden sie

tionellen Schulen brauchen? Wie viele jüdische Kinder würden dann von „netten Begleiterscheinungen“ der heutigen Schulen wie Gewalt, Drogen usw. gerettet werden?

Auferstehung von der Tora

Das größte und spannendste Thema des Wochenabschnittes „Beschalach“ („Als er ziehen ließ“) ist zweifellos die Spaltung des Schilfmeeres. Pharao und seine Leute, die sich von den Folgen der Zehn Plagen langsam erholten, verstehen, dass der Verlust der Juden sehr schwerwiegend ist: „Und sie sprachen: Warum haben wir das getan, dass wir Israel haben ziehen lassen, dass sie uns nicht mehr dienen?“ Deshalb sammelt Pharao seine Garde und eilt mit ihnen in die Wüste, um die Juden einzuholen.

Doch da haben die Ägypter keine Chance: G'tt spaltet das Schilfmeer komplett, die Juden durchqueren das Meer auf dem trockenen Boden und als die ägyptischen Verfolger sie einzuho-

len versuchen, kehrt das Wasser zurück und die ganze Armee samt Pharao ertrinkt.

Nachdem die Juden gerettet wurden, haben sie das berühmte „Lied am Schilfmeer“ gesungen. Das Lied beginnt mit dem Vers „Damals sangen Mose und die Kinder Israels dem HERRN diesen Lobgesang und sprachen: Ich will dem HERRN singen, denn er hat sich herrlich erwiesen: Ross und Reiter hat er ins Meer gestürzt!“ Unsere Weisen bemerken, dass das Verb „sangen“ („jaschir“) eigentlich in Zukunftsform steht und nicht in Vergangenheitsform („schar“). Daraus leiten unsere Weisen im Talmud einen merkwürdigen Remes (Hinweis) ab: „Hier ist in der Thora eine Andeutung für die Wiederbelebung der Toten“!

Das bedeutet grundsätzlich, dass das große Prinzip „Auferstehung der Toten am Ende der Tage“ nicht direkt in der Thora angesprochen wird, sondern nur durch einen Hinweis angedeutet wird.

Dayan Yonason Abraham (London) hat beim Sijum Mischnajos Seder Moed des Berlin-Lakewood Kollels in Berlin im Dezember vorigen Jahres in seiner Gastrede im Namen seines Lehrers einen wunderschönen Gedanken geteilt: der Satz „Auferstehung von Toten aus der Thora“ kann man auch so auslegen, dass die Auferstehung dank der Thora geschehen wird. Es ist kaum zu glauben, sagte Dayan, was die Kahal Adass Jisroel-Gemeinde (im Osten von Berlin), wo diese Veranstaltung stattfand, in nur wenigen Jahren erreicht hat. Von absoluter Wüste in jüdischem Sinne hin zu einer blühenden Gemeinde thoratruher Familien – das ist wirklich eine Auferstehung des jüdischen Lebens, die nur dank Thora-Lernens möglich wurde.

Dieses Beispiel beweist eindrucksvoll, dass die beste Antwort auf den wachsenden Antisemitismus nicht die Anpassung an die Umstände ist, sondern selbstbewusstes Festhalten an eigener Tradition und die tagtägliche Beschäftigung mit der Thora.

Der erste Ger

Der Wochenabschnitt „Itro“ ist erst der dritte Wochenabschnitt nach „Noach“ und „Chaje Sarah“, der nach einem Menschen benannt wurde. Wer ist also dieser Itro und welches Verdienst hat er, dass die Parscha, die vom Thora-Empfang berichtet und die Zehn Gebote beinhaltet, seinen Namen trägt?

Itro war eine große und berühmte Persönlichkeit seiner Zeit. Er war Hochpriester in Midjan und, nach den Worten unseren Weisen, einer der größten Experten im Bereich Götzendienst. Außerdem war eine Weile sogar ein enger Berater des ägyptischen Pharaos.

Jedoch hat er mit dem Götzendienst Schluss gemacht und ist als erster Mensch, der nicht aus der Familie von Jakow stammte, zum Judentum übertreten. Dieser Schritt war sicherlich nicht leicht für ihn, denn laut der Überlieferung war Itro in seiner Heimat von der größten Pracht und Ehre umgeben und hat beim Übertritt das alles hinter sich gelassen. Was hat ihn dazu bewegt und ihm die nötige Kraft für diesen Schritt gegeben?

Im Vers am Anfang des Wochenabschnittes steht „Und als Itro, der Priester in Midian, Mosches Schwiegervater, alles hörte, was G'tt Mosche und seinem Volk Israel getan, wie der HERR Israel aus Ägypten geführt hatte“. Da fragen unsere Weisen, was ist es denn dieses „alles“, was Jitro „hörte“? Raschi bringt die Antwort aus Mechilta (Midrasch zum 2. Buch Moses): „Die Spal-

tung des Schilfmeeres und den Kampf mit Amalek“.

Das waren tatsächlich sehr große und beeindruckende Wunder, die G'tt für das jüdische Volk gemacht hat. Das Problem ist aber, dass nicht nur Itro von diesen Ereignissen gehört hat. Midraschim berichten, dass alle Menschen der Welt dieses außergewöhnliche Mirakel mitbekommen haben: Während der Spaltung des Schilfmeeres wurden alle Gewässer in der Welt gespalten, beim Krieg gegen Amalek in der Wüste wurde die Sonne für mehrere Stunden am Himmel von Mosche aufgehalten, damit Jehoschua die Feinde besiegen kann. So was ist nicht zu verpassen. Warum kam von allen Menschen nur Itro zum jüdischen Volk, um ein Teil davon zu sein?

Unsere Weisen geben darauf eine faszinierende Antwort: es ist gut möglich, dass viele Zeitgenossen von diesen Ereignissen beeindruckt waren. Und es ist durchaus möglich, dass viele von ihnen sich sogar überlegt haben, zum Judentum überzutreten. Jedoch ließ mit der Zeit die Begeisterung nach. Vielleicht wurden sogar „wissenschaftliche

Erklärungen“ gefunden und das Ganze zu den „seltenen Naturphänomenen“ gerechnet. Da kam schon kein Gedanke über das Judentum mehr. Bei allen außer Itro: als er von den Wundern gehört hat, stand er sofort auf und ging in die Wüste zu den Juden. Er hat sofort verstanden, dass wenn er zögert und nur einfach überlegen wird, wird er seine Heimat und seine Stelle nie verlassen können. Nur wenn man den Enthusiasmus nutzt, kann man Großes erreichen. Sonst kann die „innere Stimme“ einen Menschen „überreden“ und sowohl von guter Tat und anhalten und eine gute Chance verpassen lassen. Und gerade deshalb hat Itro es verdient, dass sein Name in der Thora verewigt ist.

Zwei Welten

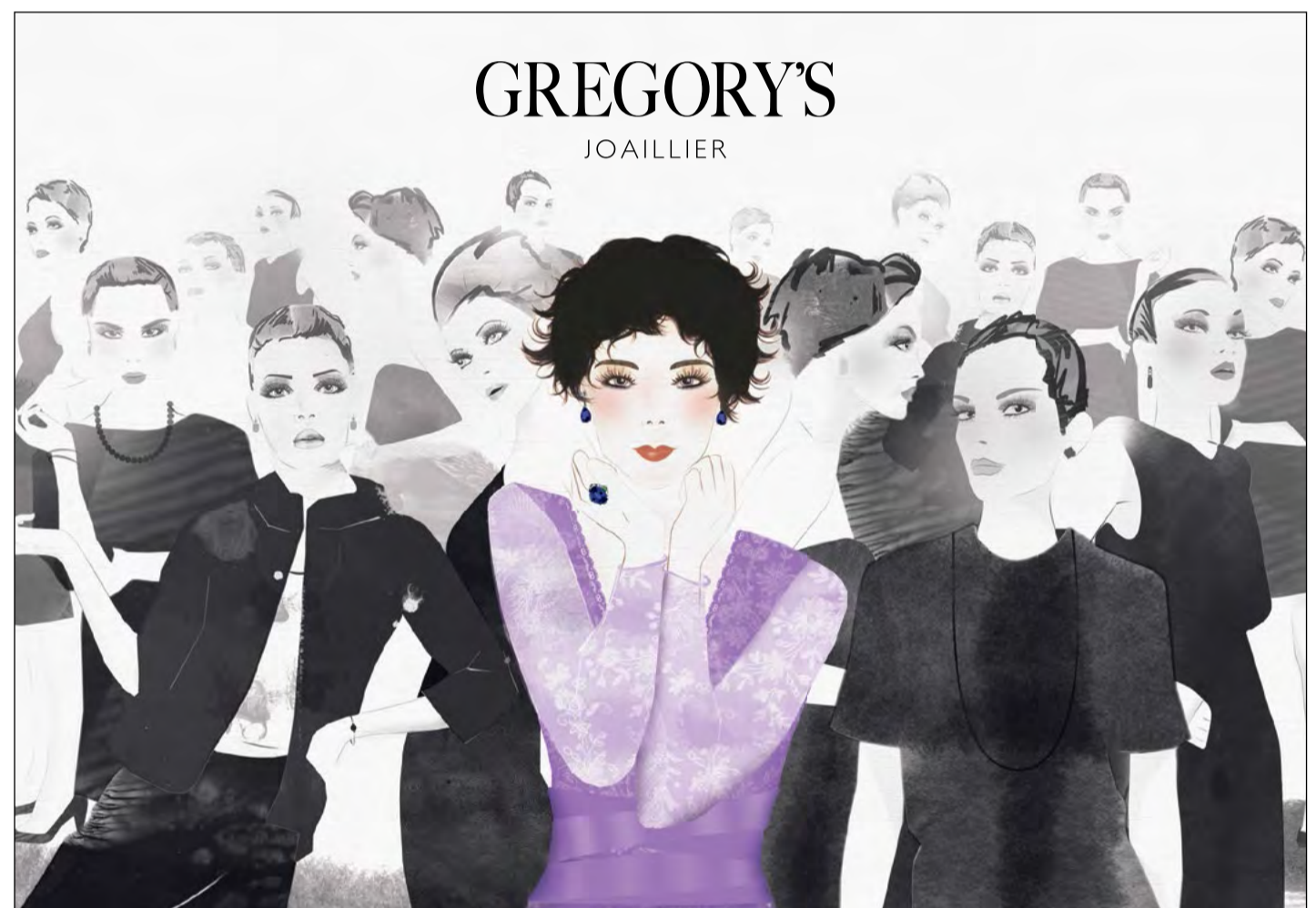
Das größte Ereignis des Wochenabschnittes und ja sogar des ganzen Buches aber ist die Übergabe der Thora auf dem Berg Sinaj. Das war nicht nur das Ziel des Auszuges aus Ägypten, sondern auch der ganzen Welterschaffung.

Bekanntlich wurden die Zehn Gebote auf zwei Tafeln übergeben. Stellt

sich die Frage, warum genau zwei? Hatte G'tt Platzmangel? Natürlich gibt es dazu mehrere gute Erklärungen und die bekannteste davon ist, dass die fünf Gebote auf der ersten Tafel die Beziehung zwischen G'tt und den Menschen regelt, die Gebote der zweiten Tafel jedoch gute zwischenmenschliche Beziehungen zum Thema haben.

Jedoch gibt es noch eine schöne Erklärung, die auch für uns wichtig ist. Die zwei Tafeln weisen auf die zwei Welten: eine Spirituelle und eine Materielle. Diese zwei Welten sind eng verbunden und beeinflussen einander. Deshalb wäre es falsch zu denken, dass die spirituelle Welt den Engeln gegeben wurde und die materielle Welt nur den Menschen. Die Tatsache ist, dass wir mit Hilfe der Gebote der Thora unsere materielle Welt spirituell machen können und selbst zu Engeln werden können, und das nicht nur am Jom Kippur.

Ob und wie es bei den Juden während der Wüstenwanderung geklappt hat, erfahren wir bei den Betrachtungen der Wochenabschnitten der Thora in den nächsten Monaten.



Unser Service für Sie

Gregory's Joaillier am Kurfürstendamm zeichnet sich nicht nur durch innovatives Design unter der Verwendung edelster Schmucksteine aus. Eine Besonderheit ist die haus-interne Werkstatt mit Goldschmied und Steinfasser, die vor Ort individuell auf Kundenwünsche eingehen können. Exklusive Sonderanfertigungen oder das sensible Umarbeiten von altem Schmuck wird hier professionell und mit größter Sorgfalt erledigt. Sowohl Fasser als auch Goldschmied können jahrelange Erfahrung und Expertise vorweisen und arbeiten auf höchstem Niveau.

Umarbeiten

Geliebter alter Schmuck hat oft einen starken emotionalen Wert, entspricht manchmal aber nicht mehr dem eigenen Geschmack. Gregory's Joaillier hilft Ihnen ein neues Lieblingsstück daraus zu machen, ohne dass es den ursprünglichen Charakter verliert. Von kleinen Änderungen bis hin zur kompletten Neufassung von Steinen und Umnutzung des Trägermaterials erstrahlen die antike Kette oder ein alter Ring in neuem Glanz.

Unikate

Entweder wählen Sie eines der bereits fertigen Unikate von Gregory's Joaillier oder aber Sie bringen einen eigenen Entwurf mit. Gemeinsam mit dem Inhaber Gregoy Loeb wird die Auswahl der Materialien und Steine sowie die Umsetzung besprochen. Leidenschaftlich gerne designt Gregory's Joaillier

Reparaturen und Reinigung

Ein Standard-Service für unsere Kunden: kleine Reparaturen und regelmäßige Reinigung Ihres vielgetragenen Schmucks gehören zum Standard-Repertoire. Selbstverständlich sind wir durch unsere hauseigene Werkstatt in der glücklichen Lage Ihre Schmuckstücke selbst zu reparieren. Gerne stehen wir Ihnen beratend zur Verfügung und machen Ihnen einen unverbindlichen Kostenvoranschlag.

Der jüdische König der Havanna-Zigarren

Vor 25 Jahren verstarb Zino Davidoff, der Begründer der berühmten Zigarrenmarke

Von Freddy Sorin

Nur wenige wissen: Das Licht der Welt erblickte der berühmte Unternehmer Davidoff am 11. März 1906 in Nowgorod-Siwski, einem damals russischen, heute ukrainischen Städtchen im Gouvernement Tschernigow. Der Emigrant Zino Davidoff wurde mit seiner Marke, die sich man heute vor allem mit erstklassigen Tabakprodukten in Verbindung bringt, weltweit bekannt.

Kommt man eigentlich als Geschäftsmann auf die Welt? Wenn man diese Frage auf Davidoff bezieht, könnte man zumindest sagen, dass bestimmte Fertigkeiten einem in die Wiege gelegt sein müssen. Der französische Schriftsteller Antoine de Rivarol schrieb einst: „Ideen sind ein Kapital, das nur in den Händen von Talenten Zinsen abwirft.“ Kein Zweifel. Zino war ein talentierter Bursche aus jüdischem Hause. Seine Eltern waren Rachel Orlova und Henrich (ursprünglich Hillel) Davydov (ursprüngliche Schreibweise), der dem Beruf des Tabakhändlers nachging. Die Eltern gaben ihrem Sohnmännchen den Namen Sussele-Meir, der aber russifiziert Sinowij lauten sollte.

Bald zog die Familie nach Kiew, sah sich aber wegen antisemitischer Pogrome gezwungen aus dem Russischen Reich zu fliehen. Sie ließ sich in der Schweiz nieder. In Genf eröffnete Henrich einen Tabakladen, in dem sich häufig russische Einwanderer die Klinke in die Hand gaben.

Leben statt Universität

Sinowij, dessen Name nach der Migration in den Westen zu Zino wurde, besuchte ein College und half in seiner Freizeit nicht selten dem Vater im Handel. In der Schule lernte Zino gut, doch beschloss der Vater ihn nicht auf die Universität zu schicken. „Den Rest“, so sagte er, „soll das Leben dir beibringen.“

Davidoff junior bereiste ferne Länder. Die Schule des Lebens bildete für ihn seine Zeit in Argentinien, Brasilien und auf Kuba. Anfangs nahm er jeden möglichen Job an, machte sich noch keine Gedanken über eine Zukunft im Tabakgeschäft. Doch wie das Schicksal so spielt, fand sich Zino in einer Tabakfabrik wieder, wo er die für diesen Beruf wichtigen Kenntnisse erwarb und schnell die Aufmerksamkeit der Vorgesetzten auf sich zog.

Immer öfter bekam er wichtige Aufgaben zugeteilt, und so durfte er sich bald mit dem Kauf von Tabak zur Zigarettenherstellung vertraut machen. Auf Kuba arbeitete der junge Mann zwei Jahre lang auf einer Tabakplantage, stellte gekonnt berühmte kubanische Zigarren her. Er hätte sich in Lateinamerika niederlassen können, zog es aber vor, zu den Eltern zurückzukehren.

Der 23-jährige Zino trat als Käufer in den Laden seines Vaters. Er trug einen exotischen Satinanzug und kubanische Sandalen. Der Vater brauchte ein wenig, um den „verlorenen Sohn“ wiederzuerkennen. Und das nicht nur, weil Zino sich äußerlich verändert hatte. Nun spürte er die innere Stärke, die Bereitschaft, nicht nur das Familienunternehmen zu erben, sondern auch einen bescheidenen Laden in etwas zu verwandeln, von dem der Besitzer nicht einmal geträumt hatte.

Bei seiner Ankunft in Genf lernte Zino ein Mädchen namens Martha beim Tanzen kennen und verliebte sich auf den ersten Blick in sie. Und obwohl Martha Meier die Tochter eines erfolgreichen Kaufmanns war, heiratete sie Davidoff nicht der Herkunft wegen. Er verließ sich ausschließlich auf sich selbst, geleitet von einem Motto, das auf einem Satz von Archimedes beruht: „Gib mir einen (Verkaufs-)punkt, wo ich hinfreten kann, und ich bewege die Erde.“ Sein Pfeiler war sein neuer Laden, und das Konzept, an dem sich der Unternehmer von Anfang an in Europa festhielt: „Es ist besser, eine gute Sache zu produzieren und zu verkaufen als 20 billige Sachen.“

Mit anderen Worten, Zino begann, die Verbraucher mit hochwertigen Tabakerzeugnissen, der Exklusivität der Produkte und einer besonderen Einstellung gegenüber den Kunden zu begeistern.

Selbständige arbeiten selbst – und das ständig!

Zinos Geschäft arbeitete ohne Ruhetage. Außerdem war Davidoff bereit, auch mitten in der Nacht an der Theke zu stehen, falls dies notwendig war. Er besaß ein phänomenales Gedächtnis und wusste, welche Art von Tabak ein bestimmter Kunde bevorzugte, wenn dieser ihn nur ansah. In den 1930er Jahren besuchte der Pianist Artur Schnabel den Tabakladen und war von diesem so angetan, dass er dem Ehepaar Davidoff ein Heimkonzert gab.

„Dem Geld darf man nicht nachlaufen. Man muss ihm entgegengehen“, riet der Milliardär Aristoteles Onassis (der übrigens einer Familie von Tabakhändlern entstammte). Zino ist diesem Rat gefolgt und hat sich nicht beirren lassen. Infolge erfolgreicher Transaktionen (andere nannten sie Spekulationen) war der Zino-Laden im Zweiten Weltkrieg praktisch der einzige in Europa, in dem Tabak höchster Qualität verkauft wurde, auch in seiner ursprünglichen attraktiven Verpackung, die Davidoff als eine „Produkt-Visitenkarte“ ansah.

Geschützt in der Schweiz

Übrigens geht die Idee, Zigarren in Holzkisten zu verkaufen, auf Zino zurück. Seine Zigarren wurden von Hand gedreht. Diese und andere Einfälle von ihm wurden im Laufe der Zeit zu einem Zeichen dafür, dass seine Kunden der wohlhabenden Oberschicht angehörten.

Diejenigen, die das „Phänomen Zino“ unter die Lupe nahmen, neigen dazu zu behaupten, Davidoff habe in den Jahren der militärischen Konflikte in Europa die Neutralität der Schweiz zur Steigerung der Gewinne genutzt, wodurch er mit beiden Kriegsparteien erfolgreich arbeiten konnte. In den 1950er Jahren wurde Zinos Laden zu einer Art Sehenswürdigkeit der Stadt Genf.



Hat eine stolze Karriere hinter sich: Zino Davidoff.

Davidoff stand fest auf den Beinen und erlaubte sich Schritte, die kaum jemand anders hätte wagen können.

Der britische Politiker, Historiker und Schriftsteller Thomas Babington Macaulay bemerkte zu Recht: „Nur die Münzprägung kommt ohne Werbung zu Geld.“ Und Werbung kann sehr verschieden sein. Wer außer Zino wäre schon darauf gekommen, Tabakprodukte mit Namen berühmter französischer Weine auf den Markt zu bringen? Der Einfall des Tabakhändlers überraschte und faszinierte die Hersteller populärer Weine zugleich. Sie erlaubten ihm, ohne dafür eine Zahlung zu verlangen, ihre Wahrzeichen zu verwenden. So erschienen bald Zigarren, die die Ohren französischer Weinkenner bezirzten: Chateau Latour, Chateau Margaux u.a. Ein gewinnbringender Einfall. Zur gleichen Zeit erschienen auf Zinos Ladentheke die Davidoff-Zigaretten. Sie wurden nicht nur nach dem Ladenbesitzer benannt – er selbst entwickelte die exklusive Tabakmischung sogar. Und jedes Päckchen wurde versehen mit Zinos Autogramm.

Ein neuer Partner

Eine neue Wendung im Leben unseres Helden ereignete sich Ende der 1960er Jahre, als sich sein alter Freund Ernst Schneider zur Heirat entschied. Als Mitgift erhielt er das Familienunternehmen Oettinger, eines der bedeutendsten Tabakunternehmen der Schweiz. Ohne lange zu überlegen, bot Schneider Zino eine Partnerschaft an. Infolgedessen erhielt Schneider eine Mehrheitsbeteiligung am Joint Venture, und Zino wurde zum Mitinhaber. Die Partner starteten eine groß angelegte Werbekampagne, mit der sie Tabakprodukte der Marke Davidoff auf den Weltmarkt bringen wollten.

Gleich wurde der eigene große An-

spruch des neuen Handelsunternehmens festgelegt: „Wir produzieren die besten Produkte, unabhängig davon, wie viel sie uns kosten.“

Später kamen zu den wichtigen Tabakwaren noch exklusive alkoholische Getränke, Kurzwaren, Uhren und Parfums als Bereicherung der Produktpalette hinzu.

Zu den Stammkunden dieser Produkte zählten Mitglieder der Familien Rothschild und Kennedy, Marlene Dietrich sowie der bereits erwähnte Onassis. Zu den heutigen Fans der Produkte von Davidoff und Schneider zählen z.B. Rockefeller Jr. und Arnold Schwarzenegger.

Von Kuba zu DomRep

Bis ins hohe Alter hinein blieb Zino Davidoff eine energische, jeglichen Hindernissen trotzende Persönlichkeit. Im Alter von 85 Jahren machte er sich daran, eine neue, den Havanna-Zigarren in nichts nachstehende Zigarrensorte zu kreieren. Zinos Ansporn erwuchs aus dem Bruch der Zusammenarbeit mit seinen kubanischen Zulieferern. Seine

neue Wahl fiel auf die Dominikanische Republik, wo das Klima dem kubanischen gleicht und Tabak seit rund 500 Jahren angebaut wird.

Die den Verbrauchern angebotene Sorte „Special Art“ von Davidoff bekam von internationalen Experten sogar eine bessere Bewertung als die prestigeträchtigen kubanischen „Partagas“.

Zu Davidoff gehören heute weltweit 26 Unternehmen und 39 Geschäfte. Übrigens empfängt der allererste Laden in der Rue de Rive in Genf rund um die Uhr Besucher. Zum Geschäftsimperium müsste man eigentlich noch die 1.400 Hotels und Restaurants rechnen, die zum Produktverkauf des Unternehmens zugelassen sind. Neben den bereits genannten Produkten umfasst das Sortiment Tabakpfeifen, Davidoff-Wodka, Brillen, Lederwaren, Hemden und Accessoires. Jede Davidoff-Ware wird mit etwas Edlem in Verbindung gebracht.

Davidoff selbst badete nicht gern im Luxus, sondern lebte mit seiner Familie in einer eher bescheidenen Wohnung. Seine Gewohnheiten änderte er nicht, insbesondere nicht seine Vorlieben für Speisen aus der alten Heimat: Ehefrau Martha bereitete ihm bis zuletzt seinen ukrainischen Borschtsch und Wareniki zu, die in Russland und in der Ukraine so beliebten Teigtaschen.

Zino Davidoff starb am 14. Januar 1994 im Alter von 88 Jahren. Man sagt, Königen würde alles gelingen, auch den Ungekrönten. Doch dem ist nicht so. Es ist Zino Davidoff nicht gelungen, die Liebe zu seinem Beruf an Familienangehörige weiterzugeben: seine einzige Tochter Sophie war ironischerweise gegen Tabak allergisch.

Übersetzt aus dem Russischen von Edgar Seibel